

Rolf Steininger

Das amerikanische Jahrhundert

Die USA als globale Führungsmacht

Titelbild: Victory Day Parade 1945 in New York. Foto alamy BRA965

Rolf Steininger, Dr. phil., o. Universitätsprofessor, geb. 1942 in Plettenberg/Westfalen; Studium Geschichte und Englisch in Marburg, Göttingen, München, Lancaster und Cardiff, 1971 Promotion und 1976 Habilitation an der Universität Hannover, dort bis 1983 Professor; von 1984 bis zur Emeritierung 2010 Leiter des von ihm gegründeten Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, von 2008–2018 auch an der Freien Universität Bozen; seit 1989 Senior Fellow des Eisenhower Center for American Studies der University of New Orleans, seit 1995 Jean Monnet-Professor; Gastprofessor in Tel Aviv, Queensland (Australien) und New Orleans, Gastwissenschaftler in Ho Chi Minh-Stadt (Saigon), Hanoi, Kapstadt und Arcata (Humboldt State University); 1993 Ruf an die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2007 an die Freie Universität Bozen; 2011 Tiroler Landespreis für Wissenschaft; zahlreiche Veröffentlichungen und preisgekrönte Hörfunk-, Film- und Fernsehdokumentationen zur Zeitgeschichte. www.rolfsteininger.at

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lzt-thueringen.de
2021

ISBN: 978-3-948643-21-8

Inhalt

Einleitung	5
Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg	9
Der Erste Weltkrieg	9
Das Nein zu Versailler Vertrag und Völkerbund	13
Isolationismus und Neutralität	14
Arsenal of Democracy	17
Europa	
Von Jalta nach Potsdam	22
Das Ende der Kooperation	24
Die Truman-Doktrin	25
Der Marshallplan	26
Die Berlinblockade	28
Die Gründung der NATO	28
NSC 68	29
Vom roll back zur Berlinkrise	31
Der NATO-Doppelbeschluss	34
Der Ferne Osten	37
Japan	38
Der Koreakrieg	41
Laos	48
Der Vietnamkrieg	49
Innenpolitik	57
Die McCarthy-Ära	57
Konsumgesellschaft und (Pop-) Gesellschaft	60
Die Bürgerrechtsbewegung	66
Richard M. Nixon und „Watergate“	71
Lateinamerika	77
Guatemala 1954	78
Kuba 1961	80

Kuba 1962	84
Britisch-Guayana	87
Die Dominikanische Republik 1965	89
Chile 1973	91
Reagan und Grenada 1983	94
Nicaragua und die Iran-Contra-Affäre	97
Hypermacht USA	101
Afrika	109
Der Kongo	112
Rhodesien	114
Angola	116
Südafrika	117
Somalia	118
Ruanda	121
Der Nahe und Mittlere Osten	123
F. D. Roosevelt trifft König Ibn Saud	123
Ohne Truman kein Israel	124
Mossadegh und der Iran 1953	125
Bagdad-Pakt und Suezkrieg	127
Johnson und der Sechstagekrieg	130
Nixon und der Yom Kippur-Krieg	132
Carter und das Camp David-Abkommen 1978	137
Carter und die Geiseln im Iran	139
Reagan und Israel	141
Carter, Reagan und die Sowjets in Afghanistan	142
George H. W. Bush und der Golfkrieg	145
George H. W. Bush, Bill Clinton und Israel	147
9/11 und der Irakkrieg	151
Schlussbetrachtung	159
Zeittafel	167
Literaturhinweise	177
Fernsehen	179
Hörfunk	180
Personenverzeichnis	181

Einleitung

The American Century

Am 17. Februar 1941 veröffentlichte der amerikanische Verleger Henry R. Luce in seinem *Life*-Magazin einen von ihm verfassten Artikel mit der Überschrift *The American Century*.

Luce, 1898 als Sohn eines presbyterianischen Missionars in China geboren, forderte in diesem Artikel den Kriegseintritt der USA und sagte voraus, dass in Zukunft die Demokratie der USA nur durch eine energische Außenpolitik und ein Ausgreifen des amerikanischen Kapitalismus in die Weltwirtschaft gesichert werden könne. „Von Sansibar bis Hamburg“ müssten amerikanische Waren verkauft werden, wenn der amerikanische Lebensstil sich durchsetzen solle. Allerdings bedeute der Anspruch auf so erungene Weltherrschaft auch die Rolle des „guten Samariters“ für die gesamte Welt. „Amerikanische Erfahrung“, so Luce, „ist der Schlüssel für die Zukunft. Amerika wird der große Bruder in einer internationalen Staatenbruderschaft sein.“

Luce forderte nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr der USA in die internationale Politik und dort – in Kenntnis des Potentials seines Landes – die Führung zu übernehmen („*take the lead*“). Als sein Artikel erschien, konnten nur die wenigsten etwas mit seinem „amerikanischen Jahrhundert“ anfangen. Inzwischen hat sich das geändert, und der Begriff ist „mit Sicherheit einer der bekanntesten Begriffe der Zeitgeschichte“, wie der an der Yale Universität lehrende britische Historiker Paul Kennedy 1989 in einem *Spiegel*-Essay „Supermacht USA“ meinte. Das mag wohl auch daran liegen, dass am Ende des Zweiten Weltkrieges genau das begann, was Luce eingefordert hatte, „das amerikanische

Jahrhundert“. Erst jetzt spielten die USA als das mächtigste Land der Erde die Rolle, die sie nach dem Ersten Weltkrieg nicht übernommen hatten.

1945 waren die USA *die* unumstrittene Weltmacht Nummer 1. Als Hauptakteur im globalen Spiel der Mächte übten sie von nun an in ihrem Sinne den entscheidenden Einfluss auf die übrigen Länder dieser Welt aus – mit *hard power*: militärisch, wirtschaftlich, politisch und verdeckten CIA-Operationen, mit *soft power*: Hollywood, (Pop-)Musik, *American way of life*. Nach außen wurden die Jahre bis 1990/91 durch den Kalten Krieg bestimmt, dem „Kampf von Demokratie und individueller Freiheit gegen Diktatur und absoluter Konformität“, wie das der stellvertretende US-Außenminister Dean Acheson 1947 einmal formulierte. Die „Eindämmung“, *containment* des Kommunismus, führte zu zahlreichen (Stellvertreter-) Kriegen und Krisen in Europa, im Nahen und Fernen Osten, in Afrika und Lateinamerika. Im Innern gab es die kommunistische Hexenjagd eines McCarthy, die Bürgerrechtsbewegung und massive Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg.

Es gab eine *Pax Americana*, in dessen Schutz die im Krieg zerstörten Länder, allen voran Westdeutschland und Japan, wieder aufgebaut wurden. Man bewunderte dort fast alles, was Neues aus Amerika kam und imitierte so viel wie möglich die amerikanische Wohlstandsgesellschaft mit ihren Annehmlichkeiten. Der Vietnamkrieg war ein Einschnitt, änderte aber nichts an der grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber Amerika, auch wenn es Antiamerikanismus in bestimmten intellektuellen Kreisen immer schon gab. Nach dem Ende des Kalten Krieges waren die USA die einzig verbliebene Supermacht, eine „Hypermacht“. Mit 9/11, dem Irakkrieg und dem „Krieg gegen den Terror“ begann eine neue Phase. Der entscheidende Bruch kam dann mit Donald Trump.

The American Century ist immer schon ein großes Thema in der amerikanischen Historiographie gewesen, wobei der Schwerpunkt meist auf der amerikanischen Außenpolitik lag. Drei Arbeiten möchte ich besonders hervorheben: das großformatige,

700 Seiten umfassende *The American Century* von Harold Evans aus dem Jahr 1998, mit knappem Text zur Innen- und Außenpolitik und ganz hervorragenden Fotos; *The American Century and Beyond. U. S. Foreign Relations, 1898–2014* vom Doyen der amerikanischen Historikerkunft, George C. Herring von der University of Nebraska; *Rise to Globalism. American Foreign Policy since 1938* vom Eisenhower-Experten Stephen E. Ambrose von der University of New Orleans. Empfehlenswert auch der Sammelband von Andrew J. Bacevich, *The Short American Century. A Postmortem* aus dem Jahr 2012 mit zehn Essays. Darüber hinaus die vom *Wilson Center* in Washington organisierten Veranstaltungen zum Thema (teilweise auf *youtube*) sowie die Dokumentensammlungen des *National Security Archive*, ebenfalls in Washington.

Mit Ausnahme von Stephen E. Ambrose beginnen die amerikanischen Kollegen „ihr“ Jahrhundert mit der Jahrhundertwende, nach dem nur 112 Tage dauernden *splendid little war* gegen Spanien 1898, mit dem die USA durch den Gewinn von Kuba und den Philippinen Kolonialmacht geworden waren und bis zum Ersten Weltkrieg eine gewaltige Entwicklung erlebten. So stieg etwa die Einwohnerzahl von 75 Millionen im Jahr 1900 auf 92 Millionen im Jahr 1913; im selben Jahr waren die USA zum größten Stahlproduzenten der Welt aufgestiegen. Sie besaßen eine starke Flotte, aber beschränkten ihre militärischen Aktionen auf Interventionen in Lateinamerika: Kuba, Panama, Kolumbien, Nicaragua, Dominikanische Republik. Sie vermittelten 1905 den Frieden zwischen Russland und Japan und 1906 auf Bitten Deutschlands im Streit zwischen Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und Österreich-Ungarn wegen Marokko. Sie waren eine Großmacht geworden, aber noch keine Weltmacht, und es gab auch noch kein amerikanisches Jahrhundert.

Bernd Ulrich nannte 2016 in der *ZEIT* als Beginn dieses Jahrhunderts den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg im Jahr 1917. Im ersten Kapitel gehe ich darauf ein. Die USA entschieden diesen Krieg und waren bei dessen Ende auch wirtschaftlich und finanziell die führende Macht und auf dem Weg zur Weltmacht. Aber es begann auch hier noch kein amerikanisches Jahrhundert.

Die USA waren nicht bereit, die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen. Sie bevorzugten Isolationismus und Neutralität und waren vornehmlich im finanziellen Bereich tätig. Sie waren keine Weltmacht, geschweige denn eine globale Führungsmacht. Das wurden sie erst mit dem Zweiten Weltkrieg. An dessen Ende waren sie „*at the summit of the world*“, wie Winston Churchill das auf seine Art formulierte. Für mich beginnt denn auch hier im eigentlichen Sinn des Wortes „das amerikanische Jahrhundert“.

Über dieses Jahrhundert gab es auf deutscher Seite bislang keine wissenschaftliche Arbeit. Einzelne Aspekte finden sich lediglich in Gesamtdarstellungen zur Geschichte der USA und/oder deren Außenpolitik. Im Folgenden wird erstmals in deutscher Sprache eine systematische Darstellung vorgelegt und gezeigt, wie die USA in „ihrem“ Jahrhundert agiert haben. Dabei gehe ich nicht chronologisch vor – wie meine amerikanischen Kollegen –, sondern orientiere mich an den jeweiligen Aktivitäten auf den einzelnen Kontinenten: in Europa, im Nahen und Mittleren Osten, im Fernen Osten, in Lateinamerika, in Afrika und im Innern. Hier dann allerdings chronologisch.

Wo aus Raumgründen einzelne Themen nur knapp behandelt werden konnten, verweise ich zur Ergänzung auf meine Darstellung „Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte“, aus dem Jahr 2016, sowie auf einzelne Hefte aus der Reihe „Geschichte hinter dem Bild“, die wie „Der Kalte Krieg“ von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen herausgegeben wurden. Zum Einstieg in das Thema empfehle ich den o. g. Artikel von Paul Kennedy, dem anerkannten Experten für die Geschichte von Aufstieg und Niedergang von Imperien; dann mit schönen Bildern „Die Geschichte der Supermacht USA in historischen Fotos“ im *Geo Epoche Panorama*-Heft aus dem Jahr 2013.

Zum Schluss ein Wort des Dankes an Dr. Antonio Peter von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen für Idee und Realisierung dieses Projekts.

Innsbruck, 7. Dezember 2020
Rolf Steininger

Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg

„*Make the world safe for democracy.*“

Der Erste Weltkrieg

Bei Kriegsbeginn 1914 hatte US-Präsident Woodrow Wilson erklärt, Amerika sei „zu stolz, um zu kämpfen“, und hatte die Neutralität des Landes proklamiert. Dabei war die öffentliche Meinung in den USA von Anfang an auf Seiten der Entente. Angefangen bei der Sprache gab es vielfältige Bindungen und Verbindungen mit Großbritannien, schon eine Art *special relationship*. Die Regierung war denn auch nicht wirklich neutral. Sie kritisierte zwar die Verletzung der belgischen Neutralität durch die deutsche Armee und deren Gräueltaten in Belgien, aber nicht die genauso völkerrechtswidrige Blockade der Briten. Die Amerikaner machten gute Geschäfte mit London, was mit zur Beendigung einer Wirtschaftsdepression in den USA beitrug. So stieg bei Kriegsmaterial die amerikanische Ausfuhr nach Großbritannien von 40 Millionen Dollar im Jahr 1914 auf gigantische 1,29 Milliarden Dollar im Jahr 1916. Finanziert wurde das durch Anleihen, die an der Wall Street aufgelegt wurden: bis zum Kriegseintritt der USA im April 1917 waren das 1,5 Milliarden Dollar, bis Kriegsende 10 Milliarden (umgerechnet wären das heute etwa 200 Milliarden Dollar) – gegenüber 27 Millionen der Mittelmächte.

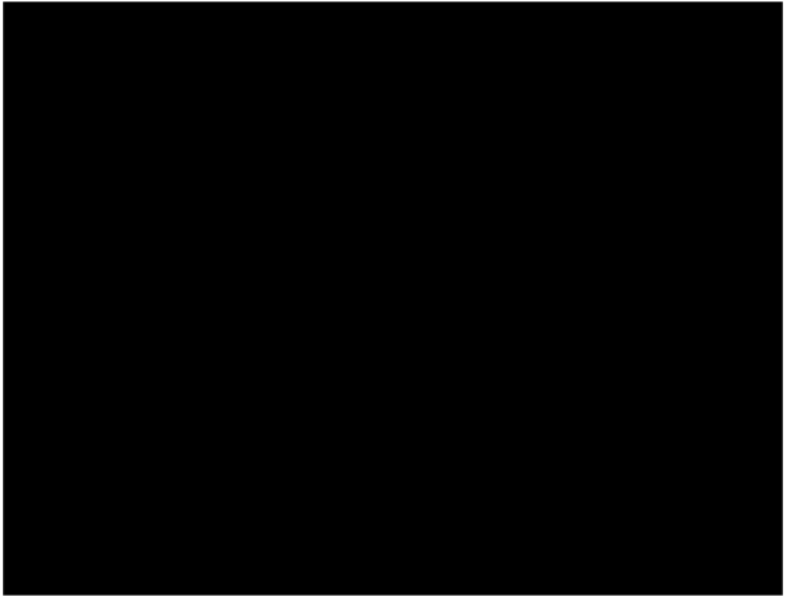
Die Versenkung des britischen Passagierschiffes RMS *Lusitania* durch ein deutsches U-Boot am 7. Mai 1915 vor der irischen Küste führte zu einer ersten Krise im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Von den 1198 Opfern waren 128

US-Amerikaner gewesen. Deutschland stellte daraufhin den uneingeschränkten U-Boot-Krieg vorübergehend ein. Am 31. August 1916 gab es im deutschen Hauptquartier Pless eine erste Beratung über dessen Wiederaufnahme. Aus Washington warnte Botschafter Heinrich Graf von Bernstorff am 8. September, dass in dem Fall die USA „unbedingt sicher in den Krieg gezogen würden“. Am 9. Januar 1917 fand der entscheidende „Kriegsrat“ für die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges statt, noch am selben Tag unterschrieb Kaiser Wilhelm einen entsprechenden Befehl.

Am 7. November 1916 war Woodrow Wilson mit knapper Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. Der Wahlslogan hatte gelautet: „*He Kept Us Out of War!*“ („Er hat uns aus dem Krieg rausgehalten!“) Wilson hatte sich auch als Friedenspräsident präsentiert. Entsprechend reagierte er jetzt und hielt am 22. Januar 1917 vor dem Kongress eine Rede mit der Hauptforderung: Frieden ohne Sieg und Einrichtung eines Völkerbundes.

Die so angesprochenen Länder reagierten ablehnend. Stattdessen wurde den USA am 31. Januar 1917 der deutsche Beschluss vom uneingeschränkten U-Boot-Krieg mitgeteilt, worauf Washington am 3. Februar die diplomatischen Beziehungen abbrach. Am 26. Februar bat Wilson den Kongress um die Erlaubnis zur Bewaffnung amerikanischer Handelsschiffe. Am selben Tag versenkte ein deutsches U-Boot den britischen Passagierdampfer *RMS Laconia*; zwei US-Amerikaner fanden dabei den Tod.

Wie der Funke im Pulverfass wirkte dann das berühmt-berüchtigte Zimmermann-Telegramm, das am 1. März in der *New York Times* erschien. Außenminister Arthur Zimmermann hatte am 19. Januar über die deutsche Botschaft in Washington ein Telegramm an den deutschen Botschafter in Mexiko geschickt, in dem er Mexiko für den Fall des Kriegseintritts der USA ein Bündnis – möglichst mit Japan – für eine gemeinsame Kriegsführung gegen die USA und als Kriegsbeute die Rückgewinnung der Siebzigerjahre zuvor im Krieg mit den USA verlorenen Gebiete Texas, Neu Mexiko und Arizona vorgeschlagen hatte.



Wikipedia

Am 7. November 1916 wird in den USA ein neuer Präsident gewählt. Wahlkampf für die Wiederwahl des Demokraten Woodrow Wilson. Neben innenpolitischen Themen lautet das zentrale Motto: „Wer hält uns aus dem Krieg raus?“ („*Who keeps us out of war?*“)

Zimmermann bestätigte öffentlich die Echtheit des Telegramms, was endgültig zu einem Meinungsumschwung in der amerikanischen Öffentlichkeit führte. Nachdem inzwischen US-Schiffe torpediert worden und dabei 48 US-Amerikaner ums Leben gekommen waren, bezeichnete Wilson am 2. April 1917 vor dem Kongress den U-Boot-Krieg als einen Krieg gegen die Menschheit; die USA führten dagegen einen Krieg für die Beendigung aller Kriege und für allgemeine Menschheitsideale: die Welt müsse für die Demokratie sicher gemacht werden („*must be made safe for democracy*“). Am 6. April 1917 erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg.



Wikipedia

Seit April 1917 befinden sich die USA im Krieg, in dem sie zur entscheidenden Macht werden. Vom ersten Tag an wird das gesamte Land für diesen Krieg eingespannt. Hier ein Plakat, das Frauen für den Kriegsdienst anwirbt.

Mit Kriegsbeginn setzte in den USA eine ungeheure industrielle Mobilisierung ein: die gesamte Wirtschaft des Landes wurde in einem bisher noch nie da gewesenen Ausmaß für diesen Krieg mobilisiert. Seit Mitte 1917 wurden für jedes von deutschen U-Booten versenkte Schiff zwei neue auf Kiel gelegt. Bis Ende 1917 wurden monatlich 1 Million Tonnen Nachschub nach Frankreich geschickt. Ende 1917 waren 171.000 Soldaten in Frankreich. Zwar noch schlecht ausgebildet und noch nicht einsatzbereit, aber das sollte sich schnell ändern.

Am 8. Januar 1918 verkündete Wilson vor dem Kongress sein 14-Punkte-Programm für eine zukünftige Friedensordnung. Der Chef der Obersten Heeresleitung, Paul von

Hindenburg, stellte damals die entscheidende Frage, nämlich: „Wird Amerika noch zur rechten Zeit kommen, um uns den Siegeslorbeer aus den Händen zu reißen?“ Amerika kam zur rechten Zeit: mit Material und Soldaten. Allein von März bis Oktober 1918 waren es 1,75 Millionen Soldaten, die in die Kämpfe an der Westfront eingriffen. „Amerika“, so Hindenburgs Stellvertreter, Erich Ludendorff, „wurde auf diese Weise zur ausschlaggebenden Macht im Kriege.“

Das Nein zu Versailler Vertrag und Völkerbund

Die USA hatten nicht nur entscheidend zum Sieg der Entente beigetragen, sie waren auch die eigentlichen Gewinner dieses Krieges. Der Sieg sicherte nicht nur die Rückzahlung der britischen Schulden, das Land war auch auf dem Weg zur einzigen Weltmacht. Aber es gab kein amerikanisches Jahrhundert. Bei den Friedensverhandlungen in Paris führte nicht etwa Woodrow Wilson Regie, sondern Frankreichs Ministerpräsident Georges Clemenceau. Dessen Kommentar zu Wilsons 14 Punkten hatte schon nichts Gutes erwarten lassen: „Wilson langweilt mich mit seinen 14 Punkten; selbst der Allmächtige braucht nur zehn!“

Wilson's großes Ziel in Paris war die Schaffung des Völkerbundes, mit dem zukünftige Kriege verhindert werden sollten. Dem ordnete er fast alles unter und war dann bei den Forderungen der übrigen drei – neben Clemenceau noch der Brite Lloyd George und Italiens Vittorio Orlando – zu Kompromissen bereit. Am 28. April stimmte die Konferenz auf ihrer 5. Vollsitzung einstimmig für die Errichtung des Völkerbundes. Dies war Wilsons größter Erfolg in Paris.

Die Republikaner, die seit den Wahlen im November 1918 in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit besaßen, schreckten vor der damit verbundenen Verantwortung zurück und lehnten Anfang 1920 den Versailler Friedensvertrag und

damit auch die Mitgliedschaft der USA im Völkerbund und jede internationale Verpflichtung im Sinne des Völkerbundes ab.

Isolationismus und Neutralität

1922 wurden die USA – außerhalb des Völkerbundes – außenpolitisch aktiv, als im sogenannten Flottenvertrag die Flottenstärke der fünf führenden Mächte im Verhältnis USA und Großbritannien je fünf, Japan drei, Frankreich und Italien je 1,75 Einheiten festgelegt wurden. Es ging hier ansatzweise um die „Eindämmung“ Japans. Was danach außenpolitisch kam, fällt unter das Stichwort Isolationismus. Internationale Aktivität blieb auf die Finanzmärkte beschränkt. Während des Krieges war das Land zur größten Gläubigernation geworden, mit Frankreich und Großbritannien als die größten Schuldner. Mit amerikanischen Anleihen wurden jetzt auch deutsche Reparationen bezahlt. Hier ist der Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 zu nennen (benannt nach dem US-Finanzexperten Charles G. Dawes). Es war der Versuch, aus einem politischen Problem ein wirtschaftliches zu machen; der Plan regelte die deutschen Reparationszahlungen und eröffnete dem amerikanischen Kapital gleichzeitig Möglichkeiten zur Einflussnahme in Deutschland, etwa durch Ankauf von Unternehmen (Opel). Gleichzeitig wurde der eigene Markt durch extrem hohe Zölle abgeschottet.

1928 wurden die USA noch einmal außenpolitisch aktiv. Am 17. August wurde in Paris der sogenannte Briand-Kellogg-Vertrag unterschrieben (benannt nach US-Außenminister Frank B. Kellogg und dem französischen Außenminister Aristide Briand), in dem auf Krieg als Werkzeug der Politik verzichtet werden sollte. In den folgenden Jahren traten dem Vertrag zwar 63 Staaten bei, da aber keinerlei Sanktionen vorgesehen waren, blieb er realpolitisch völlig wertlos.

Ab Mitte der Dreißigerjahre verabschiedete der US-Kongress rigorose Neutralitätsgesetze (1935, 1936, 1937, 1939),



Wikipedia

Während der „Großen Depression“ steigt die Arbeitslosenquote auf 20 Prozent. Dennoch gibt es Streiks. Einer der bekanntesten findet 1934 in Minneapolis statt, der als *Teamsters' strike* in die Geschichte eingeht. Die *Teamsters* (Fernfahrer) legen für Wochen den gesamten Verkehr lahm. Es kommt zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Am Ende werden die *Teamsters* als Gewerkschaft anerkannt und ihre Forderungen erfüllt.

die die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Roosevelt-Regierung weiter einschränkten. Und das alles in einer Zeit, in der das Land den Zusammenbruch der Wirtschaft als Folge des New Yorker Börsenkrachs vom Oktober 1929 noch keineswegs überwunden hatte und unter einer großen Depression, *The Great Depression*, litt.

US-Präsident F. D. Roosevelt war Internationalist. Am 5. Oktober 1937 hielt er die sogenannte „Quarantäne-Rede“, in der er forderte, die Staaten Deutschland, Italien und Japan, ohne sie explizit zu nennen, unter politische „Quarantäne“ zu stellen. Konsequenzen gab es keine, auch wenn Roosevelt die

Gefahr, die von den autoritären Staaten für die westlichen Demokratien ausgehen würde, sehr deutlich sah.

Bei Kriegsausbruch wurde die vorherrschende politische Stimmung von Isolationismus bestimmt. Der US-Kongress wollte unter allen Umständen eine Beteiligung der USA am Krieg der Europäer vermeiden, was nicht nur auf Zustimmung stieß. Am 20. Mai 1940 wurde das *Committee to Defend America by Aiding the Allies* [CDAAA] gegründet. Als die USA am 3. September 1940 Großbritannien 50 Zerstörer aus dem Ersten Weltkrieg überließen und dafür Stützpunkte in Neufundland, den Bahamas und in der Karibik zur Pacht erhielten, gründete sich am nächsten Tag das *America First Committee* [AFC] mit dem Ziel, die USA aus dem Krieg herauszuhalten. Das AFC hatte schon bald 800.000, z. T. sehr prominente Mitglieder (etwa Charles Lindbergh). Roosevelt gewann die Wahl im November 1940 gegen den Isolationisten Wendell Willkie denn auch nur knapp. Das AFC spielte nach wie vor eine wichtige Rolle. Die eigene Armee war damals völlig unzureichend bewaffnet. Stephen E. Ambrose hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass die USA noch im Juni 1939 gerade einmal eine Armee von 187.000 Mann hatten. In der Welt lag man da an 19. Stelle, hinter Belgien – und hatte nicht einmal für jeden Soldaten ein Gewehr. Damit war man keine Weltmacht, trotz enormen wirtschaftlichen Potentials.

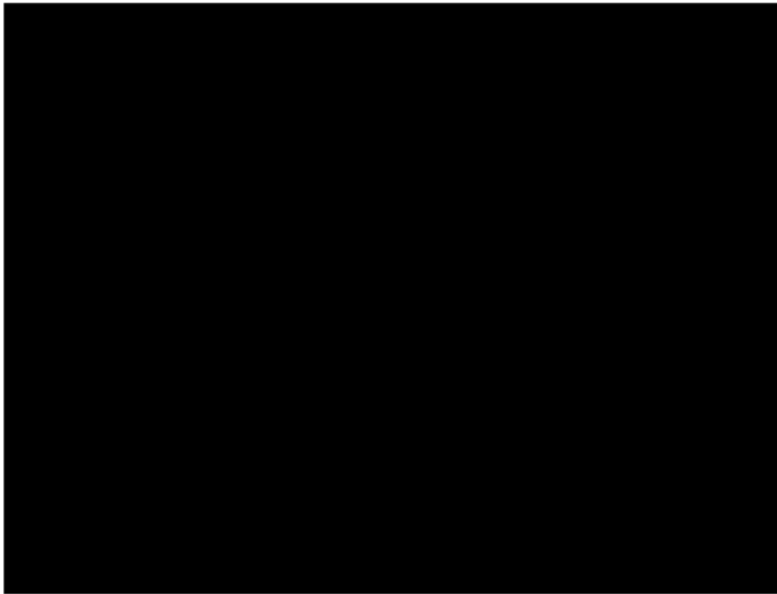
Am 6. Januar 1941 verkündete Roosevelt einer kriegsunwilligen Nation in seiner Rede zur Lage der Nation vor dem Kongress die vielzitierten vier Freiheiten: Redefreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Mangel und Freiheit von Furcht – quasi als Ziel der amerikanischen Politik. Am 18. Februar 1941 verabschiedete der US-Kongress mit Unterstützung des CDAAA das Leih- und Pachtgesetz zur Versorgung der Alliierten mit Kriegsmaterial, gegen das das AFC „mit allen verfügbaren Mitteln“ opponierte. Am Tag zuvor war der in der Einleitung erwähnte Beitrag von Henry Luce erschienen. Der japanische Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 veränderte dann alles: am 8. Dezember erklärten die USA Japan den Krieg, am

11. Dezember erfolgten die Kriegserklärungen Deutschlands und Japans an die USA, die am gleichen Tag beantwortet wurden. Gleichzeitig löste sich das *America First Committee* auf.

Arsenal of Democracy

Vom ersten Tag des Krieges an setzten die USA ihr ungeheures wirtschaftliches Potenzial ein, das es ihnen ermöglichte, an zwei Fronten gleichzeitig kämpfen zu können: in Europa gegen Nazi-Deutschland und in Asien gegen Japan. Hatte es 1939 in den USA noch 9,5 Millionen Arbeitslose gegeben, so herrschte 1943/44 Vollbeschäftigung. Wurde zwischen 1940 und 1943 die Industrieproduktion in Deutschland und der Sowjetunion verdoppelt, in Großbritannien verdreifacht und in Japan vervierfacht, so wurde in den USA das 25-fache produziert. Deutschland, Italien und Japan produzierten zusammen nur halb so viel wie die USA. Als Präsident Roosevelt im Kongress verkündete, dass die USA im Jahr 1942 45.000 Flugzeuge produzieren würden, soll Hermann Göring angeblich einen Lachanfall bekommen haben. Die USA produzierten 1942 90.000 Flugzeuge! Deutschland im selben Jahr 15.156, bis 1944 immerhin 40.600. Da hatten die USA ihre Vorgabe für 1942 schon längst verdoppelt; alle 5 Minuten lief inzwischen ein Flugzeug vom Band, insgesamt 296.429. Alle 12 Minuten wurde ein Schiff zu Wasser gelassen, für jedes versenkte Schiff gab es drei neue, allein 5600 Frachtschiffe waren gebaut worden. Die USA lieferten Unmengen an Kriegsmaterial an die Sowjetunion – Flugzeuge, Munition, Lastwagen etc. Stalin wusste, was das bedeutete. Auf der Gipfelkonferenz in Teheran im Dezember 1943 sprach er einen Toast auf die amerikanische Kriegsproduktion aus, „ohne die dieser Krieg verloren gegangen wäre“.

Am Ende des Krieges waren die USA zu *der* Weltmacht schlechthin geworden und standen besser da als jede andere



Wikipedia

In den USA wird während des Zweiten Weltkrieges alle fünf Minuten ein Flugzeug produziert. Hier fertigt eine Arbeiterin ein Flugzeugteil in einer Fabrik der *Consolidated Aircraft Corporation* in Fort Worth in Texas.

Nation. Während alle am Krieg beteiligten Länder verwüstet und erschöpft waren, hatte Amerika nicht nur die geringsten Verluste an Menschen und Material erlitten, der Krieg hatte auch noch Wohlstand gebracht: 1945 befanden sich drei Viertel des auf der Welt investierten Kapitals und zwei Drittel ihrer Industriekapazität in den USA. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren die stärkste Militärmacht der Welt, sie verfügten über 12,5 Millionen Soldaten, von denen die Hälfte in Übersee stationiert war; ihre Flotte war größer als die Flotten aller anderen Länder, ihre Flugzeuge beherrschten den Himmel – und sie waren die einzige Atommacht.

Präsident Roosevelt hatte am 28. Dezember 1942 die definitive Genehmigung zum Bau der Atombombe erteilt: geplante

Kosten 500 Mio. Dollar. Von nun hatten etwa 100.000 Menschen unter höchster Geheimhaltung direkt und indirekt an diesem Projekt gearbeitet. Am Ende kostete die Bombe viermal so viel, 2 Milliarden Dollar (nach heutigem Wert etwa 20 Milliarden). Nur die USA konnten sich eine solch riesige Summe leisten, aber am 16. Juli 1945 gab es diese Bombe, und die USA besaßen das Atommonopol (allerdings nicht so lange, wie sie gehofft hatten: 1949 hatte auch Stalin die Bombe).

Für die spätere Entwicklung war wichtig, dass Millionen Amerikaner während des Krieges viele, ihnen bis dahin unbekannte Orte kennengelernt hatten. Das Land war internationaler geworden; viele Amerikaner glaubten mehr denn je, dass ihre Nation zur Führung der Welt berufen sei. Der Krieg hatte das demonstriert, was Luce in seinem Essay vorausgesagt hatte, das Ende jeder Art von Isolationismus, dass es Amerikas *manifest destiny* sei, für die ganze Welt „der gute Samariter“ zu sein. Washington übernahm Londons Rolle als Zentrum von Kapital und Diplomatie. Für viele war die amerikanische Hauptstadt bereits die „neu geschaffene Hauptstadt der Welt am Potomac“, mit der Aufgabe, die zerstörte Welt neu aufzubauen. Fast selbstverständlich wurde New York denn auch der Sitz der Vereinten Nationen. Für den britischen Premierminister Winston Churchill waren die USA die Nummer 1 in der Welt („*at the summit of the world*“), die jetzt die Verantwortung übernahmen, die sie nach dem Ersten Weltkrieg nicht übernommen hatten.

Schon 1944 war Washington bemüht gewesen, Instrumente zur Neuordnung der Weltwirtschaft zu schaffen. Zu diesem Zweck hatte man bereits im Juli 1944 Delegierte aus 44 Ländern zu einer Konferenz nach Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire eingeladen. Am Ende wurden zwei Organisationen gegründet: die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (*International Bank for Reconstruction and Development*), kurz Weltbank, und der „Internationale Währungsfonds“ (*International Monetary Fund*). Sie wurden mit rd. 15 Mrd. Dollar ausgestattet und unter Führung

der USA zu einem wichtigen Steuerungselement in der internationalen Wirtschaftspolitik.

Der US-Dollar wurde die neue Leitwährung, der schon bald auch das britische Pfund Sterling ablöste – selbst im Gebiet des britischen Empire. Dieses Empire hatte den Krieg nicht unbeschadet überstanden. London brauchte dringend Kredite zum Überleben, die die USA nach harten Verhandlungen im Dezember 1945 gewährten. Gleichzeitig traten die Beschlüsse von Bretton Woods in Kraft – ohne die Sowjetunion. Sie lehnte eine Teilnahme ab. Von nun an wurden Weltbank und Internationaler Währungsfonds zu Instrumenten in einem neuen Krieg, dem Kalten Krieg. In Europa begann dieser Krieg, in Europa endete er auch.

Europa

„Demokratie und individuelle Freiheit“ gegen „Diktatur und absolute Konformität.“

Sowjetdiktator Josef Stalin sah die Welt durch die marxistisch-leninistische Brille. Nachdem er die in Jalta gemachten Zusagen nicht einhielt, war klar, dass mit ihm eine Fortsetzung der Anti-Hitler-Kollektion nicht möglich war. Die Sowjetunion agierte extensiv und aggressiv und zwang den Westen geradezu zu einer Politik des *containment*, der Eindämmung des Kommunismus. Deutschland spielte dabei eine wichtige Rolle. Als die Teilung des Landes absehbar war, ging es darum, Westdeutschland für den Westen zu sichern. Ein Mittel dafür war der Marshallplan. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Walter Bedell Smith, brachte das Anfang 1947 auf die einfache, aber zutreffende Formel: „Es geht um die Zukunft Deutschlands und damit um die Zukunft Europas.“ („*Issue then is Germany and with it Future of Europe.*“)

Der nächste Schritt war die Integration der Bundesrepublik in den Westen. Im Sommer 1949 bezeichnete US-Außenminister Dean Acheson das als „wichtigstes Ziel der amerikanischen Politik“. Und an anderer Stelle: „Ein Europa ohne Deutschland ist wie ein Körper ohne Herz.“ Die USA legten damals den Grundstein für die Integration Europas – mit einer nach Westen ausgerichteten Bundesrepublik. Ihr erster Kanzler, Konrad Adenauer, nannte im Dezember 1950 als entscheidendes Grundprinzip seiner Regierung, „eine enge Kooperation mit den Vereinigten Staaten, denn ohne diese Kooperation ist nach Auffassung der Bundesrepublik Westeuropa und damit

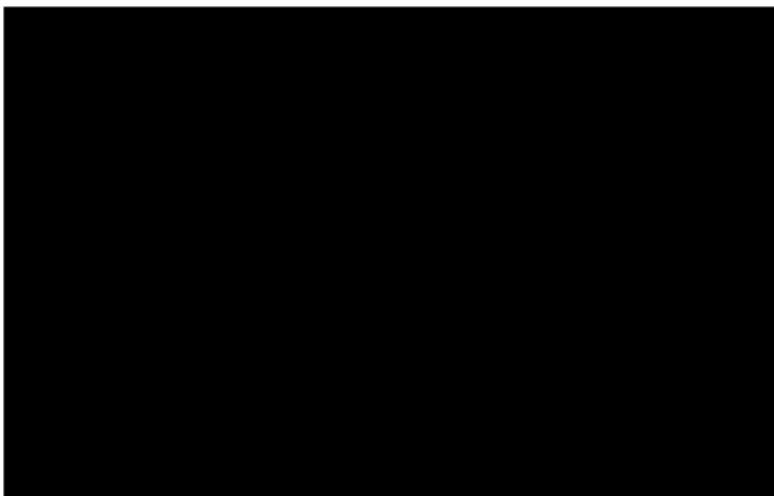
auch Westdeutschland gegenüber der Gefahr aus dem Osten nicht zu bewahren.“ Dies wurde dann auch Prinzip aller nachfolgenden Bundesregierungen.

Von Jalta nach Potsdam

Das Verhältnis zur Sowjetunion während des Krieges – oder zumindest bis Jalta – war nicht schlecht. Einflussreiche Handels- und Industriekreise der USA setzten sich gegen Kriegsende nachdrücklich für ein „Russland-Geschäft“ ein. Auch Präsident Roosevelt war für eine weitere Zusammenarbeit mit Stalin, hatte der doch auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 der Realisierung seiner Lieblingsidee, der Gründung der Vereinten Nationen, zugestimmt.

In wachsendem Gegensatz zu den Russlandfreundlichen Stimmen formierte sich seit Ende 1944/Anfang 1945 eine zweite Gruppe, deren Vertreter sich immer offener für einen harten Kurs gegenüber der Sowjetunion einsetzten. Sie behaupteten, die Sowjetunion setze das Expansionsstreben der Zaren fort; die Bereitschaft zur Kooperation mit der Sowjetunion würde als Schwäche gedeutet, eine Zusammenarbeit sei daher nur als Ergebnis einer harten Politik Washingtons möglich, wobei die meisten davon überzeugt waren, dass eine Zusammenarbeit mit Stalin überhaupt nicht möglich war.

Ausgangspunkt war auch hier die Konferenz von Jalta, auf der Stalin immerhin die „Erklärung über das befreite Europa“ unterschrieb, das hieß freie Wahlen für die von der Nazi Herrschaft befreiten Völker. Stalin hielt sich nicht an diese Vereinbarung. Es gab Säuberungen in Bulgarien, Ablösung der Regierung in Rumänien, Verhaftung von bürgerlichen Politikern in Polen und Schwierigkeiten bei der Bildung der Regierung dort, Errichtung von vier Wojewodschaften im Gebiet östlich von Oder-Neiße etc. Das Misstrauen in Washington wuchs. In den vorbereitenden Gesprächen für das Treffen zwischen dem



U. S. Department of Defense, Washington, D. C.

Jalta auf der Krim. Vom 4. bis 11. Februar 1945 treffen die „Großen Drei“ – Winston S. Churchill, Franklin D. Roosevelt, Josef Stalin – zum zweiten Mal während des Krieges zusammen. Schon bald wird deutlich, dass Stalin sich an die dort getroffenen Vereinbarungen nicht hält. Eine neuer Krieg zeichnet sich ab: der Kalte Krieg.

sowjetischen Außenminister Molotow und dem neuen US-Präsidenten Harry S. Truman im April 1945 meinte letzterer, er beabsichtige „hart mit den Russen zu sein und keine Konzessionen in Hinblick auf amerikanische Prinzipien oder Traditionen zu machen, um dadurch etwa ihre Gunst zu gewinnen“. Seiner Meinung nach seien die Vereinbarungen mit der Sowjetunion „bisher eine Einbahnstraße gewesen, was so nicht weitergehen könne“. Er wolle die Pläne für die Gründungskonferenz der Vereinten Nationen weiter verfolgen, aber „falls die Russen nicht wünschen, sich uns anzuschließen, können sie zur Hölle fahren“.

Für W. Averell Harriman, US-Botschafter in Moskau, stand fest: „Die russischen Pläne zur Errichtung von Satellitenstaaten stellen eine Bedrohung für die Welt und für uns dar. Wenn die Sowjetunion erst einmal die Kontrolle über ihre

Nachbarregionen erlangt hat, wird sie versuchen, die nächsten angrenzenden Länder zu durchdringen.“

Öffentlich formulierte die republikanische Abgeordnete im Repräsentantenhaus, Claire Boothe Luce (Ehefrau von Zeitungsmogul Henry Luce), die Stimmung in ihrer Partei, als sie Ende Mai in einer Rede von der „unmoralischen Natur des Kommunismus“ sprach und die sowjetische Führung beschuldigte, die Völker Mittel- und Südosteuropas zu unterjochen. Und weiter:

„Es darf nicht dabei bleiben, dass es zwei Welten gibt, wie es heute der Fall ist – die Welt des Totalitarismus und die Welt der demokratischen Ideale. Diese zwei Welten sind verurteilt, in Konflikt miteinander zu geraten. Es muss – und es wird – *eine* Welt geben.“

Die nächste Station hieß Potsdam mit der Konferenz der „Großen Drei“ (Stalin, Truman und Churchill; und nach dessen Abwahl Attlee) vom 24. Juli bis 2. August 1945, die mit einem Formelkompromiss für die Behandlung Deutschlands endete. Für Osteuropa war das schon nicht mehr möglich. In den Entwürfen für Friedensverträge mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn, die die Sowjets auf der Außenministerkonferenz im September in London vorlegten, konnten die Amerikaner dann erst recht nichts finden, was sich mit ihren Vorstellungen traf.

Das Ende der Kooperation

Anfang 1946 sprach sich Truman gegen weitere Kompromisse aus. Das war der Beginn eines Jahres, dessen Ende auch das Ende jeder Kooperation mit der Sowjetunion bedeutete. Von nun an ging es beinahe Schlag auf Schlag. Am 9. Februar 1946 hielt Stalin in Moskau eine Wahlrede, die der Richter am Obersten Bundesgericht in Washington, William O. Douglas, die „Kriegserklärung des Dritten Weltkrieges“ nannte.

Am 22. Februar schickte George F. Kennan, Botschaftsrat an der US-Botschaft in Moskau und Sowjetexperte, sein

inzwischen berühmtes „langes Telegramm“ nach Washington, in dem er das formulierte, was wenig später als *containment* – Eindämmung des Kommunismus – ein Begriff wurde.

Am 7. August deutete sich die nächste Krise an, als Moskau von der Türkei die Aufkündigung der Montreux-Konvention von 1936 forderte, in der der Türkei das Recht auf Kontrolle der Kriegsschifffahrt der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres in den Meerengen zugesprochen worden war. Würde dies geschehen, so Dean Acheson, stellvertretender US-Außenminister, gegenüber Truman, würde dies zur sowjetischen Kontrolle über die Türkei führen, dies wiederum zur Kontrolle Griechenlands und des gesamten Mittleren Osten, und dies würde der Sowjetunion helfen, „ihre Ziele in Indien und China zu erreichen“. Die Sowjets würden von ihrem Vorhaben nur ablassen, wenn sie erführen, dass die USA „bereit sind, der Aggression nötigenfalls mit Waffengewalt zu begegnen“.

Die Truman-Doktrin

Im Laufe des Jahres 1947 wurde das realisiert und in konkrete Politik umgesetzt, was sich 1946 bereits abgezeichnet hatte: Der Kalte Krieg brach offen aus. Die kommunistischen Parteien wurden aus Washingtoner Sicht nun mehr und mehr zu „Werkzeugen Moskaus“, zur Speerspitze der sowjetischen Expansion. In diesem Sinne erklärte Dean Acheson am 27. Februar 1947 vor führenden Mitgliedern des Kongresses, die Sowjetunion könne in Frankreich jederzeit zuschlagen. Aber eben auch in Griechenland und der Türkei.

Und dann kam das, was US-Präsident Eisenhower Jahre später als „Dominotheorie“ bezeichnete: Sollte einer der Staaten Türkei, Griechenland oder Iran unter sowjetische Kontrolle geraten, würden die übrigen unweigerlich folgen. Die Sowjetunion strebe die Kontrolle über das östliche Mittelmeer und den Mittleren Osten an. Habe sie dieses Ziel erreicht, werde

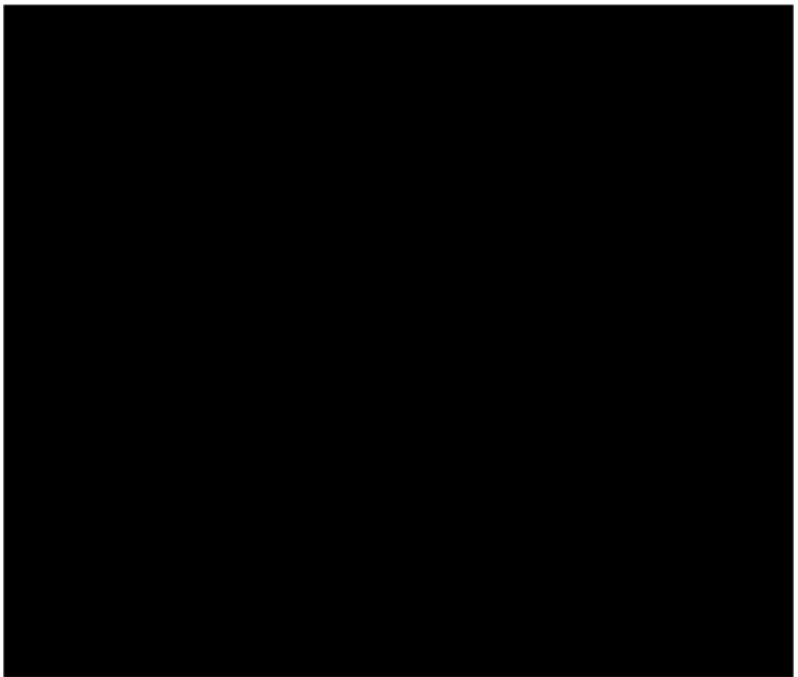
die Durchdringung Südasiens und Afrikas folgen. Ernsthaft bedroht seien auch Deutschland, Frankreich und Österreich. Falls die westliche Welt Griechenland und das östliche Mittelmeer aufgeben, werde das verheerende Folgen für alle anderen europäischen Länder haben.

Acheson fuhr fort: „Seit den Auseinandersetzungen zwischen Rom und Karthago hat es keine solche Polarisierung der Macht gegeben wie gegenwärtig zwischen den USA und der Sowjetunion. Dabei stehen die Vereinigten Staaten für Demokratie und individuelle Freiheit, die Sowjetunion für Diktatur und absolute Konformität.“ Es gebe keinen Zweifel, dass die Sowjetunion „aggressiv und expansionistisch“ sei. Diejenigen Länder zu unterstützen, die von der sowjetischen Aggression bedroht seien, bedeute, „die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu gewährleisten und die Freiheit zu garantieren“. Die Sicherheit der USA und die Erhaltung der Freiheit machten es erforderlich, „freie Völker gegen kommunistische Aggression und Subversion zu stärken“.

Das war die Grundlage für die Rede, die Truman am 12. März 1947 vor beiden Häusern des Kongresses hielt. Er machte klar, was in Zukunft die Politik der Vereinigten Staaten sein müsse, nämlich „die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen“. Denn: „Totalitäre Regime, die freien Völkern durch direkte oder indirekte Aggression aufgezwungen werden, untergraben die Grundlagen des internationalen Friedens und damit die Sicherheit der Vereinigten Staaten.“

Der Marshallplan

Dem folgte Anfang Juni mit der Rede von Außenminister George Marshall an der Harvard Universität das, was als Marshallplan in die Geschichte eingegangen ist: Hilfe der USA für Europa. Im Rahmen dieses Programms, das offiziell *European Recovery*



Wikipedia

Wiederaufbau auch in West-Berlin – dank des Marshallplans. Das nach dem amerikanischen Außenminister George Marshall genannte Hilfsprogramm gehört zu den erfolgreichsten Aktionen der US-Nachkriegspolitik.

Program (ERP), Europäisches Wiederaufbauprogramm, hieß, stellten die USA von 1948 bis 1952 16 europäischen Ländern insgesamt etwa 13 Milliarden Dollar zur Verfügung (nach heutigem Wert etwa 150 Milliarden Dollar).

Der Marshallplan wurde zu einem der erfolgreichsten Unternehmen, das die Amerikaner jemals in Angriff genommen haben. Dieser Plan war die Antwort auf viele Probleme. Er verminderte das eklatante europäische Zahlungsbilanzdefizit; er versprach die Restauration traditioneller Ordnungsverhältnisse in Frankreich und Italien und sollte die Westdeutschen und Österreich auf Westkurs halten. Mit diesem Plan

erweiterten die USA aber auch ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einfluss in Europa. Er wurde zu einem wichtigen Instrument im Kalten Krieg.

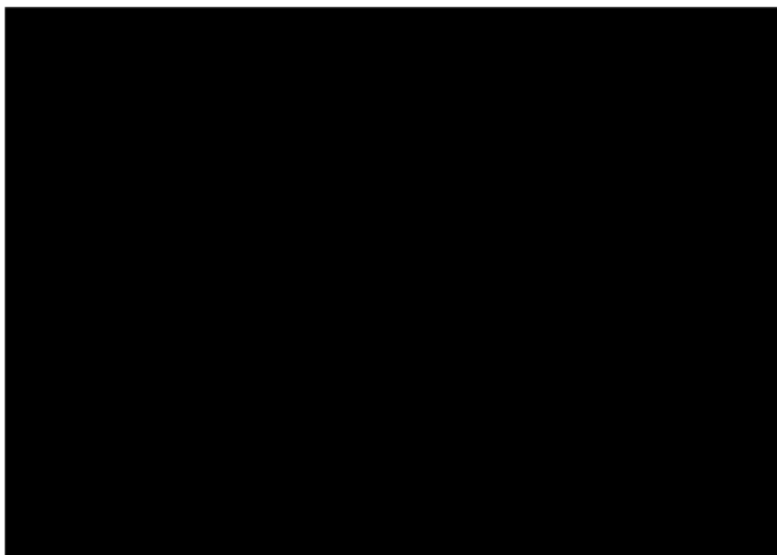
Der kommunistische Putsch in Prag am 25. Februar 1948 schien alle Befürchtungen auf westlicher Seite mit Blick auf Moskau zu bestätigen, genauso wie die im Juni von den Sowjets ausgelöste Totalblockade West-Berlins.

Die Berlinblockade

Diese Blockade entwickelte sich zu einem der größten Fehler der sowjetischen Politik nach 1945. Wer im Sommer 1948 im Westen noch Zweifel an der Richtigkeit des anglo-amerikanischen Kurses gegenüber der Sowjetunion hatte – mit der Teilung Deutschlands als eine Konsequenz –, dem wurden diese jetzt durch die Brutalität der Blockade genommen. Bei der Abwehr der sowjetischen Erpressung fühlten sich Westdeutsche, Westberliner und Westalliierte zum ersten Mal seit 1945 als Verbündete. Briten und Amerikaner ließen auch jetzt keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen, West-Berlin zu halten. Man dürfe keine Schwäche zeigen, so der britische Außenminister Ernest Bevin im Kabinett, da sonst der Verlust Europas drohe: „Wenn wir hart bleiben, werden die Russen am Ende nachgeben.“ Genauso sollte es kommen. Die Luftbrücke wurde ein durchschlagender Erfolg.

Die Gründung der NATO

Am 4. April 1949 übernahmen die USA auch militärisch die Führung im Westen. Gemeinsam mit Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, den Beneluxländern, Irland, Dänemark, Norwegen und Portugal unterzeichneten sie in Washington den Vertrag zur Gründung der NATO, der Nordatlantischen



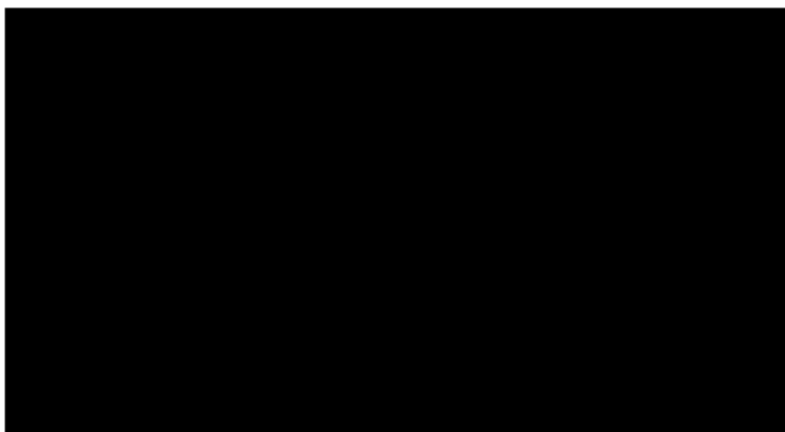
Wikipedia

Während der Berlinblockade 1948/49 wird West-Berlin von Amerikanern und Briten vollständig aus der Luft versorgt. Hier die Landung einer amerikanischen *Skymaster* – auch als Rosinenbomber bekannt – auf dem Flughafen Tempelhof. Bei der Abwehr der sowjetischen Erpressung fühlen sich Westdeutsche, Westberliner und Westalliierte zum ersten Mal seit 1945 als Verbündete.

Verteidigungsgemeinschaft (*North Atlantic Treaty Organization*). Es war ein kollektives Verteidigungsbündnis, d. h. ein Angriff auf ein Land würde als Angriff auf alle Länder gewertet. Erstmals in ihrer Geschichte übernahmen die USA eine solche Verpflichtung.

NSC 68

Am 29. August 1949 zündeten die Sowjets ihre erste Atom-bombe, am 1. Oktober rief Mao die Volksrepublik China aus.



U. S. Department of Defense, Washington, D. C.

25. Juli 1946: Atombombentest der USA (*Operation Crossroads*) auf dem Bikini-Atoll im Pazifik. Noch drei Jahre haben die USA das Monopol auf diese Waffe. Im August 1949 hat auch Stalin „seine“ Atombombe.

Truman ordnete eine Überprüfung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik an. Das Ergebnis war das berühmte Memorandum des *National Security Council* (NSC) 68, des Nationalen Sicherheitsrates, vom Frühjahr 1950. NSC 68 war die Erweiterung der Truman-Doktrin, gleichsam die Blaupause für die US-Außen- und Sicherheitspolitik in den folgenden zwanzig Jahren – bis hin zu Vietnam, in dem ganz realistisch auch die Kosten für die USA als „Weltpolizist“ genannt wurden. Es wurde 1977 erstmals veröffentlicht.

Die eindeutige Absicht des „Sklavenstaates“ Sowjetunion sei es, so hieß es da, „*to eliminate the challenge of freedom*“. Moskaus Ziel sei die vollständige Subversion und gewaltsame Zerstörung der Regierungs- und Gesellschaftsstruktur in den Ländern der nicht-sowjetischen Welt und deren Ersetzung durch ein System, das dem Kreml unterworfen sei und von ihm kontrolliert werde. Mit dieser Absicht richteten sich die sowjetischen Anstrengungen gegenwärtig auf die Beherrschung der eurasischen Landmasse.

Den Kremlführern stünden 175 Divisionen zur Verfügung; sie wollten der freien Welt demonstrieren, dass „sie bereit seien, sie auch einzusetzen“. Kurz: „Es geht um Sein oder Nichtsein nicht allein der USA, sondern der gesamten Zivilisation.“

Zur Abwehr dieser Bedrohung wurde der beschleunigte Aufbau politischer, wirtschaftlicher und militärischer Stärke gefordert, u. a. für 1950 eine Vervierfachung der Rüstungsausgaben auf etwa 50 Mrd. Dollar (nach heutigem Wert etwa 500 Mrd.), Verstärkung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfsorgane, Entwicklung von Programmen für die innere Sicherheit und Zivilverteidigung. Der Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 (siehe Seite 41) wirkte dann wie ein Katalysator bei der Umsetzung von NSC 68.

Vom roll back zur Berlinkrise

Der Koreakrieg war im Herbst 1952 auch ein wichtiges Thema im amerikanischen Wahlkampf, der in einer Atmosphäre der Furcht und Hysterie stattfand, geschürt von McCarthys antikommunistischer Hexenjagd (siehe Seite 57). Geradezu gebetsmühlenartig wurden altbekannte Argumente wiederholt – nur alles etwas schärfer und provozierender. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Dwight D. Eisenhower beschwor die Bedrohung Amerikas durch eine große und in ihrer Primitivität brutale Tyrannei, die viele Millionen Menschen und zahlreiche Nationen von Polen und Ostdeutschland bis zu China und Tibet versklavt habe. Gemeint war natürlich die Sowjetunion. Und der designierte neue Außenminister John Foster Dulles verurteilte die von den Demokraten betriebene Politik der Eindämmung des Kommunismus als negativ, steril und unmoralisch und forderte stattdessen eine „aktive Politik der Befreiung“, die den vom Kommunismus versklavten Völkern wieder Hoffnung und der amerikanischen Außenpolitik ein Ziel gebe.

Containment war out, das neue Schlüsselwort hieß *roll back*. Für Eisenhower war und blieb Russland auch nach dem Tod Stalins im März 1953 eine, wie er im Dezember 1953 in drastischen Worten formulierte, „Hure, und es ist völlig egal, ob sie neue Kleider anhat oder die alten nur geflickt hat: sie bleibt dieselbe Hure. Amerika wird sie wieder von der Straße in den Hinterhof jagen.“

Und dann kam der 4. Oktober 1957. Der sowjetische Satellit Sputnik I, der „Reisegefährte“, führte in der amerikanischen Öffentlichkeit geradezu zu einem Schock und zu der simplen Erkenntnis, dass eine Rakete, die Satelliten in die Erdumlaufbahn bringen konnte, auch Atombomben gegen Ziele in den USA transportieren konnte. Die USA waren fortan militärisch nicht mehr unangreifbar. Sputnik II mit der Hündin *Laika* an Bord startete am 3. November. Die Sputniks erzeugten bei den Amerikanern ein tiefes Gefühl der Verunsicherung. Viele fragten sich, ob das kommunistische System dem amerikanischen überlegen sei und ob dies bereits das Ende des amerikanischen Jahrhunderts sei, zumal Wissenschaftler und Militärstrategen vor einem Senatsausschuss übereinstimmend erklärten, die Sowjetunion liege in Wissenschaft und Technologie voran. Die Stabschefs waren davon überzeugt, dass die Sowjetunion eine militärische Überlegenheit auf allen Gebieten anstrebe.

Die USA nahmen die Herausforderung an: Am 29. Juli 1958 wurde die NASA, die *National Aeronautics and Space Administration*, gegründet. Dem folgte am 2. Oktober der *National Defense Education Act*, mit dem fünf Mrd. Dollar für den Ausbau des Universitätssystems zur Verfügung gestellt wurden. Der Wettlauf um die Eroberung des Weltalls hatte begonnen.

[Am 12. April 1961 flog der Sowjetbürger Juri Gagarin als erster Mensch durch das All. Am 25. Mai 1961 verkündete Präsident Kennedy als nationales Ziel, noch vor Ende des Jahrzehnts einen Menschen zum Mond und sicher zurück zur Erde zu bringen, wobei dieser Mensch natürlich ein Amerikaner

sein sollte. Kalter Krieg auch im All. Als der US-Astronaut Neil Armstrong am 21. Juli 1969 den Mond betrat, hatten die USA auch hier gewonnen.]

Am 10. November 1958 drohte Sowjetführer Chruschtschow in einer Rede im Moskauer Sportpalast damit, dass die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit der DDR abschließen werde. Die Westmächte würden dann ihre Rechte verlieren und müssten mit der DDR Verträge über ihren Zugang nach Berlin aushandeln. West-Berlin, das „große Loch inmitten der Republik“ – so SED-Chef Walter Ulbricht – würde gestopft, das „Geschwür am Körper Europas“ – so Chruschtschow – beseitigt werden. Die neue Berlinkrise war da.

Am 27. November 1958 legten die Sowjets nach und überreichten den drei Westmächten eine gleich lautende Note, in der sie die Umwandlung West-Berlins in eine selbstständige politische Einheit forderten – und das innerhalb der nächsten sechs Monate. Sollte bis dahin keine Lösung erreicht sein, würden sie einseitig handeln und alle Kompetenzen der DDR übertragen. Diesem Ultimatum ließen sie am 10. Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland folgen, der auf einer Gipfelkonferenz beraten werden sollte.

Präsident Eisenhower war unter keinen Umständen bereit, der sowjetischen Erpressung nachzugeben. Auf amerikanischer Seite erkannte der *elder statesman* und ehemalige Außenminister Dean Acheson, dass es Chruschtschow bei dem ganzen Unternehmen um mehr ging als „nur“ um West-Berlin und die DDR, nämlich genau um das, was der Kremlchef am 31. März 1961 gegenüber Ulbricht deutlich machte: Würde man Kennedy den Friedensvertrag mit der DDR „abringen, reißen wir die NATO in Stücke, denn die deutsche Frage zementiert die NATO“.

Aus genau diesem Grund war an ein amerikanisches Nachgeben auch bei Eisenhowers Nachfolger, John F. Kennedy, nicht zu denken, wie US-Botschafter Thompson Chruschtschow am 24. Mai in Moskau unmissverständlich klarmachte: „Wir werden auf Gewalt mit Gewalt reagieren.“

Am 25. Juli kündigte Kennedy ein massives Aufrüstungsprogramm an. Chruschtschow sah jetzt doch offensichtlich ein größeres Kriegsrisiko, das er nicht eingehen wollte. Stattdessen ließ er am 13. August die Mauer bauen, das „Maximum dessen, was aus West-Berlin herauszuholen war“, wie er am 6. Februar 1962 Ulbricht zu dessen Enttäuschung klarmachte. Und als Kennedy am 26. Juni 1963 in Berlin jenen unvergessenen Satz äußerste, der wohl immer mit ihm verbunden bleibt: „Ich bin ein Berliner!“ war klar, was das bedeutete: von nun an stand West-Berlin unter dem persönlichen Schutz des amerikanischen Präsidenten. Es würde keine Berlinkrise mehr geben.

Der NATO-Doppelbeschluss

Im Jahr 1972 hatten US-Präsident Nixon und Sowjetführer Breschnew in Moskau den SALT I-Vertrag (*Strategic Arms Limitation Treaty*) zur Begrenzung der strategischen Waffen unterschrieben. In den nachfolgenden SALT II-Gesprächen wurden nukleare Mittelstreckenraketen nicht berücksichtigt. Bundeskanzler Helmut Schmidt wies damals als erster darauf hin, dass die Sowjets diese „Grauzone“ durch die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 exzessiv genutzt hatten. Nach langen internen Beratungen reagierte die NATO am 12. Dezember 1979 mit dem berühmten, aus zwei Teilen bestehenden Doppelbeschluss, nämlich

1. 108 Pershing-II-Raketen und 116 Cruise Missiles mit 464 atomaren Sprengköpfen in Europa zu stationieren und
2. mit der Sowjetunion zu verhandeln, um durch „Rüstungskontrolle ein stabileres, umfassendes Gleichgewicht bei geringeren Beständen an Nuklearwaffen auf beiden Seiten zu erreichen“.

Der erste Teil des Beschlusses sollte ab 1983 umgesetzt werden, falls der zweite Teil bis dahin ergebnislos geblieben war. Vor der Beschlussfassung hatte der deutsche Außenminister

Hans-Dietrich Genscher die europäischen Partner daran erinnert, dass alle Sicherheit auf der Solidarität mit den USA beruhe: „Wir können uns als Europäer Sicherheit nicht schenken lassen; wir müssen selbst aktiv daran mitwirken, dass die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses garantiert bleibt.“

Am 10. Januar 1980 meinte Schmidt zum amerikanischen Botschafter in Bonn, Walter Stoessel, mit Blick auf den Beschluss vom Dezember, da hätten die Europäer „großen Mut“ gezeigt; das sei so, „als wenn man die Minuteman-Raketen zwischen Boston und Philadelphia stationiere“. Der Botschafter drückte Schmidt gegenüber seine Bewunderung für die Art und Weise aus, in der er diesen Beschluss innerhalb seiner Partei, der SPD, durchgesetzt habe.

14 Tage zuvor hatten sowjetische Truppen Afghanistan überfallen (siehe Seite 142). Vier Jahre später wurde unter Bundeskanzler Helmut Kohl stationiert. Im Jahr 2007 meinte er dazu: „Wenn wir in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses die Amerikaner und die Amerikaner uns verraten hätten – so muss man das formulieren –, wären die folgenden Jahre und Jahrzehnte bis hin zur deutschen Einheit und auch zur europäischen Einigung nicht möglich gewesen.“

Der Ferne Osten

„Wendepunkt der Geschichte.“

Die USA waren immer auch eine Pazifikmacht. Daran erinnerte Douglas MacArthur die Japaner, als die ihre Kapitulation auf der *Missouri* in der Bucht von Tokio unterschrieben. Er verwies auf Commodore Matthew C. Perry, der 92 Jahre zuvor mit der *Mississippi* ebenfalls in der Bucht von Tokio ankerte, um Japan dem Westen zu „öffnen“. MacArthur hatte Perrys Flagge von der Naval Academy in Annapolis auf die *Missouri* bringen lassen. Fünf Tage hatte der Transport gedauert. Jetzt hing sie gut sichtbar für die Japaner über dem Eingang der Kommandantenkajüte. Die Symbolik war eindeutig. Mit dem Angriff auf Pearl Harbor hatte das kaiserliche Japan die USA herausgefordert. Das Ergebnis beschrieb MacArthur später so: „Niemals in der Geschichte waren eine Nation und ihr Volk so vollständig zerstört wie die Japaner am Ende des Krieges.“ Von nun an waren die USA die entscheidende Macht in einigen Ländern Ostasiens. Der Kalte Krieg bestimmte ihre Politik und führte zu zwei verheerenden Kriegen.

Diese Phase ist inzwischen vorbei, aber das amerikanische Jahrhundert – militärisch, wirtschaftlich und kulturell – hat in all diesen Ländern unübersehbare Spuren hinterlassen. In Japan und Südkorea sind weiter US-Truppen stationiert. McDonald's, Disney World, Apple Stores und Hollywood sind omnipotent. Ehemalige Gegner – Vietnam – finden sich zusammen im Kampf gegen einen neuen Gegner – manche sagen Feind: die aufstrebende Volksrepublik China. Die Beziehungen zwischen China und den Nachbarländern sind gespannt, genauso wie die Beziehung zwischen Peking und Washington. Zukunft offen.



Alamy JH2AC6

Eine amerikanische „Erfindung“: das McDonald’s Schnellrestaurant. Inzwischen gibt es sie auf der ganzen Welt und über alle ideologischen und sonstigen Gräben hinweg – auch als Symbol für eine amerikanische Erfolgsgeschichte.

Japan

Mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima am 6. August und Nagasaki am 9. August 1945 war der Krieg gegen Japan praktisch beendet. Am 15. August wandte sich der Kaiser erstmals an sein Volk: seine zuvor auf Schallplatte aufgenommene Rede wurde gesendet. Die Botschaft verstand jeder: Japan hatte den Krieg verloren und kapitulierte.

Mit der Ansprache des Kaisers war der Krieg zwar noch nicht offiziell, aber de facto zu Ende. Am 28. August landeten die ersten Amerikaner in Japan, am 30. August war der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, General Douglas MacArthur, am Ziel: um 14.19 Uhr betrat er japanischen Boden.

Drei Tage später, am 2. September 1945, unterzeichneten die Bevollmächtigten des Kaisers auf dem Schlachtschiff USS *Missouri* die Kapitulationsurkunde. Mit den abschließenden

Worten MacArthurs „Diese Verhandlungen sind abgeschlossen“, war der Zweite Weltkrieg definitiv zu Ende. Anschließend überflogen 300 Kampfflugzeuge und 46 B-29 Superfestungen die *Missouri* und 250 Begleitschiffe: eine amerikanische Machtdemonstration der besonderen Art für die geschlagenen Japaner.

Der Fünf-Sterne-General MacArthur wurde als *Supreme Commander for the Allied Powers* (SCAP) de facto der Herrscher über Japan. Die USA waren die alleinige Besatzungsmacht in Japan. Die Kapitulationsurkunde hatte zwar noch ein sowjetischer Generalleutnant mitunterschrieben, aber die Bitte Stalins, an der Besatzung Japans teilzunehmen, hatte US-Präsident Truman abrupt abgelehnt. Japan blieb alleinige Angelegenheit der Amerikaner. Ziel der Besatzung sei es nicht, so meinte MacArthur an einer Stelle einmal, „die Japaner unten zu halten, sondern sie wieder auf die Beine zu bekommen“, Japan wieder zu einem geachteten Mitglied der zivilisierten Völkergemeinschaft zu machen. Dafür musste in Japan auf allen Ebenen eine neue Ordnung eingeführt werden, logischerweise würde die eine amerikanische sein.

Das war eine gigantische Aufgabe und nur mit Hilfe des Kaisers zu schaffen. Davon war MacArthur von Anfang an überzeugt und handelte entsprechend. Der Kaiser blieb zwar Kaiser, aber ohne göttlichen Mythos. Dafür sorgte das Ereignis vom 27. September 1945. Der Kaiser besuchte den General in dessen Hauptquartier– und nicht etwa umgekehrt. Das anschließende Foto hatte symbolische Bedeutung: der große, lässig gekleidete General mit den Händen in den Taschen neben dem kleinen Tenno. Die japanische Regierung wollte das Bild sofort verbannen, da das Ansehen des Kaisers damit beschädigt werde, aber MacArthur befahl seine Veröffentlichung in allen japanischen Zeitungen. Jeder Japaner konnte sehen, wer in dieser Beziehung das Sagen hatte.

MacArthur benutzte den Kaiser für seine Ziele und sorgte dann dafür, dass der von jeder Verantwortung für den Krieg freigesprochen und nicht angeklagt wurde. Der Kaiser sei das



Wikipedia

Kaiser Hirohito im Hauptquartier von Fünf-Sterne-General Douglas MacArthur in Tokio. Ein Bild mit Symbolcharakter.

Symbol, das alle Japaner vereint, würde es zerstört, würde die Nation auseinanderfallen und seine Arbeit unmöglich werden. Es würde Aufstände geben, und er brauchte dann eine Million Besatzungssoldaten. Mit dieser Argumentation setzte sich MacArthur letztlich in Washington durch. Zum Hauptverantwortlichen wurde der ehemalige Generalstabschef Tojo (der zum Tode verurteilt wurde).

Es ging um einen grundlegenden demokratischen Umbau Japans. Betroffen davon waren fast alle Bereiche des

japanischen Lebens: die Armee, die Erziehung, Gewerkschaften, Bodenreform, Recht und Justiz; erstmals ging es auch um die Gleichberechtigung der Frauen und um Religions- und Meinungsfreiheit. Dass dies am Ende gelang, ist fast das alleinige Verdienst MacArthurs.

Festgeschrieben wurde dessen Vorstellung von einem modernen Japan in der am 3. Mai 1947 verabschiedeten Verfassung, die intern auch „MacArthur-Verfassung“ genannt wurde. Die Sensation darin war Artikel 9, in dem das japanische Volk auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation verzichtete; gleichzeitig durfte Japan auch keine Armee mehr besitzen.

Der Koreakrieg führte die USA und Japan dann noch enger zusammen. Am 8. September 1951 wurde in San Francisco der Friedensvertrag zwischen den beiden Ländern unterzeichnet. Darin erhielt Japan die volle Souveränität zurück. Am gleichen Tag wurde ein Sicherheitspaket unterzeichnet, der es den Amerikanern ermöglichte, ihre Streitkräfte in Japan zu belassen. Amerika bot Japan dafür eine Sicherheitsgarantie unter dem nuklearen Schutzschild. „Japan ist ein anderes Land geworden“, so kommentierte John Foster Dulles das Ereignis damals. Man mag ergänzen: mit ausschließlich amerikanischer Hilfe. Inzwischen sind nach wie vor etwa 47.000 Soldaten in Japan stationiert.

Der Koreakrieg

Der Überfall und die amerikanische Reaktion

Der Krieg begann an einem Sonntag, im Morgengrauen des 25. Juni 1950. Um 4:00 Uhr eröffneten die Nordkoreaner entlang des 38. Breitengrades das Feuer auf Südkorea.

Für US-Präsident Harry S. Truman und seine Mitarbeiter war dies der Beginn einer groß angelegten, globalen, von Moskau gesteuerten kommunistischen Offensive. Für Außenminister Dean Acheson stand fest: „Durch diesen ersten offenen

Aggressionsakt seit Ende des Zweiten Weltkrieges steht die Zukunft der gesamten freien Welt auf dem Spiel, zu deren Schutz die USA handeln. Wir sind an einem Wendepunkt der Geschichte angekommen.“ Der nordkoreanischen, sprich sowjetischen Aggression musste daher entschlossen entgegengetreten werden

Für den Vorsitzenden der Chiefs of Staff, General Omar N. Bradley, war der Zeitpunkt gekommen, den Kommunisten unmissverständlich zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“ („*We must draw the line somewhere!*“) Truman stimmte dem zu. Noch war man allerdings der Meinung, mit den von Acheson empfohlenen Maßnahmen auszukommen: Waffenlieferungen zur Unterstützung Südkoreas, Einsatz der US-Luftwaffe zur Sicherung der Evakuierung von amerikanischen Frauen und Kindern aus Südkoreas Hauptstadt Seoul, Verlegung der 7. US-Flotte in die Straße von Formosa, um einen Angriff Rotchinas auf Formosa zu verhindern.

Am 26. Juni wurde deutlich, dass die Entwicklung in Korea weitergehende Maßnahmen erforderte. Der Fall Seouls stand unmittelbar bevor. Am Abend fand eine weitere Sitzung auf höchster Ebene in Washington statt. Am nächsten Morgen teilte Truman die dort getroffene Entscheidung mit: „Ich habe den Luft- und Seestreitkräften der USA den Befehl erteilt, den Truppen der südkoreanischen Regierung Schutz und Unterstützung zu leisten.“ Gleichzeitig war die Blockade und Bombardierung Nordkoreas beschlossen worden.

Erst zehn Stunden später wurde diese Maßnahme vom UNO-Sicherheitsrat nachträglich sanktioniert. Dies war nur möglich, weil Moskau den Sicherheitsrat nach wie vor boykottierte und Stalin es nicht für nötig gehalten hatte, einen Vertreter zu entsenden, da er mit einem schnellen Sieg der Kommunisten rechnete – das hatte ihm Nordkoreas Kommunistenführer Kim Il-sung zugesichert.

Drei Tage nach dem kommunistischen Überfall fiel die Hauptstadt Seoul; fünf Tage nach dem Beginn der Kämpfe war die halbe südkoreanische Armee vernichtet; die Nordkoreaner standen tief im Süden der Halbinsel. Daraufhin ging

Truman am 30. Juni einen entscheidenden Schritt weiter: Er genehmigte den Einsatz der zwei in Japan stationierten amerikanischen Divisionen in Korea, ernannte General Douglas MacArthur, den Helden des Pazifikkrieges, zum Oberbefehlshaber in Korea. Gleichzeitig ließ er Elitetruppen aus den USA nach Korea einfliegen. Denen gelang es, den Vormarsch der Kommunisten zu stoppen und im Südosten Koreas bei Pusan einen Brückenkopf zu bilden.

Formal war der Kampf gegen die nordkoreanische Aggression keine rein amerikanische Aktion, sondern ein *United Nations Command* auf der Basis der UNO-Resolution vom 27. Juni. Darin waren alle Mitglieder gebeten worden, Truppen nach Korea zu entsenden. Dies war die Geburtsstunde einer ersten internationalen Streitmacht, die sich in den nächsten Monaten allmählich komplettierte. Am Ende gehörten ihr neben Amerikanern und Südkoreanern Soldaten aus 15 Nationen an. Dabei stellten die Amerikaner allerdings nicht nur die Hälfte der Soldaten – rd. 350.000 Mann –, sondern finanzierten auch das ganze Unternehmen.

Der 38. Breitengrad wird Demarkationslinie

Wie war es überhaupt zu dieser Entwicklung gekommen? Nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. bzw. 9. August 1945 war der Krieg gegen Japan praktisch beendet. Am 8. August hatte Moskau Japan den Krieg erklärt, die Rote Armee war seit dem 9. August an der Ostküste Koreas 80 Kilometer nach Süden vorgestoßen.

Mitte August 1945 einigten sich Washington und Moskau auf den 38. Breitengrad in Korea als Demarkationslinie für die Entwaffnung der Japaner: im Norden sollten dies die Sowjets durchführen, im Süden die Amerikaner. Wie im geteilten Deutschland verfestigte sich die Demarkationslinie bald zu einer Systemgrenze. Nordkoreas Kommunistenführer Kim Il-sung, der von sich einmal gesagt hatte, Stalins Befehl sei Gesetz für ihn, errichtete im Norden ein kommunistisches Regime, der Mann der Amerikaner im Süden war Syngman Rhee.

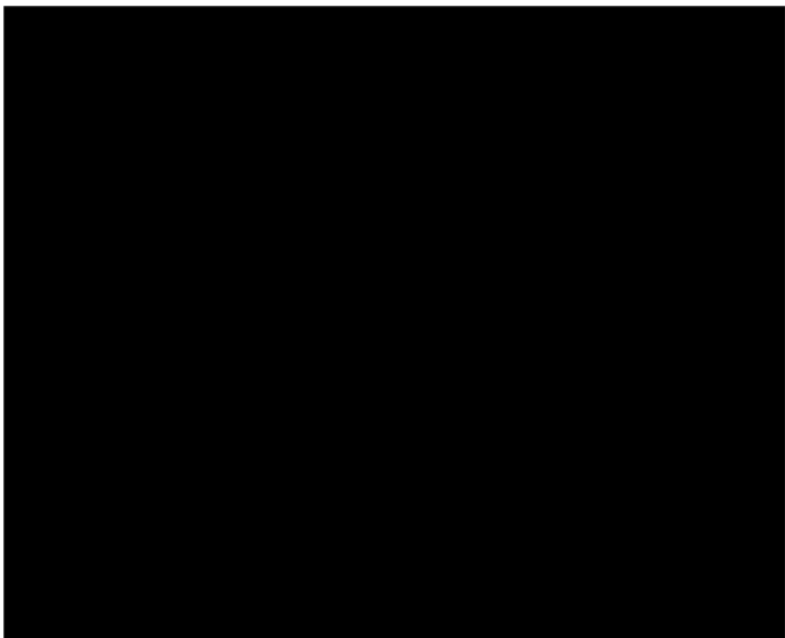
Alle Bemühungen um eine baldige Wiedervereinigung des Landes scheiterten in der Folgezeit. Im September 1947 beschloss die UNO-Vollversammlung, eine UNO-Kommission einzusetzen, die freie und geheime Wahlen für ganz Korea überwachen sollte. Dieser Kommission wurde jedoch Anfang 1948 die Einreise nach Nordkorea verweigert. Die Folge war die endgültige Spaltung des Landes. Im Mai 1948 fanden in Südkorea Wahlen statt. Syngman Rhee rief am 15. August die Republik Südkorea aus, Kim Il-sung am 9. September 1948 die Demokratische Volksrepublik Korea. Beide Politiker forderten die Wiedervereinigung des Landes mit allen Mitteln.

Ohne Stalin kein Koreakrieg

Entgegen jahrzehntelanger kommunistischer Propaganda stand von Anfang an fest, dass der Norden den Süden überfallen hatte. Wir wissen heute genau, wie es zu diesem 25. Juni 1950 gekommen ist. Auch hier gilt wie für manch andere Aspekte des Kalten Krieges die Kurzformel: am Anfang stand Stalin – wenn auch be- und gedrängt von Kim Il-sung, der die Wiedervereinigung wollte. Die aber war nur mit Waffengewalt zu erreichen. Er bat Stalin erstmals bei einem Besuch in Moskau am 7. März 1949 um entsprechende Zustimmung. Stalin war wie immer misstrauisch und auch zögerlich und wies darauf hin, dass die nordkoreanische Armee eben keine Übermacht mit Blick auf die Truppen Südkoreas habe, und dass amerikanische Soldaten weiter in Südkorea stünden. Er bat Kim um Geduld; die Gelegenheit zur Vereinigung werde noch kommen. Im gleichen Jahr zogen Sowjets und Amerikaner ihre Truppen aus Korea ab.

Anfang Februar 1950 kam Stalin dann aber Kims Bitte nach, drei nordkoreanische Divisionen mit modernen Waffen auszurüsten. Am 9. Februar befahl er, mit den Vorbereitungen für einen Überfall zu beginnen.

Was ihn zu dieser Sinnesänderung veranlasst hatte, wurde beim Besuch Kims in Moskau vom 30. März bis 15. April 1950 deutlich. Stalin sprach da von der „verbesserten



Wikipedia

Am 25. Juni 1950 überfällt das kommunistische Nordkorea den Süden des Landes. Für die USA ist das eine von Moskau gesteuerte Aggression, der man entschlossen entgegentritt. Am 15. September führt Oberbefehlshaber Douglas MacArthur eine erfolgreiche Landungsoperation in Inchon im Rücken der Kommunisten durch. Das Bild zeigt Leutnant Baldomero Lopez von den US-Marines, wie er als erster die Hafenmauer überwindet. Wenig später wird er getötet.

internationalen Lage“. Damit meinte er in erster Linie den von Mao am 1. Oktober 1949 verkündeten Sieg in China gegen Tschiang Kai-schek; Mao, so Stalin, könne notfalls sogar Truppen nach Korea schicken. Und Stalin hatte seit August 1949 „seine“ Atombombe. Und er kannte die Rede von Dean Acheson. Der hatte am 12. Januar 1950 vor dem Nationalen Presseclub in Washington bei der Aufzählung der für die Sicherheit der USA wichtigen Gebiete im Fernen Osten zwar Japan und die Philippinen, nicht aber Formosa und Korea genannt.

Kim versicherte dem sowjetischen Diktator im April 1950, dass die Nordkoreaner Südkorea innerhalb von drei Tagen überrennen würden, kommunistische Sympathisanten würden sich dann im Süden erheben und die Befreier willkommen heißen; alles würde so schnell gehen, dass die USA keine Zeit zum Eingreifen hätten. Stalin machte seine Zustimmung zum Angriff allerdings von einer Zusicherung Maos abhängig, die Nordkoreaner zu unterstützen: Stalin wörtlich: „Falls euch die Amerikaner niedermachen, werde ich keinen Finger rühren. Ihr müsst Mao um Hilfe bitten.“

Gleichzeitig genehmigte er militärische Aufbaupläne in Nordkorea. Seinen Generälen befahl er, entsprechende Planungen durchzuführen. Angriffsbefehle, die er wenig später persönlich genehmigte, sprachen von Gegenangriffen, um so den Eindruck zu erwecken, als ob Südkorea Nordkorea angegriffen hätte. Vom 13. bis 16. Mai 1950 besuchte Kim Peking und präsentierte Mao seinen Angriffsplan, wobei er betonte, dass Stalin ihn bereits genehmigt habe. Mao fragte sofort bei Stalin nach. Stalins Antwort: „Ich habe Kims Idee zugestimmt.“

Mao blieb skeptisch und verwies auf die Möglichkeit eines amerikanischen Eingreifens. Aber schließlich stimmte auch er zu, offensichtlich aus zwei Gründen: Zum einen plante er selbst die Invasion Formosas und hatte um sowjetische Unterstützung gebeten. Stalin hatte das anfangs aus Furcht, damit die Amerikaner zu provozieren, ausgeschlossen. Während des Besuchs von Mao in Moskau einige Wochen zuvor hatte er aber seine Meinung geändert und die Chinesen ermuntert. Von daher konnte Mao sich nicht gegen Kims Pläne aussprechen, ohne bei Stalin eine mögliche Sinnesänderung herbeizurufen. Und Kim konnte er seine Bitte nicht abschlagen, nachdem nordkoreanische Truppen gegen Tschiang Kai-schek gekämpft hatten und Nordkorea während des Bürgerkrieges in China 1946 bis 1949 als strategische Basis für seine Truppen gedient hatte.

Am 10. Juni gab Stalin Kim endgültig grünes Licht für den Angriff. Um seine Verantwortung für die Nachwelt zu

vertuschen, setzte er die Unterschrift von Andrej Gromyko, damals stellvertretender Außenminister, unter das entsprechende Telegramm. Gleichzeitig befahl er als die „Instanz“, wie er intern genannt wurde, die sowjetischen Berater vom 38. Breitengrad abzuziehen, und forderte eine „Geschichte“ für die Nachwelt. Die konnte man dann in offiziellen sowjetischen Militärenzyklopädien nachlesen: aus einem kommunistischen Überfall – detailliert geplant und durchgeführt – wurde eine Verteidigungsaktion, um einen amerikanischen Angriff zurückzuschlagen. Diese Version galt bis zum Ende der Sowjetunion im Jahre 1991 – und gilt in Nordkorea auch heute noch.

Einsatz der Atombombe?

In einer großangelegten US-Studie *National Intelligence Estimate* zur Einschätzung der nationalen Sicherheitslage hieß es am 15. November 1950 u. a.:

„Die sowjetischen Machthaber sind motiviert einerseits durch die marxistisch-leninistisch-stalinistische Ideologie und andererseits durch Überlegungen, die mit der Stellung der Sowjetunion als einer Weltmacht zusammenhängen. Ihr letztes Ziel ist es, eine kommunistische Welt zu errichten, die von ihnen selbst oder ihren Nachfolgern kontrolliert wird.“

Die Krise kam im Dezember, nachdem die Chinesen in Korea eingegriffen und die 8. US-Armee nahezu vernichtet hatten. Am 24. Dezember forderte General Douglas MacArthur den Einsatz von 24 Atombomben in Nordkorea und China – und erhielt als Antwort die Direktive der Stabschefs, Korea solle ein „begrenzter Krieg“ bleiben. MacArthur wurde angewiesen, die Stellung so weit wie möglich zu halten. Wenn das zu unerträglichen Verlusten führe, müsse Korea geräumt werden. Der Fünf-Sterne-General stellte sich das ganz anders vor. Er wollte die Ausweitung des Krieges, hatte sie immer gewollt. Am 30. Dezember ging er einen Schritt weiter und forderte jetzt den Abwurf von 34 Atombomben. Die Ziele lieferte er gleich mit. Inzwischen hatten die Chinesen ihre Frühjahrsoffensive gestartet und eroberten am 4. Januar Seoul, das zum zweiten Mal aufgegeben werden

musste. Die Amerikaner eroberten Seoul zurück. Anschließend erstarrte die Front am 38. Breitengrad. MacArthur widersetzte sich den von Truman angeordneten Waffenstillstandsgesprächen und wurde daraufhin wegen „Insubordination“ (Truman) gegen den Oberbefehlshaber von ihm entlassen.

Der Krieg endete im Juli 1953 mit einem Waffenstillstand, nachdem die Eisenhower-Administration mit dem Einsatz der Atombombe gedroht hatte. Er kostete Millionen Menschen das Leben – unter ihnen allein 37.000 Amerikanern. Das Land wurde vollständig zerstört. Es gab Kriegsverbrechen, Massaker und Millionen Flüchtlinge. Er war zwar ein „begrenzter Krieg“ geblieben, hatte aber dennoch gravierende Konsequenzen für alle Beteiligten und war vor allem für die Weiterentwicklung des Kalten Krieges von Bedeutung. Mit ihm wurde dieser Krieg unter Führung der USA erstmals organisiert, und das vor allem im militärischen Bereich.

Laos

Laos gehörte mit Vietnam und Kambodscha zur Konkursmasse der französischen Kolonie Indochina. Es wurde wie Vietnam 1954 de facto geteilt: im Norden formierte sich die aus westlicher Sicht kommunistische Pathet Lao, im Süden finanzierten die USA die regierungstreue Armee und unterstützten gleichzeitig im Norden die Hmong-Rebellen zur Schwächung der Pathet Lao. 1962 endete der Bürgerkrieg mit der Neutralität und einem Waffenstillstand, der allerdings von den Kommunisten nicht eingehalten wurde. Damit wurde das Land endgültig in den Vietnamkonflikt hineingezogen, nicht zuletzt wegen des Ho Chi Minh Pfades, über den das kommunistische Nordvietnam den Nachschub für den Vietcong in Südvietnam organisierte.

Obwohl Laos nach Meinung von US-Präsident Johnsons Freund Richard Russell „keinen Cent“ wert war, griffen die USA 1964 aktiv in den Bürgerkrieg ein. Laos wurde die Basis

für eine der größten Operationen in der Geschichte der CIA. Von 1964 bis 1973 flogen die USA schwerste Luftangriffe auf Laos und warfen dort mehr Bomben ab als jemals über einem anderen Land pro Kopf der Bevölkerung, insgesamt etwa zwei Millionen Tonnen. Zentral bei dieser Operation war der Flughafen der Kleinstadt Long Cheng, etwa 130 km nördlich der Hauptstadt Vientiane. Obwohl die CIA-eigene Firma *Air America* dort täglich etwa 400 Starts und Landungen durchführte und dieser Flughafen damit zu dem am meisten angeflogenen Flughafen Südostasiens gehörte, war er lange Zeit auf keiner Landkarte verzeichnet. Nicht einmal der Kongress kannte ihn. Der geheime Krieg in Laos sollte dazu dienen, den Krieg in Vietnam zu stabilisieren, Laos selbst spielte nur noch eine geringe Rolle. 1973 zogen sich die Amerikaner aus Vietnam zurück – und auch aus Laos. Zwei Jahre später übernahmen die Kommunisten die Macht in Laos. Den Verbündeten Hmong dort ging es genauso wie den verbündeten Südvietnamesen 1975: ein kleiner Teil wurde von den Amerikanern ausgeflogen, Zehntausende flüchteten nach Thailand, die anderen wurden ihrem Schicksal überlassen; viele von ihnen endeten in kommunistischen Umerziehungslagern.

Der Vietnamkrieg

Die Vorgeschichte

Am 30. April 1975 marschierten nordvietnamesische Kommunisten in Saigon ein: Südvietnam kapitulierte bedingungslos. Das war gleichzeitig das Ende des Krieges in Vietnam. Bereits eine Woche vorher hatte US-Präsident Gerald Ford in New Orleans vor 5.000 Menschen in der Tulane Universität den Krieg in Vietnam für beendet erklärt, „soweit er Amerika betrifft“. Dieser Krieg hat eine lange Vorgeschichte.

Auch Vietnam gehört zur Konkursmasse des französischen Kolonialreiches Indochina, das Frankreich mit der Niederlage

bei Dien Bien Phu 1954 endgültig verlor. Auf der anschließenden Konferenz in Genf wurde Vietnam entlang des 17. Breitengrades geteilt. Im Norden herrschten die Kommunisten unter Führung von Ho Chi Minh, im Süden bestimmten von nun an die USA die Politik.

Die SEATO

Die Freiheit San Franciscos, so hieß es, werde in Saigon verteidigt. In gewisser Weise als Rahmen für diese Politik gründeten die USA am 8. September 1954 die SEATO (*Southeast Treaty Organization*) als eine Art Gegenstück zur NATO in Ostasien. Mitglieder waren Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen, Thailand und die USA. Man sicherte sich gegenseitigen Beistand zu im Falle eines bewaffneten Angriffs sowie zur Abwehr umstürzlerischer, von außen gelenkter Aktivitäten. In einem Zusatzprotokoll wurde deutlich, worum es den USA primär ging: Kambodscha, Laos und Südvietnam wurden als zu verteidigende Interessengebiete in den Vertrag einbezogen, der 1977 aufgelöst wurde.

Johnsons Krieg

Anfang August 1964 kam es im Golf von Tonking zu einem folgeschweren Zwischenfall. Nordvietnamesische Patrouillenboote beschossen den US-Zerstörer *Maddox*. Zwei Tage später flogen die Amerikaner erste Luftangriffe gegen Nordvietnam. Der Kongress ermächtigte Präsident Johnson, „alle notwendigen Schritte, einschließlich der Anwendung bewaffneter Gewalt, zu ergreifen“, um Südvietnam zu unterstützen.

Im Frühjahr 1965 wurde aus einem schwelenden Bürgerkrieg ein amerikanischer Krieg. Mit der Operation „Donnergrollen“ (*Rolling Thunder*) begann am 2. März 1965 die systematische Bombardierung Nordvietnams. Am 8. März 1965 landeten 3500 US-Marines in Da Nang. Hanoi sprach von einer „offenen Kriegserklärung“. Die USA schickten immer mehr Soldaten nach Südvietnam, 1968 waren es 550.000.



Wikipedia

Massiver Bombenkrieg gegen Nordvietnam. Während des Vietnamkrieges werfen die USA viermal so viel Bomben ab wie während des gesamten Zweiten Weltkrieges – mit einer Zerstörungskraft von etwa 600 Hiroshima-Atombomben.

Das Jahr 1968 markiert auch das Ende von Johnsons Krieg mit der sogenannten „Tet-Offensive“, einem nicht mehr für möglich gehaltenen Großangriff der Kommunisten gegen fünf der sechs großen Städte, 36 der 44 Provinzhauptstädte und einem Viertel der 242 Provinzstädte Südvietnams im Januar 1968. Am Ende hatten Amerikaner und Südvietnamesen zwar alle verloren gegangenen Gebiete wieder zurückerobert, aber es war ein Pyrrhus-Sieg. Die amerikanische Öffentlichkeit hatte den Glauben an den Sieg verloren, der Präsident seine Glaubwürdigkeit eingebüßt. Ende April verkündete Johnson, dass er sich einer Wiederwahl nicht stellen werde.

Nixons Krieg

Der neue Präsident hieß Richard M. Nixon. Er hatte die Wahl mit dem Versprechen gewonnen, den Vietnamkrieg zu beenden. Im Juli 1969 verkündete er seine neue Doktrin: Vietnamisierung, das hieß Abzug der amerikanischen Truppen; die Südvietnamesen sollten übernehmen.

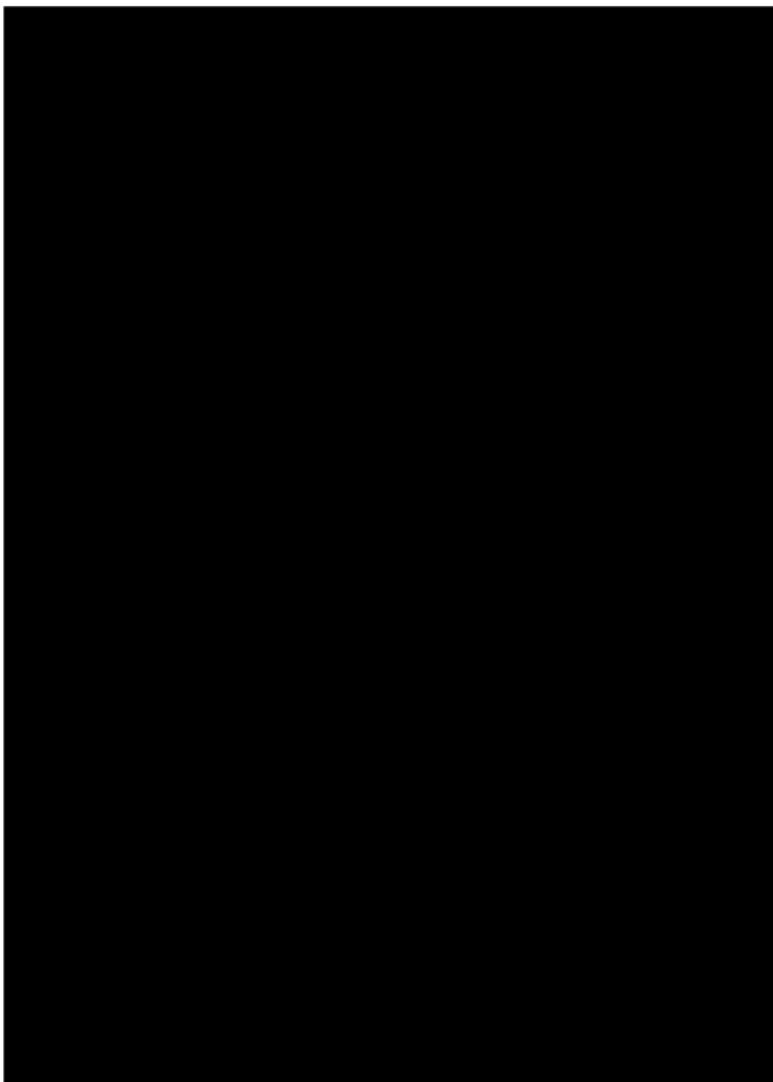
Inzwischen sank die Moral der Truppe in Vietnam auf den niedrigsten Stand in der Geschichte der USA. Das Ende des Krieges wurde zur absoluten Notwendigkeit für Washington. Nixons Sicherheitsberater Henry Kissinger führte in Paris entsprechende Gespräche mit den Kommunisten, die im Oktober 1972 zu einer prinzipiellen Einigung führten: die Amerikaner würden das Land verlassen, nordvietnamesische Truppen im Süden des Landes bleiben, die entmilitarisierte Zone am 17. Breitengrad keine offizielle politische Grenze sein. Am 27. Januar 1973 unterzeichneten US-Außenminister William P. Rogers und sein nordvietnamesischer Kollege Nguyen Thuy Trinh das „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“.

Das Ende

Das Abkommen war das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben war. Die einzigen, die sich daran hielten, waren die USA: Am 29. März 1973 verließ der letzte GI Südvietnam. Zwei Tage zuvor hatte Nordvietnam 591 amerikanische Kriegsgefangene freigelassen. Für die Amerikaner war der Krieg offiziell vorbei, für die Vietnamesen ging er mit unverminderter Härte weiter.

Inzwischen war Nixon in den Strudel der Watergate-Affäre geraten und praktisch handlungsunfähig. Im April 1974 lehnte der Kongress zusätzliche Militärhilfen für Südvietnam ab, am 9. August 1974 trat Nixon zurück.

Im März 1975 begann Nordvietnam die „Ho Chi Minh-Offensive“ gegen das Regime im Süden, das nach 55 Tagen zusammenbrach und am 30. April bedingungslos kapitulierte.



Wikipedia

Als Erfolge im Vietnamkrieg ausbleiben und die Zahl der getöteten Soldaten steigt, wird die Antikriegsbewegung ein Element in der amerikanischen Innenpolitik. Die Teilnehmerzahlen an Demonstrationen steigen in die Hunderttausende. Ihre Forderung ist eindeutig: „Raus aus Vietnam.“ Im April 1971 versammeln sich 500.000 in Washington.

Fazit

Was waren die Gründe für das Scheitern der USA in Vietnam? Für die Militärs, vor allem für den Oberbefehlshaber General Westmoreland, wurde der Krieg unter Johnson verloren. Damals habe man die Mittel, die man zur Verfügung hatte, nicht richtig eingesetzt. Auch ging es um eine falsche Taktik: Der Krieg war anders als jener im Zweiten Weltkrieg oder in Korea; das beste Beispiel dafür war die erfolglose Operation *Rolling Thunder* gegen ein industriell unterentwickeltes Land. Oder der *body count*: den Gegner töten. Je mehr gegnerische Leichen gezählt wurden, umso erfolgreicher war die eigene Truppe; die Kommunisten sollten so geschwächt werden („*search and destroy*“), dass sie am Ende ihre Verluste nicht mehr ausgleichen konnten und aufgeben würden.

Die Militärs machten darüber hinaus die Zivilisten verantwortlich, und da wiederum das Zerschlagen des innenpolitischen Konsenses in den USA – und natürlich die Medien. Jedenfalls schränkten die Militärs in späteren Konflikten die Medienberichterstattung massiv ein. Zu keinem Zeitpunkt wurde dem einfachen GI und der Öffentlichkeit die Frage glaubwürdig beantwortet, warum man überhaupt in Südvietnam war und Opfer brachte.

Etwa 2,7 Millionen Amerikaner waren während des Vietnamkrieges als Soldaten in Vietnam, davon 1,6 Millionen im Kampfeinsatz. Es gab die Wehrpflicht, aber das System war höchst ungerecht: Wer die finanziellen Mittel hatte, konnte sich dem Militärdienst in Vietnam (durch Studium etc.) entziehen. Von jenen, die ihren Wehrdienst ableisteten und in Vietnam kämpften und starben, waren unverhältnismäßig viele arm, mit schlechter Schulbildung und schwarz. Es war eine Armee von Teenagern – mehr als 60 % starben im Alter von 18 bis 21 Jahren, das Durchschnittsalter der Truppe war 19.

Der Vietnamkrieg bleibt eines der größten Desaster der US-Geschichte und ein Trauma für die Weltmacht. Er war ein „furchtbarer Irrtum“, wie Verteidigungsminister Robert McNamara ihn 1995 in seinen „Erinnerungen“ bezeichnete.

Er war bis zu dem Zeitpunkt Amerikas längster Krieg und der erste, der verloren ging. Mit furchtbaren Folgen: 58.269 amerikanische Soldaten waren gestorben, 304.704 verletzt, mehr als 33.000 blieben gelähmt, mehr Veteranen begingen Selbstmord, als Soldaten in Vietnam gefallen waren. In der Heimat fanden sich viele im Zivilleben nicht mehr zurecht. 500.000 – 800.000 von ihnen litten und leiden unter einem posttraumatischen Stresssyndrom. Anfang der Neunzigerjahre waren von den etwa 750.000 Obdachlosen in den USA ein Viertel bis ein Drittel Vietnamveteranen. Der Vietnamkrieg wurde der Albtraum der Amerikaner, der die Nation so spaltete wie nichts mehr seit dem Bürgerkrieg 100 Jahr zuvor.

Im Unterbewusstsein wirkte und wirkt dieser Krieg fort und bestimmte über Jahrzehnte die amerikanische Außenpolitik. Die unmittelbare Konsequenz der Niederlage für die USA formulierte der deutsche Botschafter in Washington, Berndt von Staden, damals so: „Die ‚missionarische‘ Phase der amerikanischen Außenpolitik, die vom Willen zum eigenen Einsatz getragen war, scheint sich ihrem Ende zuzuneigen.“

Der Krieg in Südostasien war allerdings nicht nur eine Katastrophe für die Amerikaner: 1 Million südvietnamesische Soldaten starben, etwa 2 Millionen tote Zivilisten waren zu beklagen; 2 Millionen Menschen wurden verstümmelt. Es ist anzunehmen, dass in Nordvietnam mindestens genauso viele Menschen ihr Leben lassen mussten. Die USA warfen viermal so viel Bomben ab wie während des gesamten Zweiten Weltkrieges – mit einer Zerstörungskraft von etwa 600 Hiroshima-Atombomben und 20 Millionen Bombenkratern. 50 Millionen Liter des hochgiftigen *Agent Orange* wurden zur Entlaubung der Wälder versprüht, um den Feind besser bekämpfen zu können – mit Auswirkungen bis auf den heutigen Tag.

Nach der Wiedervereinigung Vietnams 1975 wurden 400.000 Südvietnamesen bis zu 10 Jahre in Arbeits- und Umerziehungslager gesteckt. In den folgenden Jahren flüchteten etwa 1,4 Millionen Südvietnamesen, u. a. die *boat people*, von denen während der ersten Fluchtwelle 50.000 ihr Leben verloren.

Als Saigon kapitulierte, liefen in den USA die Vorbereitungen zur 200-Jahr-Feier des Landes. Vietnam fiel zunächst einem kollektiven Vergessen anheim. Die Themen „Warum Vietnam?“ und „Wer hat den Krieg verloren?“ wurden vielfach verdrängt. Mit privaten Spenden wurde 1982 dann das eindrucksvolle *Vietnam Veterans Memorial* in Washington, D. C., errichtet. Mit zwei Millionen Besuchern pro Jahr verzeichnet es bis heute mehr Besucher als jede andere öffentliche Einrichtung oder Museum in Washington.

Gerald Ford verhängte 1975 ein Handelsembargo über das Land, 1994 hob US-Präsident Bill Clinton das Embargo auf, 1995 nahmen beide Länder diplomatische Beziehungen auf. Der erste US-Botschafter wurde 1997 der ehemalige Pilot Douglas „Pete“ Peterson, dessen Flugzeug 1966 abgeschossen worden war und der die Jahre bis 1973 in nordvietnamesischer Gefangenschaft verbracht hatte. 2012 gab es ein vietnamesisch-amerikanisches Marinemanöver!

Innenpolitik

„I have a dream.“

Nach der Katastrophe der *Great Depression* in den 1930er Jahren und dem Sieg im Zweiten Weltkrieg glaubten viele Amerikaner wieder an den *American Dream*: bescheidener Wohlstand mit Haus und Auto in der Vorstadt und den Annehmlichkeiten der Konsumgesellschaft. In den 1950er Jahren wurde dieser Traum für viele weiße Amerikaner oftmals Realität. Die in Washington geführte „antikommunistische Hexenjagd“ interessierte wenig, der Koreakrieg wurde zunehmend unpopulär. Dass in der Apartheid-Gesellschaft im Süden der USA die Schwarzen aufstanden und für ihre Rechte kämpfen, die ihnen seit hundert Jahren vorenthalten wurden, war ein neues Phänomen. Die Kubakrise schürte Ängste, Fernsehen gab es inzwischen in jedem Haus und zeigte den Vietnamkrieg, der die Gesellschaft zerriss; „Watergate“ faszinierte.

Die McCarthy-Ära

Antikommunistische Hexenjagd

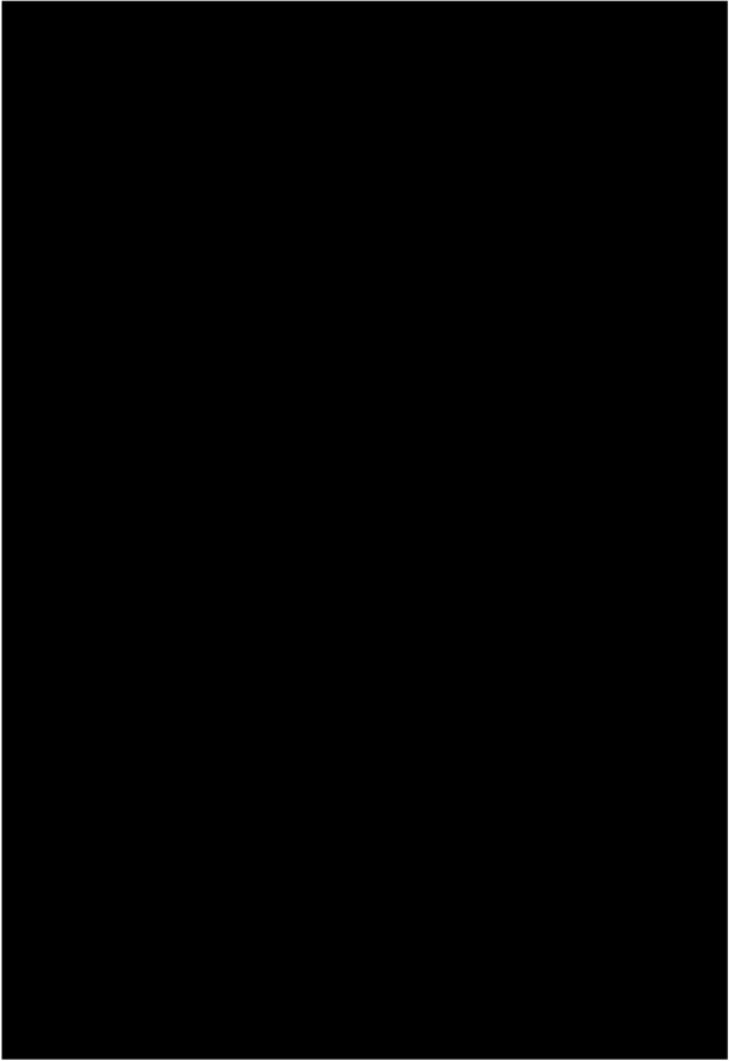
In den frühen 1950er beherrschte ein Mann die innenpolitische Szene in den USA, nach dem später sogar eine ganze Ära genannt wurde: Joseph McCarthy. Sein Name steht für antikommunistische Hexenjagd und der Schaffung einer Atmosphäre von Furcht und Hysterie in den USA. McCarthyismus nannte man das. Der Begriff war negativ besetzt, außer für

McCarthy selbst. Für ihn war das „Amerikanismus mit hochgekrempelten Ärmeln“.

Am 29. August 1949 hatte die Sowjetunion ihre erste Atom-bombe gezündet, am 1. Oktober Mao die Volksrepublik China ausgerufen. Damals schlug die Stunde des bis dahin ziemlich unbekannten 41-jährigen republikanischen Senators Joseph McCarthy aus Wisconsin. Am 9. Februar 1949 griff er Acheson in einer Rede vor dem republikanischen Frauenklub von Wheeling in West Virginia massiv an. In der Lokalzeitung *Wheeling Intelligencer* wurde er zitiert: „Ich halte hier in meinen Händen eine Liste mit 205 Personen, die dem Außenminister als Mitglieder der kommunistischen Partei bekannt sind und nichtsdestoweniger weiter in seinem Ministerium arbeiten und die Politik dort gestalten.“ Die Liste jener 205 Personen hatte McCarthy von CIA-Direktor Allen W. Dulles erhalten. Die Angaben waren dennoch schlicht und einfach falsch.

Damals glaubte die Hälfte der Amerikaner, McCarthy würde dem Land im Kampf gegen den Kommunismus helfen, und hatte eine hohe Meinung von ihm. Vor seinen perfiden und durch nichts begründeten Angriffen war niemand sicher; selbst vor dem ehemaligen Außenminister George Marshall schreckte McCarthy nicht zurück, während der neue Außenminister, John Foster Dulles, Bruder des CIA-Direktors, der antikommunistischen Hexenjagd einiges abgewinnen konnte. Es herrschte eine Atmosphäre der Furcht und Hysterie, *Red Scare* nannte man das. In Hollywood wurde eine „Schwarze Liste“ geführt; wer da drauf stand, erhielt keine Beschäftigung mehr in der Filmindustrie. In anderen Bereichen war es ähnlich. Gleich vor zwei Ausschüssen wurden vermeintliche Gegner der Demokratie vorgeladen: das Komitee für unamerikanische Umtriebe des Repräsentantenhauses (*House Committee on Un-American Activities*) und das *Permanent Subcommittee on Investigation* des Senats, das McCarthy leitete. Ein deutscher Diplomat beschrieb die Stimmung in Washington 1953 so:

„Wer nicht in Washington gewesen ist, vermag sich von der Rolle, die der ‚Fall McCarthy‘ in allen Gesprächen und in der



Wikipedia

Ende der 1940er herrscht eine kaum begründbare Kommunistenfurcht in den USA, die von einer bestimmten Seite bewusst geschürt wird. Entsprechend sieht die Propaganda aus, wie dieses Comicheft aus dem Jahr 1947 deutlich macht: die US-Flagge brennt, zwei US-Soldaten werden von Kommunisten angegriffen, eine Frau erwürgt. Die Botschaft ist eindeutig: Der Sieg des Kommunismus ist der Untergang der USA.

Presse spielt, kein Bild zu machen. Alle scheinen vor den Anwürfen des Senators Furcht zu haben. Man bezeichnet ihn als Faschisten, wagt aber nicht, von sich aus Front gegen ihn zu machen, sondern hofft auf ein Machtwort Eisenhowers, das diesem Spuk ein Ende macht.“

Dann ging McCarthy zu weit. Als er 1954 hochrangige Mitglieder der US-Army angriff und kommunistischer Sympathien bezichtigte, griff Präsident Eisenhower ein, der zuvor noch beim „Fall George Marshall“ geschwiegen hatte (was ihm viele übel genommen hatten). Das war der Anfang vom Ende McCarthys. Ihm wurden unsaubere Methoden nachgewiesen; ein im Senat von dem Republikaner Ralph Flanders eingebrachter Antrag führte zu einer „Rüge“ (*Censure*) McCarthys und seiner Entmachtung. McCarthy verschwand in der politischen Bedeutungslosigkeit. Er starb 1957.

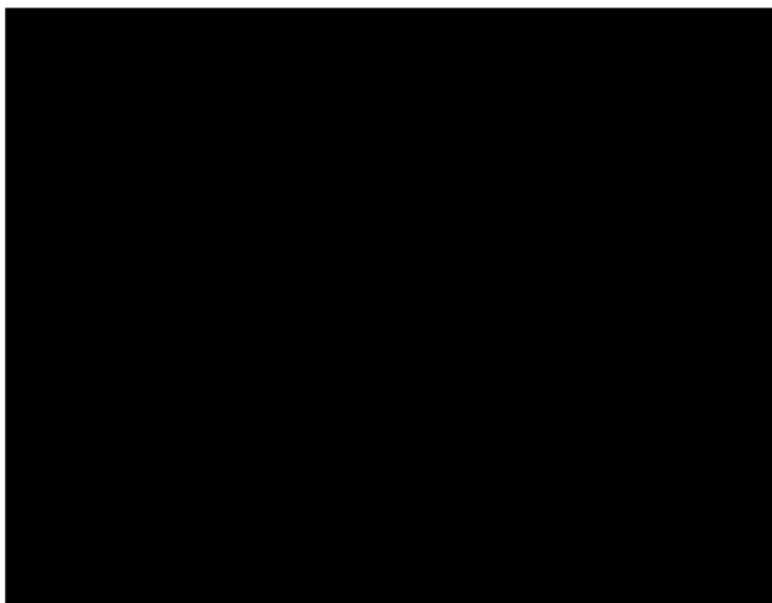
Konsumgesellschaft und (Pop-) Gesellschaft

The American way of life

Affluent society

Kurt Biedenkopf, einer der bekanntesten und wichtigsten Politiker in der Bundesrepublik, studierte seit Ende 1948 mit einem amerikanischen Stipendium ein Jahr an einem College nördlich von Charlotte in North Carolina. 56 Jahre später erinnerte er sich: „Es war für mich ein ungeheures Erlebnis, dahin zu kommen, freundlich aufgenommen zu werden. [...] Und die Weite des Landes und die Möglichkeit, mit dem Auto zu fahren, in die Berge zu fahren; es war alles da. Es war im Grunde genommen ein Märchenland, wenn man aus Deutschland kam.“

Die 1950er-Jahre des 20. Jahrhunderts werden allgemein als die „goldenen Fünfziger“ in den USA bezeichnet. Und das mit einigem Recht. Einige Zahlen mögen das verdeutlichen.



Alamy B83R1P

Der Hot Dog gilt als ein Symbol für die USA. Im Oktober 1893 tritt er bei der Weltausstellung in Chicago seinen Siegeszug an. Noch heute gibt es überall in den USA Hot-Dog-Wettessen, am Nationalfeiertag am 4. Juli in New York City sogar ein internationales!

Das Stichwort dabei lautet Wachstum und Konsum, und zwar in einer Form und Geschwindigkeit, wie das die Welt zuvor noch nie gesehen hatte. Das Bruttosozialprodukt verdoppelte sich in der Zeit von 1946–1956 und verdoppelte sich noch einmal bis 1970. Das Einkommen pro Kopf verdreifachte sich zwischen 1940 und 1955. Eine ganz neue Mittelklasse entwickelte sich und machte schließlich 60 % der Bevölkerung aus, mit hohem Bildungsniveau; das GI-Gesetz aus dem Jahr 1944 hatte den Veteranen ein Studium ermöglicht und billige Kredite zur Verfügung gestellt. In den zehn Jahren nach 1948 wurden 13 Millionen Häuser gekauft, in der Regel Fertighäuser, die ein Mann namens Bill Levitt entworfen hatte – für 6000 Dollar

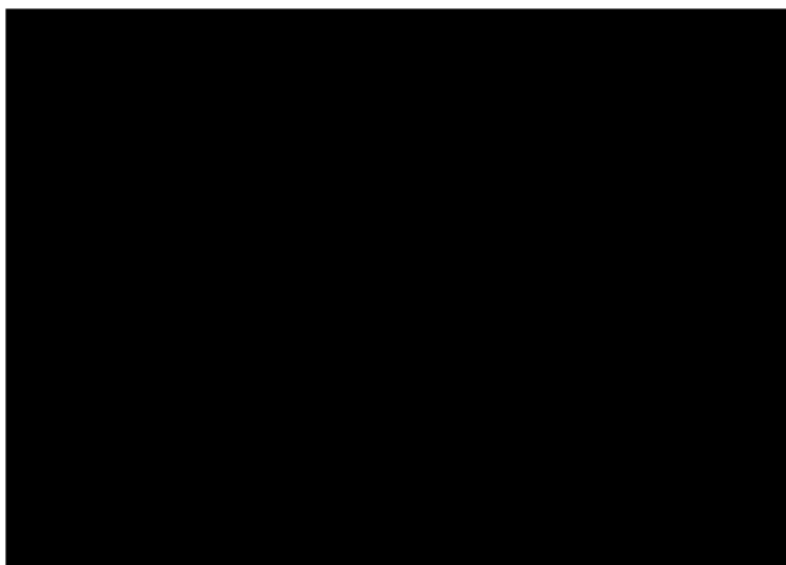
das Stück, wobei Veteranen keine Anzahlung leisten mussten. Ganze Vororte, die alle gleich aussahen, entstanden auf diese Weise, die sogenannten *Levittowns* – mit Selbstbedienung im Supermarkt und den neuen Annehmlichkeiten der modernen Konsumgesellschaft: im Haushalt Geschirrspülmaschine, Kühlschrank, Staubsauger, Rasenmäher etc. Dann in der Einfahrt des Eigenheims ein Straßenkreuzer als Zeichen des Wohlstands: 1940 gab es 27 Millionen Autos, 1970 89 Millionen; die Zahl jener Familien mit zwei Autos verdoppelte sich zwischen 1951 und 1958. 1950 wurden 750 Millionen Hot Dogs verkauft, 1960 zwei Milliarden. Die USA, 6 % der Weltbevölkerung, verbrauchten ein Drittel aller auf der Welt produzierten Güter, aber diese 6 % produzierten allerdings auch nicht weniger als zwei Drittel der auf der Welt produzierten Güter.

Das Fernsehen spielte eine große Rolle. Hatten 1947 noch weniger als 10.000 Amerikaner ein eigenes Fernsehgerät, bei nur wenigen Sendern (z. B. nur einer an der Westküste), so besaßen zehn Jahre später 40 Millionen Amerikaner einen Fernseher bei 467 Stationen. Bei einem Musical, das 1957 von 245 Sendern übertragen wurde, gab es 100 Millionen Zuschauer.

Viele Amerikaner der weißen Mittelklasse lebten im Überfluss (*affluent society*), für viele waren Prosperität und ein gewisser Wohlstand Realität geworden. Die Nation hatte offensichtlich alles, war eine *nation of plenty*. Das westliche System von Freiheit und Konsum war dem sowjetischen offensichtlich weit überlegen. Diese Vorstellung war auch Teil des Kalten Krieges. Das wurde besonders deutlich bei der sogenannten „Küchendebatte“ zwischen US-Vizepräsident Richard Nixon und Sowjetführer Chruschtschow in Moskau im Juli 1959.

Nixon in Moskau

Anlass war die Eröffnung einer amerikanischen Kulturausstellung, die dem russischen Besucher die Überlegenheit der amerikanischen Wohlstandsgesellschaft gegenüber dem Kommunismus vor Augen führen sollte. In der Debatte ging es über die Vor- und Nachteile der beiden Systeme, wobei Nixon die



Wikipedia

Die bekannte „Küchendebatte“ im Juli 1959: US-Vizepräsident Richard Nixon und Sowjetführer Nikita Chruschtschow diskutieren vor laufenden Fernsehkameras auf der *American National Exhibition* in Moskau über Vor- und Nachteile von Kommunismus und Kapitalismus.

Vorzüge des amerikanischen Systems lobte, was allerdings keinen Eindruck auf Chruschtschow machte (der allerdings von Pepsi-Cola begeistert war; angeblich soll er bei seinem Rundgang acht Flaschen getrunken haben).

Chruschtschow in den USA

Wenige Wochen später besuchte Chruschtschow bekanntlich die USA, wo sich eine ähnliche Szene abspielte. Offensichtlich um zu zeigen, auf welch hohem technischen Niveau die Sowjetunion war – und in der Raketentechnik den USA überlegen –, hatte er sich ein ganz besonderes Gastgeschenk für Eisenhower ausgedacht: ein Modell der Mondfähre Luna II. Eisenhower fand das zwar mehr als merkwürdig, gab aber intern zu bedenken, dass es gut möglich sei, „dass der Mann das

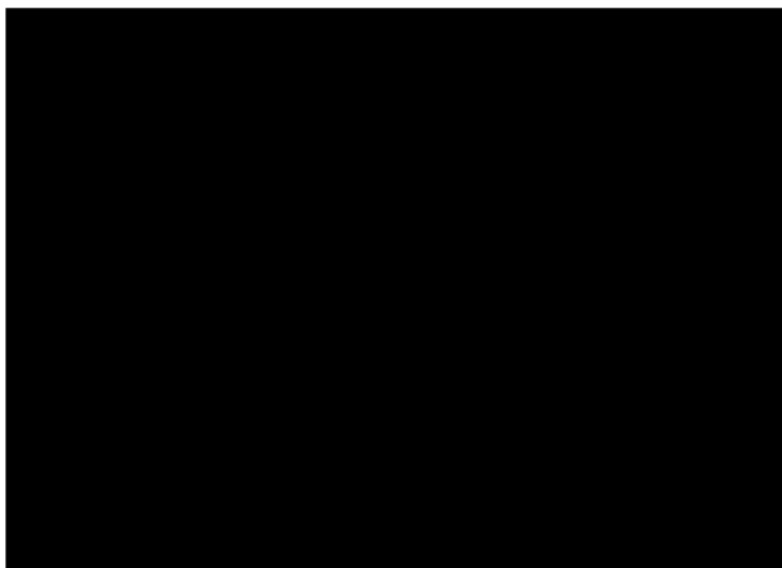
wirklich ernst meint“. Im Gegenzug wollte Eisenhower seinen Gast ebenfalls beeindrucken und lud ihn zu einem Rundflug mit dem Hubschrauber über Washington ein; er sollte die vielen Eigenheime und den Nachmittagsverkehr auf den Highways sehen: die Besitzer dieser Häuser auf dem Weg nach Hause.

Am Ende seiner USA-Rundreise ging Chruschtschow auf einer Pressekonferenz auf diesen Flug ein und betonte, er sei überhaupt nicht beeindruckt, im Gegenteil schockiert gewesen; die vielen Autos seien eine einzige Verschwendung von Zeit, Geld und Ressourcen. Auch das Verkehrssystem habe ihn nicht beeindruckt; in der Sowjetunion brauche man solche Straßen nicht, die Sowjetbürger liebten die Orte, wo sie lebten und brauchten keine Autos, während die Amerikaner die Orte, an denen sie lebten, offensichtlich nicht besonders liebten und ständig von einem Ort zum anderen unterwegs seien. Und die vielen Einfamilienhäuser seien ebenfalls eine Verschwendung: die Betriebskosten seien viel höher als in den Wohnblocks, in denen die Sowjetbürger lebten. Eisenhower konnte dies nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen.

Flower Power und Anti-Vietnamkriegsdemonstrationen

Kaugummi, Jeans, Coca-Cola, die Annehmlichkeiten des amerikanischen Wohlstands, Supermärkte mit Selbstbedienung, McDonald's, Filme mit Marilyn Monroe und Frank Sinatra verkörperten für die Welt den *American way of life*. Dieser *lifestyle* wurde weltweit ein amerikanischer Exportschlager, besonders allerdings in Europa, Japan und Südkorea, wo US-Soldaten diese Lebensform repräsentierten.

Die Jugend rebellierte allerdings. In den Fünfzigerjahren verkörpert durch Musik von Elvis Presley, Rock'n Roll und Popmusik; im Film von James Dean. In den Sechzigerjahren war es die *Flower-Power* der Hippies, die eine Art Gegenkultur darstellten. *Easy Rider* verkörpert diese Stimmung. Oft diente die Musik als Protestmittel. Die unvergessenen drei Tage in Woodstock 1969 stehen symbolisch für diese Zeit. Der Vietnamkrieg und die Antikriegsdemonstrationen taten ein Übriges.



alamy GGH9WE

Die Stars der Fernsehserie *Dallas*: Victoria Principal, Ken Kercheval, Larry Hagman, Linda Gray, Howard Keel, Steve Kanaly, Susan Howard, Donna Reed, Charlene Tilton, Priscilla Presley. Für viele Fernsehzuschauer bekannte Gesichter. Die amerikanische soap-opera *Dallas* wird zwischen 1978–1991 produziert und zeigt in 357 Folgen das Leben einer texanischen Öl-Dynastie. Die Serie läuft in 88 Ländern und gehört, gemessen an den Zuschauerzahlen, weltweit zu den erfolgreichsten Serien. Sie spiegelt allerdings nur zum Teil die amerikanische Wirklichkeit – selbst jene in Texas – wider.

Der Vietnamkrieg war auch der Wendepunkt im Nachkriegsverhältnis der Welt zu Amerika – und umgekehrt. Die USA verloren ihren Anspruch als moralische Führungsmacht des Westens. Das änderte allerdings nichts an der Faszination dieses Landes, die durch Hollywood-Produktionen noch verstärkt wurde. Fernsehserien wie etwa *Dallas* wurden weltweit zu Exportschlägern. Darin wurde zwar ein Bild von Amerika vermittelt, das es in der Realität so nicht gab, der Popularität des Landes tat das aber im Ausland keinen Abbruch.

Die Bürgerrechtsbewegung

„I have a dream.“

Ein weiteres großes innenpolitisches Thema in den USA war die Bürgerrechtsbewegung in den 1950/1960er-Jahren, die untrennbar mit dem amerikanischen Jahrhundert verbunden bleibt, wobei bis heute eine Tatsache weitgehend unbekannt ist, dass nämlich viele der Bürgerrechtsaktivisten als Soldaten in Deutschland gedient hatten und dort nicht diskriminiert worden waren. Zurück in der Heimat waren sie nicht länger bereit, als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden und entschlossen, diese Erfahrung in Politik umzusetzen.

Die Sklaverei war in den USA zwar seit dem Bürgerkrieg offiziell abgeschafft worden, aber tatsächlich hatte sich nicht sehr viel getan. Eine Ausnahme war die Armee. Dort hatte Präsident Truman 1948 eine Anordnung unterschrieben, die die Integration der Schwarzen vorsah, die bis 1954 auch umgesetzt wurde.

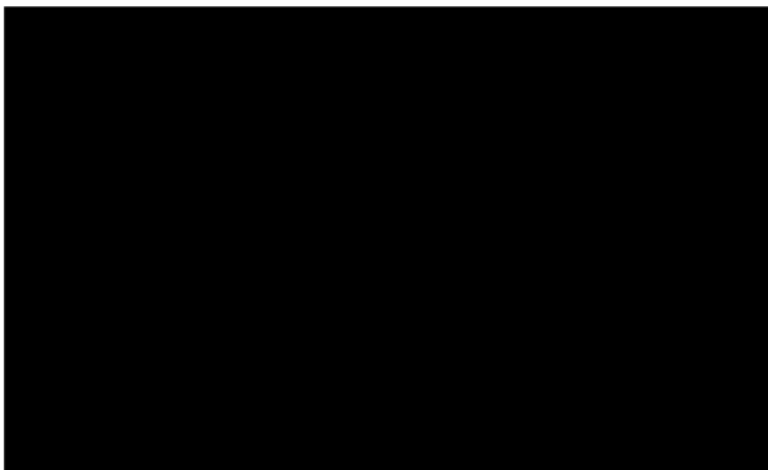
In den Südstaaten herrschte Apartheid, offener Rassismus, soziale Ungleichheit und weiße Polizeiwillkür. Es gab eine strikte Rassentrennung auf fast allen Gebieten, am schlimmsten in Mississippi und Alabama. Ein Ereignis in Mississippi wurde 1955 zu einem ersten Fanal der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Emmett Till

Emmett Till, ein 14-jähriger Schwarzer aus Chicago zu Besuch bei seinem Verwandten in Mississippi, wurde im August 1955 Opfer eines grausamen Lynchmordes. Im September 1955 wurde die beiden weißen Mörder von der 12-köpfigen Jury, allesamt Weiße, freigesprochen, im November auch noch von der Anklage der Entführung, die sie selbst zu- geben hatten. Der Freispruch löste im Süden der USA große Empörung aus.

Rosa Parks

Ein Ereignis am 1. Dezember 1955 wurde zu einem weiteren Fanal der Bürgerrechtsbewegung. In den Südstaaten war der



Wikipedia

In den Südstaaten der USA herrscht bis in die frühen 1960er-Jahre Apartheid, offener Rassismus, soziale Ungleichheit und weiße Polizeiwilkkür. Es gibt eine strikte Rassentrennung auf fast allen Gebieten.

Rassismus perfektioniert. Es gab es Schulen, Parkbänke oder Aufzüge „*Whites only*“ und „*Coloreds only*“. Die Busse waren ebenfalls getrennt, allerdings nicht vollständig. Es waren vorne vier Reihen für Weiße reserviert, die zwar oft leer blieben, aber von den Schwarzen dennoch nicht benutzt werden durften. Der hintere Teil, der für sie reserviert war, war meist überfüllt. Außerdem gab es einen mittleren Abschnitt, den schwarze Personen benutzen durften, allerdings war eine komplette Reihe zu räumen, sobald auch nur ein Weißer in dieser Reihe sitzen wollte. In einem Bus von Alabamas Hauptstadt Montgomery geschah es dann.

Am 1. Dezember 1955 verlangte ein weißer Fahrgast die Räumung der reservierten Sitzreihe, in der auch die 42-jährige Näherin Rosa Parks saß. Während die übrigen Personen den Platz freimachten, weigerte sie sich, da sie nicht die übrige Fahrt hindurch stehen wollte. Der Busfahrer James Blake rief daraufhin die Polizei und bestand auf ihrer Verhaftung. Parks

wurde wegen Störung der öffentlichen Ruhe festgenommen, angeklagt und zu einer Strafe von 10 Dollar und 4 Dollar Gerichtskosten verurteilt.

Teilweise als Antwort auf ihre Verhaftung organisierte Martin Luther King, zu diesem Zeitpunkt noch ein relativ unbekannter Baptistenprediger, einen Streik gegen das Busunternehmen, der in die Geschichte der Bürgerrechtsbewegung eingehen sollte. Dieser *Montgomery Bus Boycott* wurde 381 Tage durchgehalten und zwang am Ende die Behörden, die Rassentrennung innerhalb von Bussen und Zügen aufzuheben.

Der Fall Rosa Parks gilt als die Geburtsstunde der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Montgomery war ein erster Erfolg, aber der Weg zur Gleichberechtigung war noch weit, wie ein Ereignis in Little Rock in Arkansas 1957 deutlich machte, als neun schwarzen Schülern von aufgebrachten weißen Bürgern der Zutritt zur dortigen High School verwehrt wurde. Als auch der Gouverneur nicht reagierte, aktivierte Präsident Eisenhower die Nationalgarde, die den Schülern den Zutritt ermöglichte.

Martin Luther King und neue Gesetze

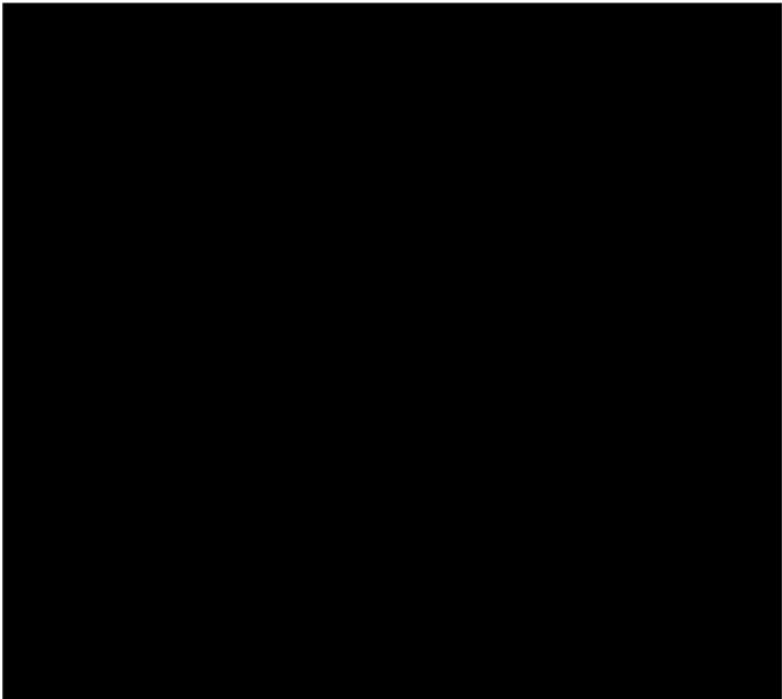
Die wichtigste Stimme der Bürgerrechtsbewegung wurde Martin Luther King. Seine Strategie des zivilen Ungehorsams führte zu ersten Erfolgen, nicht zuletzt dank Präsident Kennedy. Der war zwar mit den Stimmen der Schwarzen gewählt worden, hatte sich aber zunächst wenig bei dem Thema engagiert. Als aber im Mai 1963 George Wallace, der Gouverneur von Alabama, schwarzen Studenten die Aufnahme in die Universität von Tuscaloosa, Alabama, verweigerte, nahm er dies zum Anlass, sich am 11. Juni 1963 mit einer Fernsehansprache an das amerikanische Volk zu wenden und sich hinter den Kampf um die Gleichberechtigung zu stellen. Im August 1963 organisierte King dann den legendären „Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit“, an dem 250.000 Schwarze *und* Weiße teilnahmen. Höhepunkt war seine berühmte Rede „Ich habe einen Traum“ („*I have a dream.*“), nämlich die Gleichberechtigung

von Schwarzen und Weißen. Eine von Kennedy noch vorbereitete Gesetzesvorlage unterzeichnete sein Nachfolger Lyndon B. Johnson am 2. Juli 1964: das Bürgerrechtsgesetz (*Civil Rights Act*), das die Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen – Hotels, Restaurants, Bussen, Zügen, Krankenhäusern – offiziell aufhob. An vielen Orten geschah das allerdings in der Folge dennoch nicht. Auch von Wahlen wurden die Schwarzen weiterhin ausgeschlossen. Die neuen Gesetze veränderten die Situation der Schwarzen nicht wirklich, und so formierte sich, inspiriert von Malcolm X, eine schwarze, revolutionär-sozialistische Bewegung, die *Black Power*, die Martin Luther Kings Gewaltlosigkeit ablehnte. Malcolm X wurde am 21. Februar 1965 auf einer Versammlung erschossen, King blieb die Führerfigur der Schwarzen.

Am 7. März 1965 wollten etwa 600 von ihnen aus der Kleinstadt Selma nach Montgomery marschieren, um vor dem dortigen Amtssitz von Gouverneur George C. Wallace dagegen zu protestieren, dass die Polizei von Alabama schwarze Amerikaner misshandelte und verhaftete, nur weil diese ihr Wahlrecht einforderten. Die Demonstranten kamen nicht weit. Kurz hinter dem Ortsschild von Selma wurden sie von Polizisten rücksichtslos niedergeknüppelt. Die Ereignisse von Selma gingen als „blutiger Sonntag“ (*Bloody Sunday*) in die Geschichte der Bürgerrechtsbewegung ein.

US-Präsident Johnson hielt acht Tage nach dem ersten Marsch eine Fernsehansprache an die Nation, bei der er um Unterstützung für den Gesetzentwurf des neuen Wahlrechtsgesetzes (*Voting Rights Act*) warb und u. a. betonte: „Aber selbst, wenn wir dieses Gesetz verabschieden, wird der Kampf nicht beendet sein.“ („*But even if we pass this bill, the battle will not be over.*“)

Am 6. August 1965 unterschrieb Johnson das Gesetz. Erstmals konnten sich Schwarze jetzt ohne Diskriminierung in Wählerlisten eintragen. Das Gesetz veränderte dauerhaft die politische Landschaft im Süden der USA. Aber der Kampf war in der Tat noch lange nicht vorbei.



Wikipedia

Martin Luther King während seiner berühmten Rede 1963 in Washington: „*I have a dream*.“ King ist die wichtigste Stimme der Bürgerrechtsbewegung. Am 4. April 1968 wird er ermordet.

Am 4. April 1968 wurde King Opfer eines Attentats. Als Reaktion darauf gab es einen Aufstand der Schwarzen; in 110 Städten brannten Gebäude, es gab Tote und Verletzte.

Offiziell gab es keinen Rassismus mehr. Das drückte sich auch in der Sprache aus. Hatte Johnson 1965 in der erwähnten Rede die Schwarzen noch „*negroes*“ genannt, so war diese Bezeichnung Ende der 1970/Anfang der 1980er-Jahre out; „*negro*“ wurde mehr und mehr abwertend gesehen; die Schwarzen, angeführt vom Bürgerrechtler Rev. Jesse Jackson, bevorzugten jetzt die Bezeichnung *African-American*. Diese

Änderung in der Sprache ging allerdings nicht einher mit der Änderung der gesellschaftlichen Stellung der Schwarzen. De facto gab und gibt es Rassismus ihnen gegenüber nach wie vor, allerdings nicht offen, sondern eher verdeckt. Und es brennen immer wieder die Städte, etwa Los Angeles 1992. Im März 1991 war dort der Afroamerikaner Rodney King von vier weißen Polizisten mit Schlagstöcken zusammengeschlagen worden. Auf einem kurzen Videofilm konnte das jeder sehen. Als die Polizisten dann im April 1992 von der Anklage wegen Körperverletzung freigesprochen worden, brachen Unruhen in der Stadt aus, bei denen über 50 Menschen starben und über 450 Läden in Flammen aufgingen. Die Läden gehörten zumeist Koreanern, auch eine Minderheit, die allerdings erfolgreich war und daher bei vielen armen Schwarzen verhasst war. Rassismus, soziale Ungleichheit und immer wieder rassistische brutale Polizeigewalt sind nach wie vor offene Wunden der amerikanischen Gesellschaft. Immer wieder sind Afroamerikaner Opfer dieser Gewalt. Die Überwindung des unseligen Erbes der Sklaverei bleibt eine Herausforderung für Generationen. Das amerikanische Jahrhundert hat daran nichts geändert.

Richard M. Nixon und „Watergate“

„Imperial presidency“

Am 9. August 1974 geschah etwas Außergewöhnliches: zum ersten und bisher einzigen Mal in der Geschichte der USA trat ein Präsident von seinem Amt zurück: Richard M. Nixon. Damit endete gleichzeitig eine der größten Verfassungskrisen in der Geschichte der USA im 20. Jahrhundert. Nixon hatte diese Krise heraufbeschworen. Wer war dieser Mann, der untrennbar mit dem amerikanischen Jahrhundert verbunden bleibt?

Richard M. Nixon, am 9. Januar 1913 im kalifornischen Yorba Linda geboren, wuchs in bescheidenen Verhältnissen auf. Er studierte Jura an der Duke Universität in Durham/North

Carolina, diente von 1942 bis 1946 in der Marine als Offizier im Südpazifik. 1946 begann seine politische Laufbahn mit der Wahl ins Repräsentantenhaus. 1950 wurde er in den Senat gewählt, nachdem er als „Kommunistenjäger“ im „Ausschuss für unamerikanische Umtriebe“ weit über Washington hinaus bekannt geworden war. Das brachte ihm 1952 die Kandidatur als Vizepräsident unter Dwight D. Eisenhower ein. Bei der Präsidentschaftswahl 1960 unterlag er John F. Kennedy knapp. Mit ausschlaggebend war ein Fernsehduell der beiden Kandidaten (es war das erste Duell dieser Art, das später Teil eines jeden Präsidentschaftswahlkampfes werden sollte – und auch in Europa übernommen wurde). Zwei Jahre später verlor Nixon auch die Wahl zum Gouverneur in Kalifornien. Das schien sein politisches Ende zu sein. Er tauchte dann aber 1968 für viele Beobachter überraschend wieder aus der politischen Versenkung auf und wurde im August bereits im ersten Wahlgang auf dem Kongress der Republikaner in Miami zum Präsidentschaftskandidaten gewählt. So wie Eisenhower 1952 die Wahl mit dem Versprechen gewonnen hatte, den Krieg in Korea zu beenden, so gewann Nixon im November 1968 die Wahl mit dem Versprechen, den Vietnamkrieg zu beenden.

Adlai Stevenson, Kandidat der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen 1952, nannte Richard Nixon einmal einen „Mann der vielen Gesichter, und wer kann schon sagen, dass er dessen wahres Gesicht gesehen hat?“ Für die Konservativen in Kalifornien, die ihn in den 1940er Jahren unterstützten, war er ein Populist: „Richard M. Nixon ist einer von uns“, lautete 1946 ein Wahlslogan. Für die Intellektuellen der 1950er-Jahre war Nixon, jetzt Vizepräsident unter Eisenhower, nur der *Tricky Dick*, bei dem man keinen Gebrauchtwagen kaufen würde. Für die radikale „Neue Linke“ in den Sechzigern war er ein undurchsichtiger, verschwörerischer Geist, für die Journalisten in Washington ein Politiker, der das Bild von sich clever „verkaufte“: ein genialer „Manager“ der Nachrichten. Für den Durchschnittsamerikaner, jenen berühmten „Mann auf der Straße“, der loyal zum Präsidenten stand, hatten die

Linken Nixon zum Sündenbock gemacht, man sah ihn als Opfer von Watergate. Für die Psychologen schließlich war Nixon ein Paranoiker. Er selbst hatte 1969 im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg von seiner *madman theory* gesprochen: Die Nordvietnamesen sollten denken, er sei an einem Punkt angelangt, wo er zu allem bereit war, um den Krieg zu beenden.

Für die an Außenpolitik Interessierten war und ist Nixon schließlich ein Staatsmann: sein Besuch in Peking 1972, die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion mit der Unterzeichnung des Vertrages zur Begrenzung der strategischen Waffen (SALT I, *Strategic Arms Limitation Talks*), die Luftbrücke zur Rettung Israels im Yom Kippur-Krieg. Helmut Schmidt bezeugte als Bundeskanzler „großen Respekt vor der außenpolitischen Leistung“ Nixons, nannte ihn einen „hochbegabten Außenpolitiker“ und äußerte seine „Hochachtung vor der außenpolitischen Genialität Nixons“. Der war in jedem Fall eine schillernde, in mancher Hinsicht auch eine faszinierende Figur, erpicht darauf, als großer Politiker in die Geschichte einzugehen, und geradezu davon besessen, der Bevölkerung das beste Bild von sich zu „verkaufen“. Er war hochintelligent, dabei verschlagen, rücksichtslos und skrupellos, wenn es um seine persönlichen politischen Interessen ging. „Watergate“ steht dabei letztlich für alles, was am Ende zu seinem Scheitern führte.

Watergate ist ein Wohn- und Bürokomplex in Washington, in dem sich Anfang der 1970er-Jahre das Hauptquartier der Demokratischen Partei befand. In der Nacht zum 17. Juni 1972 wurde dort eingebrochen. Das eher amateurhaft durchgeführte Unternehmen scheiterte, die fünf Täter wurden verhaftet. Einer von ihnen stand in Verbindung mit dem Komitee zur Wiederwahl des Präsidenten. Das sorgte für Spekulationen über eine Verstrickung des Weißen Hauses. Nixons Sekretär Ron Ziegler dementierte das jedoch und bezeichnete den Einbruch als „drittrangig“, was das Interesse von zwei Journalisten der *Washington Post* hervorrief: Bob Woodward und Carl Bernstein. Die Ergebnisse ihrer Recherchen wurden in der

Folgezeit in regelmäßigen Geheimtreffen in einer Tiefgarage von einem Mann bestätigt, den sie *Deep Throat* nannten. Erst 2005 wurde die Identität dieses Mannes bekannt: es handelte sich um den stellvertretenden FBI-Direktor Mark Felt. Entweder ging es ihm bei diesem Unternehmen um einen persönlichen Rachefeldzug gegen Nixon, weil er nicht Nachfolger des verstorbenen FBI-Direktors Hoover geworden war, oder aber er wollte die Integrität und Unabhängigkeit des FBI schützen.

Das Weiße Haus unter Nixon begann jedenfalls eine zwei Jahre dauernde Vertuschung, die Nixon organisierte und von der er geradezu besessen war. Das nannte man später Behinderung der Justiz. Er unterdrückte und manipulierte Beweismaterial etc. Bezeichnend dafür ist ein Gespräch, das erst später bekannt wurde und am 21. März 1973 stattfand. Sein Rechtsanwalt John Dean warnte ihn vor einem Krebsgeschwür, von dem der Präsident immer mehr befallen würde, nämlich Erpressung und Meineid. Gleich 13 Mal antwortete Nixon: man müsse dann mögliche Zeugen mit Geld bestechen. Er werde das Geld besorgen.

Wahrscheinlich wäre er sogar mit dieser Strategie erfolgreich gewesen, wäre nicht eher durch Zufall am 16. Juli 1973 die Äußerung eines Mitarbeiters bekannt geworden, dass im Weißen Haus ein Abhörsystem installiert war. In den folgenden zwölf Monaten ging es nur noch um die Herausgabe der entsprechenden Tonbänder. Der Senat und der Sonderermittler (*Special Prosecutor*), Harvard Juraprofessor Archibald Cox, forderten genau das. Nixon wiederum forderte an einem Samstag im Oktober 1973 vom Justizminister die Entlassung von Cox; als der ablehnte, entließ Nixon ihn und forderte das gleiche vom amtierenden Vizeminister. Als auch der ablehnte, feuerte Nixon auch ihn. Erst der dritte Mann im Justizministerium folgte der Anweisung des Präsidenten und entließ Cox am 20. Oktober 1973. In den Medien war nur noch die Rede vom *Saturday Night Massacre*.

Auf Anweisung des Obersten Gerichts musste Nixon am Ende die Bänder herausgeben. Es enthielt das o. g. Gespräch

vom 21. März 1973. Das entscheidende Beweisstück, *the smoking gun*, war allerdings ein Gespräch, das Nixon mit seinem Vertrauten Haldeman am 23. Juni 1972 geführt hatte und in dem es darum ging, wie der sechs Tage zuvor stattgefundenen Einbruch am besten zu vertuschen wäre: nämlich durch Einschalten der CIA, die den FBI auf eine falsche Spur bringen sollte – mit Hinweis auf Kuba und die nationale Sicherheit. Das Gespräch wurde am 5. August 1974 veröffentlicht und bedeutete das Aus für Nixon. Er kam einem *Impeachment* zuvor und trat am 9. August zurück.

Das in der Verfassung angelegte System der *checks and balances* hatte seine Bewährungsprobe bestanden. Der amerikanische Historiker Arthur Schlesinger Jr. hat für Nixons typischen Regierungsstil den Begriff *imperial presidency* geprägt. Dazu passt jene Äußerung von Nixon drei Jahre nach seinem Rücktritt gegenüber dem britischen Journalisten David Frost, dass, wenn der Präsident etwas tue, sei das nicht illegal („*When the President does it, that means that it is not illegal.*“)

So ein Satz wäre bei seinem Nachfolger Gerald Ford unvorstellbar gewesen. Als Ford am 6. Dezember 1973 als Vizepräsident vereidigt wurde, kommentierte er das mit dem Satz: „Ich bin ein Ford, kein Lincoln.“ Neun Monate später, am 9. August 1974, wurde er der 38. und erste nicht gewählte Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Er übernahm sein Amt mit den später oft zitierten Worten: „Unser langer nationaler Albtraum ist vorüber.“ („*Our long national nightmare is over.*“)

Ford war ein Mann, der in sich ruhte. Sein sozialer und politischer Aufstieg entsprach dem *American Dream*, an den viele Amerikaner nach wie vor glaubten. Er vermittelte, wie Henry Kissinger das beschreibt, „das Gefühl einer wiedergefundenen Orientierung“. Für die Amerikaner waren seine „Ruhe und Gelassenheit ein Gottesgeschenk“, ein Mann, „der die höchsten und einfachsten Werte unserer Nation verkörperte“. Er war „stets er selbst und gab sein Bestes. Damit rettete er den Zusammenhalt und die Würde seines Landes.“ Ford sah sich als jemand, der die von Nixon geschlagenen Wunden heilen

wollte. Der Titel seiner Autobiografie lautet denn auch „*A Time to Heal*“. Dazu gehörte auch seine damals äußerst umstrittene Entscheidung vom 8. September 1974, Nixon eine Generalamnestie für alle Straftaten zu gewähren. Ein Prozess gegen Nixon, so Fords Überlegung, hätte die Nation noch weiter zerrissen.

Lateinamerika

„*A son of a bitch, but our son of a bitch.*“

1823 formulierte US-Präsident James Monroe die berühmte, nach ihm benannte Doktrin „Amerika den Amerikanern.“ Übersetzt hieß das: die Europäer sollten sich aus den Angelegenheiten der USA in Amerika raushalten. Was die denn auch taten, erst recht nach dem Sieg der USA 1898 im *splendid little war* gegen Spanien, der nach 112 Tagen siegreich beendet war. Von nun an bestimmten die USA die Politik in Lateinamerika. In Washingtons Verständnis war die Hegemonie der USA in den Staaten südlich des Rio Grande die Voraussetzung für gute Nachbarschaft. Das betraf u. a. Guatemala, Haiti, die Dominikanische Republik, Nicaragua, Panama, Kuba. Entscheidend war, dass die Politiker in dem jeweiligen Land den Vorgaben Washingtons und den Interessen der amerikanischen Unternehmen entsprachen; alles andere spielte keine Rolle. Mögliche moralische Bedenken wurden dem stets untergeordnet.

Erreicht wurde das oftmals auch mit Hilfe von Großunternehmen; *informal empire* nannte man das. Das wichtigste Unternehmen dieser Art war viele Jahre die *United Fruit Company* (UFC), die man in Mittelamerika *El Pulpo* nannte, „die Krake, die jeden erwürgt, der sie berührt“. 1939 soll US-Präsident F. D. Roosevelt mit Blick auf Nicaraguas brutalen Diktator Somoza gesagt haben: „Er mag ein Hurensohn sein, aber er ist unser Hurensohn.“ („*He might be a son of a bitch, but he's our son of a bitch.*“) Das war vor 1945 die Devise, mit der Washington Politik in Lateinamerika betrieb, und erst recht im

Kalten Krieg, als alles der nationalen Sicherheit untergeordnet wurde. Dabei war beinahe jedes Mittel recht, um einen *regime change* durchzuführen. Als Begründung musste stets die Bedrohung durch den Kommunismus herhalten. Demokratie und Menschenrechte spielten nur eine untergeordnete Rolle. Nirgendwo war der Machtanspruch der Amerikaner in „ihrem“ Jahrhundert und die damit verbundene Abhängigkeit der einzelnen Länder von ihnen so greifbar wie in Lateinamerika. Auch hier waren die USA zwar „Führungsmacht“, meistens allerdings zum Nachteil der Betroffenen. Und fast immer war die CIA beteiligt. Es gab zahllose Interventionen. Sechs der bekanntesten werden im Folgenden behandelt.

Guatemala 1954

Ein besonders anschauliches Beispiel für diese Politik war 1954 Guatemala. Der *United Fruit Company* gehörte das halbe Land, dazu der einzige Hafen an der Atlantikküste und sämtliche Eisenbahnen. Regierungschef war seit 1950 der ehemalige Oberst Jacobo Arbenz, ein Sozialdemokrat, der die ersten freien Wahlen des Landes gewonnen hatte und es nun wagte, sein Land von der Allmacht der *United Fruit Company* zu befreien – mithilfe einer Bodenreform. Im März 1953 enteignete seine Regierung etwa 400.000 Morgen ungenutztes Land der *United Fruit Company* und übergab es besitzlosen Bauern. Er bot als Entschädigung 1,2 Millionen Dollar an, soviel wie die *Company* Steuern für das Land gezahlt hatte. Für den Präsidenten der *UFC* war dennoch klar: „Von jetzt an handelt es sich nicht mehr um den Gegensatz zwischen dem Volk von Guatemala und der *United Fruit Company*, sondern um die Bedrohung, die der Kommunismus für das Recht auf Eigentum, das Leben und die Sicherheit der westlichen Hemisphäre darstellt.“ Die *Company* verlangte jetzt 15,9 Millionen Dollar für ihr Land.

Bei einem morgendlichen Brunch mit John Foster Dulles und Allen Dulles genehmigte Präsident Eisenhower eine Aktion der CIA zum Sturz von Arbenz. Dabei gab es interessante Verbindungen. John Foster Dulles war lange Jahre Anwalt der *United Fruit Company* gewesen und war jetzt Außenminister, sein Bruder Allen hatte als Präsident der *Company* deren Expansion durchgeführt und war jetzt CIA-Direktor, John Moore Cabot war Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten im State Department und besaß große Anteile an der *UFC*, Ed Whitman war der *UFC*-Hauptlobbyist und Ehemann von Eisenhowers Sekretärin Ann C. Whitman.

Von nun an lief alles wie nach einem Drehbuch ab. Die CIA bezeichnete Arbenz als ein Instrument des Kreml; in der Sowjetunion angefertigte Waffen wurden über Guatemala abgeworfen. Dann wurde, wie schon ein Jahr zuvor im Iran (siehe Seite 125) ein „spontaner“ Aufstand organisiert, 150 bezahlte „Befreier“ marschierten von Honduras aus unter Führung eines Oberst Castillo Armas am 18. Juni 1954 ein. Militärs waren zuvor bestochen worden, nichts gegen diese Truppe zu unternehmen. Gleichzeitig warfen vier P-47 *Thunderbolts* mit amerikanischen Piloten einige Bomben auf Guatemala City ab. Da es immer noch keinen allgemeinen Aufstand gab, bat Dulles den Präsidenten dringend um mehr Flugzeuge, was Eisenhower genehmigte. Am 27. Juni flüchtete Arbenz nach Mexiko.

Armas, „unser Hurensohn“, besuchte wenig später Washington und meinte zu US-Vizepräsident Richard Nixon: „Sagen Sie mir, was ich tun soll, und ich tue es.“ Er errichtete anschließend ein brutales Polizeiregime, hunderte verdächtige „Linke“ wurden erschossen. Eisenhower war überzeugt, dass er durch diesen Coup die Errichtung eines sowjetischen Brückenkopfes in der westlichen Hemisphäre verhindert hatte.

Guatemala aber blieb ein Operationsfeld der CIA bis weit in die 1990er-Jahre. Bei verdeckten Operationen gab es weitere Folter, politische Morde und sogar die Vernichtung ganzer Dörfer der Maya. Zwischen 100.000 und 200.000 Menschen verloren ihr Leben „in einem der traurigsten Kapitel unserer

Beziehungen mit Lateinamerika“, wie der Generalinspektor der CIA im März 1999 eingestand.

Kuba 1961

1961 wandte die CIA ihre *regime change*-Methode à la Iran und Guatemala erneut an, um ein Problem vor der „Haus-tür“ zu beseitigen: Fidel Castro auf Kuba. Diesmal endete das Unternehmen allerdings nicht wie geplant.

Zwischen Kuba und den USA hatte es immer besondere Beziehungen gegeben. Seit der „Befreiung“ von Spanien im Krieg 1898 war Kuba in völlige Abhängigkeit von den USA geraten, die am Ende des Zweiten Weltkrieges 80 Prozent der kubanischen Wirtschaft (Casinos etc.), 40 Prozent der Zuckerindustrie und 90 Prozent der Förderung von Rohstoffen kontrollierten. Earl Smith, von 1957–1960 US-Botschafter in Havanna, meinte 1960 bei einer Anhörung des Senats in Washington, dass der amerikanische Botschafter der zweitwichtigste Mann in Kuba gewesen sei, manchmal sogar wichtiger als der Präsident.

Präsident war Fulgencio Batista, der sich in den Fünfzigerjahren in einer Art und Weise mehr und mehr zu einem sich selbst bereichernden und korrupten Diktator entwickelte, dass er selbst für die USA nicht mehr tragbar war. Washington ließ ihn fallen. Nach einem Generalstreik flüchtete er am Neujahrstag 1959 aus Havanna, acht Tage später zog Fidel Castro unter dem Jubel der Menschen dort ein. Ein langer Kampf war siegreich beendet worden.

Anfangs genoss Castro in der amerikanischen Öffentlichkeit ein gewisses Ansehen, für viele war er eine romantische Figur. Das änderte sich, als er im Sommer 1959 amerikanischen Besitz in Höhe von 1 Mrd. Dollar entschädigungslos enteignete, am 4. Februar 1960 ein Handelsabkommen mit Moskau unterzeichnete und im Mai 1960 diplomatische Beziehungen

mit der Sowjetunion aufnahm. Als Konsequenz erklärte Chruschtschow die „Monroe Doktrin“ für tot.

Die USA reagierten mit einem Handelsembargo, stoppten den Import von kubanischem Zucker – Kubas einzigem Exportgut – und die Lieferung von Öl. Moskau sprang ein, verpflichtete sich zum Kauf von 700.000 Tonnen Zucker jährlich bis hin zur gesamten Zuckerernte Kubas; sowjetische Tanker brachten Öl nach Kuba. Als die Firmen Shell, Esso und Texaco sich weigerten, dieses zu raffinieren, verstaatlichte Castro deren Raffinerien. Bis Oktober 1960 wurde dann der gesamte amerikanische Besitz auf der Insel entschädigungslos enteignet.

Für CIA-Direktor Allen Dulles waren Kommunisten in Havanna am Werk. Am 2. Januar 1961 brachen die USA die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab. Aus dem „Hinterhof der USA“ war ein Vorposten des Kreml geworden, der aus der Sicht Washingtons beseitigt werden musste. Bereits am 17. März 1960 hatte Präsident Eisenhower die Operation *Zapata* – benannt nach der Halbinsel auf Kuba (mit der Schweinebucht) – für eine Invasion Kubas gebilligt. Die CIA hatte dafür in Guatemala Exilkubaner ausgebildet und war davon überzeugt, dass bei einer Landung ein Aufstand der Bevölkerung gegen Castro losbrechen werde. Am 19. Januar 1961 – ein Tag vor der Amtseinführung von John F. Kennedy – unterrichtete Eisenhower seinen Nachfolger von den Plänen.

Allen Dulles drängte Ende des Monats auf eine rasche Umsetzung: An der Südküste Kubas sollte ein Strandabschnitt erobert werden, B-26 Bomber die Luftherrschaft dort gewinnen und die Nachschub- und Operationswege der Kubaner zerstören. Eine in Miami gebildete Exilregierung sollte eingeflogen werden und die USA dann um Hilfe bitten. Würde man zögern, so Dulles zu Kennedy, könnte sich Castro immer besser gegen eine Invasion und einen Aufstand im Innern vorbereiten. Der Präsident war skeptisch und ließ den Plan den Militärs zur Prüfung vorlegen. Die waren wenig erfreut darüber, dass sie an den CIA-Planungen nicht beteiligt worden waren, sprachen denn auch nur von einer „fairen

Erfolgschance“ („*fair chance of success*“), was in deren Verständnis „weniger als 50 Prozent“ hieß – was Kennedy allerdings verschwiegen wurde.

Kennedy stand jedenfalls vor einer schwierigen Entscheidung: Würde er das Unternehmen abblasen, würde er öffentlich als *appeaser* dastehen, der ein bereits von Eisenhower initiiertes Unternehmen abgelehnt hätte. Würde er auf der anderen Seite einer groß angelegten Operation unter Beteiligung der USA zustimmen, würde dies zu massiven Protesten in ganz Lateinamerika, Europa und Asien führen; sein Ruf wäre mit einem Schlag diskreditiert, wollte er doch mit der *Alliance for Progress* (Allianz für den Fortschritt) die Zusammenarbeit mit Ländern Mittel- und Südamerikas auf eine neue Grundlage stellen, um vor dem Hintergrund der Ereignisse auf Kuba eine Zusammenarbeit weiterer dieser Länder mit der Sowjetunion zu verhindern. Andererseits faszinierte ihn die Idee, das Castro-Regime zu beseitigen.

Er hätte am liebsten eine Aktion der Exilkubaner in der Form gesehen, dass sie sich zunächst in den Bergen verschanzt und dann öffentlich als kubanische Gruppe in Kuba zu erkennen gegeben hätten, „und nicht als eine Invasionstruppe, die die Yankees geschickt haben“. Der ursprüngliche Plan war ihm „zu spektakulär“ und erinnerte ihn zu sehr an amphibische Landungen im Zweiten Weltkrieg. Als er die CIA anwies, die Sache mit etwas weniger Aufwand anzugehen, warnte ihn der Sprecher des außenpolitischen Senatsausschusses, William Fulbright, die Aktion überhaupt zu genehmigen. Dies sei jene Art von Scheinheiligkeit und Zynismus, die die USA ständig der Sowjetunion zum Vorwurf machten. Man solle stattdessen die kubanische Regierung erdulden und die Insel isolieren. Kennedy entschied anders.

Zur Vorbereitung der Invasion bombardierten am 15. April 1961 acht amerikanische B-26-Flugzeuge drei kubanische Flugplätze. Es war der Beginn eines perfekten Fehlschlages. Die B-26 zerstörten nur fünf der 36 kubanischen Kampfflugzeuge, und die reichten aus, um die Invasionstruppe von etwa

1500 Exilkubanern zu schlagen. Entscheidend dabei war, dass Kennedy in letzter Minute zögerte und umfangreiche amerikanische Luftunterstützung ablehnte – anders als Eisenhower bei der Aktion auf Guatemala. Er autorisierte lediglich, dass zwei amerikanische Jets – nach Entfernung der Markierung *US Air Force* – die B-26 bei ihrem Angriff unterstützen sollten. Diese zwei Jets tauchten dann allerdings eine Stunde vor Eintreffen der B-26 vor Kuba auf – die Piloten hatten die eine Stunde Zeitdifferenz zwischen Guatemala und Kuba nicht berücksichtigt! Die B-26 wurden dann von Castros Luftwaffe und Luftabwehr abgeschossen.

Am Mittag des 19. April 1961 war alles vorbei. Mehr als 100 Exilkubaner waren tot, nur 14 wurden von der US-Marine gerettet, die übrigen gefangen genommen und zu je 30 Jahren Haft verurteilt. Castro selbst gab die Vernichtung der „Söldnerarmee“ bekannt.

Ein Jahr später legte der CIA-Generalinspekteur Lyman Kirkpatrick einen bis 1998 geheim gehaltenen, extrem kritischen Bericht über das Desaster vor. Er nannte die Aktion „lächerlich oder tragisch oder beides“ und zählte eine fast endlose Reihe von Fehlern und Versäumnissen auf: Einige der CIA-Offiziere konnten kein Spanisch, behandelten aber die Exilkubaner „wie Dreck“. Ein Aufstand in Kuba sei „reines Wunschdenken“ gewesen. Es wäre die Pflicht der CIA gewesen, Kennedy zur Absage der Aktion zu raten.

Die etwa 1200 Gefangenen wurden erst im Dezember 1962 im Austausch von privat in den USA gesammelten Nahrungsmitteln und Medikamenten freigelassen.

Kennedy war ein Mann, der Niederlagen nicht so einfach akzeptierte. Mehr denn je war er seit jenem April entschlossen, das Castro-Regime zu beseitigen. So genehmigte er im November 1961 die von seinem Bruder Robert geleitete Operation *Mongoose* (Mungo): verdeckte Operationen zur Vorbereitung eines Aufstandes gegen Castro, gegebenenfalls auch dessen Ermordung. *Mongoose* war dabei nicht etwa die Gelegenheit einiger rechter Extremisten, wie uns Oliver Stone

in seinem Film über die nachfolgende Kubakrise weismachen will, im Gegenteil: Es war die bis dahin größte CIA-Geheimoperation mit etwa 400 Agenten und einem Jahresbudget von über 50 Mio. Dollar. Gleichzeitig übten Exilkubaner und andere Freiwillige in Florida unter Leitung der CIA weiter für eine Invasion. Seit Januar 1962 wurde Miami zur größten CIA-Basis ausgebaut, mit 600 Offizieren und 3.000 Exilkubanern, eigener Flotte und eigener Luftwaffe. Im Pentagon wurden gleichzeitig Notfallpläne für Luft- und Bodenangriffe entworfen und im März ein groß angelegtes Landemanöver – *ORTSAC*: Castro rückwärts gelesen – auf einer anderen Karibikinsel mit 79 Schiffen, 300 Flugzeugen und 40.000 Marinesoldaten durchgeführt. Angesichts dieser Aktivitäten verstärkte sich jedenfalls in Moskau und Havanna der Eindruck, dass es früher oder später zu einer Invasion Kubas durch die USA kommen werde.

Kuba 1962

18 Monate nach der gescheiterten Invasion Kubas stand die Insel wieder im Mittelpunkt des Interesses. Am 16. Oktober 1962 entdeckten die Amerikaner, dass die Sowjetunion Atomraketen auf der Insel stationiert hatten. Von dem Moment an stand die Welt 13 Tage am atomaren Abgrund. Seit diesem 16. Oktober tagte in Washington ein kleiner Stab von Experten – Exekutivkomitee oder ExComm genannt – unter Leitung Kennedys in Permanenz. Sie zeigen auch die zwei Lager in dieser Beratungsrunde, die „Tauben“ und die „Falken“. In einem Punkt war man sich einig: Die Raketen mussten weg, „so oder so“, wie Kennedy in der ersten ExComm-Sitzung meinte.

Die Militärs plädierten von Anfang an für sofortige Luftangriffe, gefolgt von einer Invasion. Es war auch bereits die Rede von einer Seeblockade (Quarantäne) gegen sowjetische Schiffe mit Kurs auf Kuba. Die Frage war, wie die Sowjetunion

reagieren würde. Mit Angriffen gegen die Raketen in der Türkei? Gegenmaßnahmen in Berlin?

Am 18. Oktober stimmte ExComm ab: Elf Mitglieder waren für eine Seeblockade, 6 für Luftangriffe. Am nächsten Morgen drängten die Militärs Kennedy, den Befehl für Luftangriffe zu geben. Das wäre, so Justizminister Robert Kennedy, „wie Pearl Harbor, nur umgekehrt“. Der Präsident entschied sich für die Quarantäne, die er am 22. Oktober verkündete. Drei Tage später stoppten die sowjetischen Schiffe ihre Fahrt.

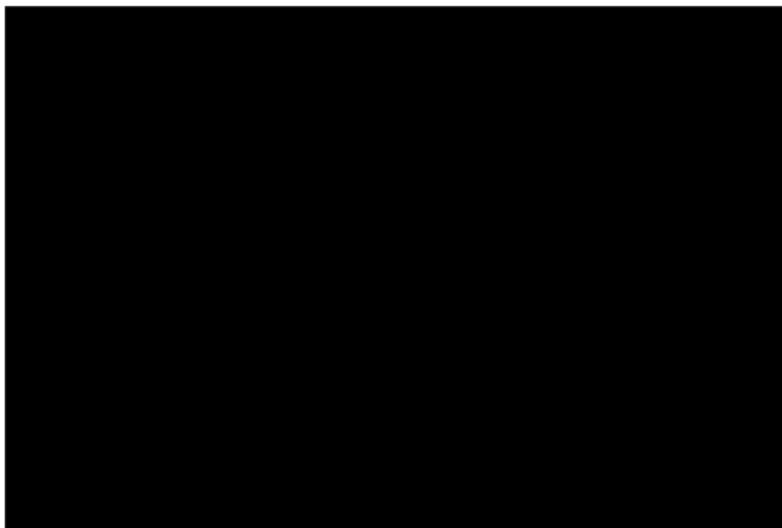
Auf amerikanischer Seite gingen inzwischen die militärischen Vorbereitungen weiter.

In Florida kam es zu den größten Truppenansammlungen seit Korea. Die Stabschefs hatten sich für die *Operation Scabards* entschieden: Zwölf Stunden nach dem Befehl des Präsidenten würde es sieben Tage lang massive Luftangriffe gegen Kuba mit anschließender Invasion geben

Samstag, der 27. Oktober, war der wohl dramatischste Tag der Krise. Ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug wurde über Kuba abgeschossen. Aus der Sicht von ExComm konnte ein solcher Befehl dafür nur aus Moskau gekommen sein, und das hieß: Die Eskalation hatte eine neue Stufe erreicht. Inzwischen waren sie sowjetischen Raketen einsatzbereit.

Die Stabschefs verlangten jetzt einen massiven Luftangriff, und zwar in weniger als 48 Stunden. Die ungeheure Spannung der Situation wurde in dem Gespräch deutlich, das Robert Kennedy am Abend des 27. mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin führte.

Die Botschaft, die Kennedy überbrachte, war einfach: keine Raketen auf Kuba, dafür keine Invasion. Er machte aber auch deutlich, unter welchem enormen Druck sein Bruder stand, denn: „Es gibt viele unvernünftige Köpfe bei den Generälen, und nicht nur bei den Generälen, die auf einen Kampf brennen.“ Gleichzeitig teilte er die Bereitschaft Kennedys mit, die Raketen in der Türkei abzubauen. Dies dürfe allerdings nicht öffentlich geschehen und nicht offiziell Teil der Vereinbarung sein (die NATO hatte Kennedy nicht konsultiert); dafür benötige



alamy DT951E

Eine sowjetische Rakete aus dem Jahr 1962 im kubanischen Militärmuseum in Havanna. Sie erinnert an die Kubakrise im Oktober 1962, die gefährlichste Krise des Kalten Krieges. Damals stand die Welt 13 Tage am atomaren Abgrund.

man vier bis fünf Monate. Die Zeit dränge; man brauche eine Antwort bis zum nächsten Morgen. Dies sei „eine Bitte, und kein Ultimatum“.

Am nächsten Tag wurde über Radio Moskau die Meldung verbreitet, dass die sowjetische Regierung Anweisung erteilt habe, die Raketen „zu demontieren, zu verpacken und wieder in die Sowjetunion zurückzubringen“.

Die gefährlichste Krise des Kalten Krieges war friedlich zu Ende gegangen. Kuba aber und Castro blieben ein Stachel im Fleisch der Amerikaner. Die Zusage, das Land nicht anzugreifen, hielt, obwohl die Invasion später wieder ein Thema war.

Britisch-Guayana

Am 5. Mai 1961, nur drei Wochen nach dem Schweinebucht-Desaster, beriet der Nationale Sicherheitsrat über neue Aktionen mit Blick auf Kuba (das Ergebnis war *Mongoose*), die Dominikanische Republik (siehe Seite 89) und Britisch-Guayana, jener Kolonie an der Nordküste von Südamerika, die die Briten in die Unabhängigkeit entlassen wollten. Selbst bei dieser kleinen Insel sah man die nationale Sicherheit der USA gefährdet! Die für Kuba zuständige Arbeitsgruppe wurde aufgefordert, in Zusammenarbeit mit London die kommunistische Übernahme der Insel durch die dortige Kolonialregierung zu verhindern. Premierminister war dort Cheddi Jagan mit seiner 1950 gegründeten Fortschrittlichen Volkspartei (*People's Progressive Party, PPP*). Er hatte die Wahl 1953 und 1957 gewonnen. Was ihn in den Augen Washingtons verdächtig machte, war seine Frau Janet, Amerikanerin und für die CIA eine Kommunistin.

Auf die Frage von US-Außenminister Dean Rusk an seinen britischen Kollegen Lord Home am 11. August 1961, ob man einen Sieg Jagans bei den anstehenden Wahlen nicht verhindern könne, kam ein klares Nein und der Hinweis, man solle Jagan lieber auf die Seite Washingtons ziehen. Davon hielt Rusk nichts. Für ihn war Jagan „ein kommunistischer ‚Schläfer‘, der nach der Unabhängigkeit dort ein Castro- oder kommunistisches Regime errichten wird. Einen Vertrauensvorschuss wie vor 2,3 Jahren bei Castro können wir ihm nicht geben.“

Jagan gewann die Wahl und traf Kennedy am 25. Oktober im Weißen Haus. Er bat um finanzielle Unterstützung für sein Land und bezeichnete sich gleichzeitig als einen Sozialisten, der zwar für Planwirtschaft, aber auch für die politische Freiheit aller Bürger in Guayana sei. Er machte dann weitere Fehler. Zum einen äußerte er seine Bewunderung für die marxistische Zeitschrift *Monthly Review* und weigerte sich anschließend in einer Fernsehsendung, die Sowjetunion zu kritisieren. Da es keine finanzielle Unterstützung gab, folgten in seinem Land

zwingend Steuererhöhungen und ein Sparbudget. Das wiederum führte Anfang 1962 zu schweren Unruhen und Ausschreitungen in Georgetown. Am 19. Februar forderte Rusk von Lord Home notwendige Schritte, um die „marxistisch-leninistische Politik“ Jagens zu beenden, denn: „Ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass es für uns nicht möglich ist, ein unabhängiges britisches Guayana unter der Führung von Jagan zu akzeptieren.“

Während Kennedy am 8. März 1962 klarmachte, dass er noch zu keinem abschließenden Urteil gekommen sei, schlug Rusk am 15. März die Beseitigung Jagens durch „verdeckte politische Aktionen“ vor – mit oder ohne Zustimmung der Briten. George Ball, Staatssekretär im State Department, äußerte angesichts des Schweinebuchtdesasters Zweifel an der Fähigkeit der CIA, eine Operation durchzuführen, ohne Spuren zu hinterlassen, die auf den amerikanischen Geheimdienst zeigen würden. Das weitere Vorgehen in Guayana war auch Thema der Gespräche zwischen Kennedy und dem britischen Premierminister Macmillan im Mai 1962 in Washington. Ein Ergebnis war die britische Zusage, Guayana zu einem späteren Zeitpunkt in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Amerikaner setzten ihre Hoffnung jetzt auf den dortigen Oppositionsführer Forbes Burnham, der eine eigene Partei, den Nationalen Volkskongress (*People's National Congress, PNC*), gegründet und den Aktionen der CIA gegen Jagan sofort zugestimmt hatte.

Am 21. Juni 1963 beriet Kennedy mit den Spitzen der CIA – Direktor John McCone und Richard Helms – das Problem zur Vorbereitung seiner Gespräche mit Macmillan in London (nach seinem Besuch in der Bundesrepublik und West-Berlin). Richard Helms notierte später: „Es war klar, dass für den Präsidenten Guayana das wichtigste Thema war, das er mit dem Premierminister besprechen will.“ Das Ergebnis der Gespräche mit Macmillan war dann die Einführung eines neuen Wahlrechts, des Verhältniswahlrechts, in Guayana.

Die Amerikaner hätten es am liebsten gehabt, wenn Großbritannien die direkte Herrschaft über die Kolonie

übernommen hätte. Das war bei Kennedy so, und blieb auch bei Johnson so. Aber die Briten taten den Amerikanern diesen Gefallen nicht. 1964 gab es erneut Unruhen, Aufstände und Brandstiftungen in Guayanas Hauptstadt Georgetown. Und dann gewann die Labour Party die Wahlen in Großbritannien im Oktober 1964. Eine Zusammenarbeit mit der CIA schien mehr als fraglich. Am 7. Dezember 1964 fanden die Wahlen in Guayana statt. Den von den Amerikanern erhofften Sieg ihres *son of a bitch* Burnham gab es zwar nicht, aber der britische Gouverneur von Guayana beauftragte Burnham dennoch mit der Bildung einer Regierung.

Nach der Unabhängigkeit der Kolonie 1966 entwickelte sich Burnham zu einem korrupten Politiker, der sich nach den Wahlen 1968 von Washington abwandte und zu einem Diktator mit linken Neigungen wurde. Er starb 1985. Nachfolger wurde Jagan, der 1997 einen Herzinfarkt erlitt. Die Ironie wollte es, dass er mit einem amerikanischen Militärflugzeug nach Washington in ein Militärkrankenhaus gebracht wurde. Seine Frau, die Kommunistin Janet Jagan, übernahm das Amt.

Erfolgreicher als in Britisch-Guayana war dann die Aktion in der Dominikanischen Republik.

Die Dominikanische Republik 1965

Rafael Leónidas Trujillo, Jahrgang 1891, war ein weiterer jener „Hurensöhne“ der USA. Als einer der übelsten Diktatoren Lateinamerikas überhaupt beutete er das Land rücksichtslos aus. 1961 gehörten ihm etwa 65–85 Prozent der dominikanischen Wirtschaft. Dann machte er einen Fehler: Es kam zu Restriktionen amerikanischer Wirtschaftsinteressen; so sollten sich Amerikaner mit einem geringeren Anteil an der Zuckerindustrie bescheiden. Die Zuckerbarone waren nach dem Verlust Kubas allerdings nicht bereit, das hinzunehmen. Am 30. Mai 1961 wurde Trujillo mit Unterstützung der CIA ermordet. Der

Versuch der USA, das Land zu einem Musterstaat in der Karibik zu machen, scheiterte dann allerdings grandios.

Immerhin setzte Kennedy durch, dass am 20. Dezember 1962 demokratische Wahlen durchgeführt wurden, bei denen Trujillos Nachfolger, Juan Bosch, mit fast 60 Prozent der Stimmen zum dominikanischen Präsidenten gewählt wurde. Bosch war ein radikaler Demokrat, der 1963 eine Landreform zugunsten besitzloser Bauern durchführte, mit der Konsequenz, dass am 25. September 1963 konservative Truppen unter Führung von General Elias Wessin y Wessin putschten und Bosch ins Exil nach Puerto Rico flüchtete. Die Regierung übernahm ein Triumvirat, gegen das wiederum „fortschrittliche“ Militärs und die Revolutionäre Dominikanische Partei (die sog. Konstitutionalisten) putschten, mit dem Ziel, Bosch wieder einzusetzen und die Verfassung von 1963 in Kraft zu setzen.

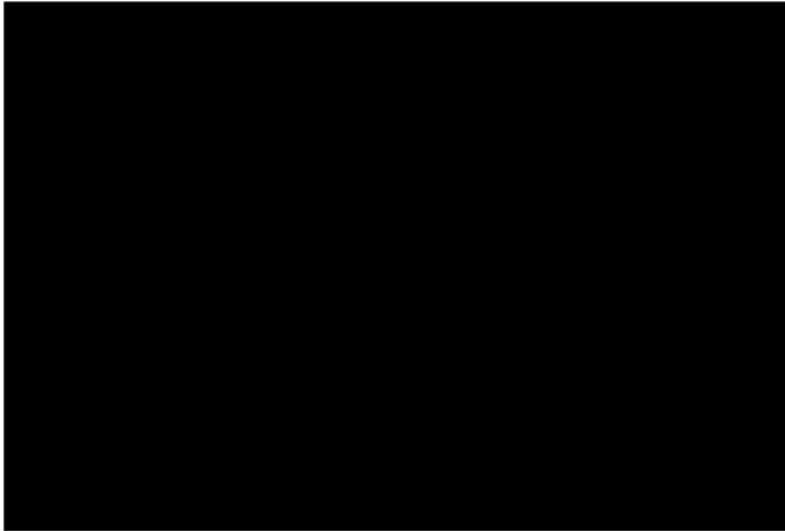
Am 24. April 1965 kam es zum Aufstand, ein Bürgerkrieg war die Folge. In den Straßen der Hauptstadt kämpften bewaffnete Rebellen. Nachdem die US-Botschaft den Konstitutionalisten am 27. April ohne Erfolg unmissverständlich klargemacht hatte, dass sie die Rückkehr von Bosch nicht wünsche, entschied US-Präsident Johnson nach einem Hilferuf der Regierung, militärisch einzugreifen. Die Dominikanische Republik würde kein zweites Kuba werden. Johnson: „Wie können wir unsere Boys 10.000 Meilen weit wegschicken [nach Vietnam] und zulassen, dass Castro direkt unter unserer Nase einen Sieg landet?“ Am 28. April landeten 536 Marines in Santo Domingo, am 30. April weitere 2500 Soldaten der 82. Luftlandedivision. Das war seit 1928 die erste größere Landung amerikanischer Truppen in Lateinamerika und der erste bewaffnete Eingriff in der Karibik seit dem Scheitern der Invasion in Kubas Schweinebucht im April 1961. Am 30. April wurde im Auswärtigen Amt in Bonn notiert: „Über die Hintergründe der Unruhen ist noch wenig bekannt. Neben Rivalenkämpfe des Militärs scheinen kommunistische Kräfte im Spiel zu sein. Die Auflösung der staatlichen Ordnung und das beträchtliche Ausmaß der Bewaffnung des Mobs bieten günstige Voraussetzungen

für eine Infiltration aus dem nahen Kuba. Diese Überlegungen dürften die amerikanischen Präventivmaßnahmen wesentlich mitbestimmt haben.“

In einer Rede an das amerikanische Volk verkündete Johnson mit Nachdruck, er werde es nicht zulassen, dass „kommunistische Verschwörer“ in der Dominikanischen Republik „eine weitere kommunistische Regierung in der westlichen Hemisphäre“ an die Macht brächten. Am 1. Mai kündigte er an, dass die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eine aus fünf Mitgliedern bestehende Friedenstruppe in die Dominikanische Republik entsenden werde. Über die Tätigkeit der ersten, aus je einem Vertreter aus Argentinien, Guatemala, Brasilien, den USA, Mexiko und Peru zusammengesetzten OAS-Kommission berichtete der deutsche Botschafter am 26. Mai 1965, sie habe dazu beigetragen, „den Status quo zu erhalten“. Gleichzeitig mit ihrem Eintreffen begann der Rückzug der amerikanischen Truppen, deren Zahl inzwischen auf über 30.000 Mann angewachsen war. Am 23. Juni akzeptierten die Rebellen die Bildung einer Übergangsregierung unter Héctor García Godoy, der unter Trujillo Botschafter und in den letzten Wochen der Bosch-Regierung Außenminister gewesen war. Am 3. September trat er sein Amt an. Damit war der Bürgerkrieg offiziell beendet. Er hatte 27 US-Soldaten und mehr als 5000 Dominikanern das Leben gekostet. Die Wahl im Jahr 1966 gewann Joaquín Balaguer, der das Land die nächsten 25 Jahre autoritär regierte.

Chile 1973

Auch Chile durfte aus amerikanischer Sicht kein zweites Kuba werden. Man sah diese Gefahr für den Fall, dass Salvador Allende die für September 1970 anstehenden Präsidentschaftswahlen gewinnen würde. Allende bezeichnete sich selbst als Marxist mit einem klaren sozialistisch-marxistischen



Arquivo Nacional Brasil Wikipedia

Chile darf aus amerikanischer Sicht kein zweites Kuba werden. Mit Salvador Allende als Präsident scheint diese Gefahr real. Am 11. September 1973 putscht das Militär unter General Augusto Pinochet. Allende kommt dabei ums Leben.

Programm: Agrarreform, völlige Verstaatlichung der US-Kupferminen, der Banken, der Textil-, Chemie- und Zementindustrie, Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China, Korea, Kuba und der DDR. Die Warnung der CIA war unüberhörbar: Chile habe zwar keine besondere strategische Bedeutung für die USA, aber ein Sieg der Kommunisten dort würde katastrophale politische und psychologische Auswirkungen auf ganz Lateinamerika haben.

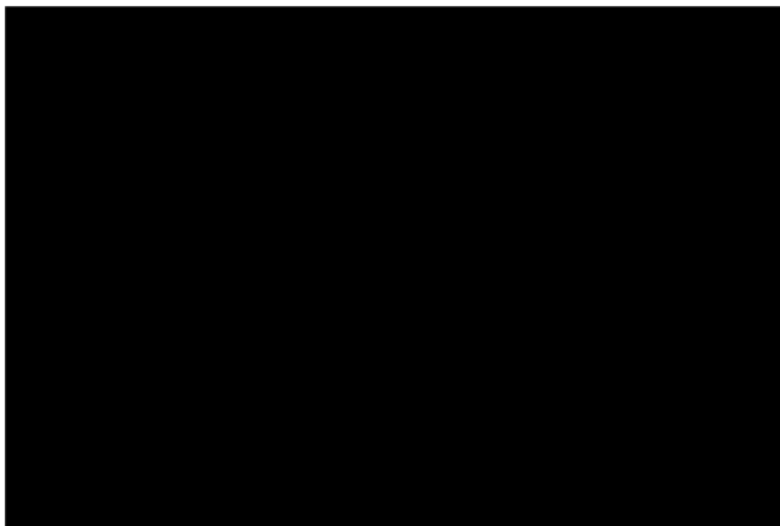
Bereits am 27. Juni machte US-Präsident Nixons Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger in einer vertraulichen Sitzung klar: „Ich sehe nicht ein, dass wir nur rumstehen und zuschauen, wie ein Land kommunistisch wird, nur weil ein Volk unverantwortlich handelt.“ In der Folge ordnete Nixon geheime Anti-Allende Operationen an, Millionen Dollar

wurden ausgegeben – vergeblich. Am 4. September erhielt Allende 36,3 Prozent der Stimmen. Das Parlament wählte ihn am 24. Oktober 1970 zum neuen Präsidenten Chiles, nachdem er Garantien zur Einhaltung der Verfassung gegenüber Parlament und Militär abgegeben hatte. Später nannte er dies eine „taktische Notwendigkeit“, die nichts an seiner grundsätzlichen Überzeugung geändert habe, dass es einen revolutionären Umsturz geben müsse: „Damals kam es vor allem darauf an, die Regierungsgewalt zu übernehmen.“

Die nutzte Allende in den folgenden drei Jahren, um sein Programm zu realisieren. 1973 war der Staat für 60 Prozent des chilenischen Bruttosozialproduktes verantwortlich. Mit teilweise katastrophalen Folgen. Im Sowjetstil wurden zum Beispiel Farmen kollektiviert, die dann nicht mehr genug Nahrungsmittel produzieren konnten, die daraufhin eingeführt werden mussten (von 19 Prozent 1970 auf 35 Prozent 1972). Chiles Haupteinnahmequelle war das Kupfer. Die Minen waren allerdings in amerikanischem Besitz. Allende verstaatlichte sie. Alles zusammen führte zu einem weitgehenden Zusammenbruch der chilenischen Wirtschaft.

Gleichzeitig verstärkte Allende die Beziehungen zu Kuba. Deren Botschaft in Santiago war die größte auf der Welt, mit mehr Personal als das chilenische Außenministerium. Und Chile wurde mehr und mehr zum Sammelpunkt aller linker Flüchtlinge aus ganz Südamerika – was die oben genannte Befürchtung Washingtons noch verstärkte.

Für September 1973 plante Allende ein Plebiszit, um damit seine Präsidentschaft abzusichern. Für die Militärs war dies das Zeichen zum Putsch, um die Verfassung zu sichern. Nixon hatte der CIA zuvor den Auftrag erteilt, das Klima für einen solchen Militärcoup vorzubereiten. Der verantwortliche Agent erläuterte später, was damit gemeint war: „Propaganda, *fake-news*, terroristische Aktivitäten“ und ein brutaler Wirtschaftskrieg, „*to make the Chilean economy scream.*“ Am 11. September 1973 putschte das Militär unter Führung von General Augusto Pinochet. Allende kam dabei ums Leben,



Ministerio de Relaciones Exteriores de Chile, Wikipedia

General Pinochet, hier mit US-Außenminister Henry Kissinger, errichtet in Chile eine brutale Militärdiktatur, die von den USA unterstützt wird.

Pinochet errichtete wenig später eine brutale Militärdiktatur, die von den USA unterstützt wurde.

Die Rolle, die die USA bei diesem Putsch gespielt hatten, wurde 1975/76 in einem Sonderausschuss des US-Senats aufgearbeitet. Das nach seinem Vorsitzenden, dem demokratischen Senator Frank Church aus Idaho genannte Church-Committee kam zu dem Schluss, es habe keine direkte Einmischung der USA gegeben. Das wurde schon damals von vielen bezweifelt.

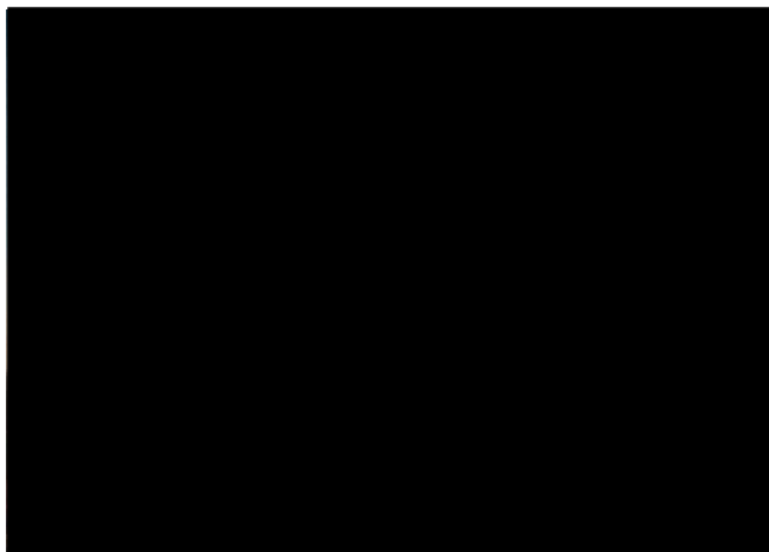
Reagan und Grenada 1983

1983 intervenierten die USA im Stil altbekannter Kanonenboot-Diplomatie militärisch in Grenada, einer kleinen Insel

in der Karibik. Dort hatte sich im März 1979 der 38-jährige Rechtsanwalt Maurice Bishop mit seiner linksgerichteten *New Jewel Movement (NJM)* an die Macht geputscht und ein Reformprogramm mit Bodenreform und Enteignungen etc. eingeleitet. Vieles erinnerte an Kuba und Guatemala. Bishop selbst erklärte mehrmals, sein Land befinde sich auf dem Weg zum Sozialismus, wobei er deutlich auf das kubanische und sowjetische Vorbild hinwies. Außenpolitisch richtete sich Grenada nach der Sowjetunion aus und billigte als eines von wenigen Ländern den im Dezember 1979 erfolgten sowjetischen Einmarsch in Afghanistan (siehe Seite 142). Der kubanische Botschafter in Grenada nahm sogar an allen Kabinettsitzungen teil. Kuba war vor allem durch den Bau eines neuen Flughafens auf Grenada mit mehreren 100 Arbeitern beteiligt. Die USA protestierten mehrmals gegen diesen Flughafen; sie waren aus strategischen Gründen alarmiert, dass auf diese Weise die wichtigste Seepassage der Region, auf der 52 Prozent des gesamten von den USA importierten Erdöls transportiert wurden, unter kommunistische Kontrolle geraten konnte.

In der Nacht vom 19. auf 20. Oktober kam es zum Putsch. Bishop und eine Reihe von Kabinettsmitgliedern und zwei Gewerkschaftsführer kamen im Verlauf des mehrere Tage andauernden Machtkampfes ums Leben. Bishop wurde exekutiert, Flug- und Telefonverbindungen wurden eingestellt und eine Ausgangssperre verhängt. Hinter dem Putsch, so das Auswärtige Amt in Bonn zu Recht, wurden Vertreter der Regierungspartei vermutet, die eine noch stärkere Anlehnung an Marxismus-Leninismus und Vorbild Kubas und der Sowjetunion wünschten.

Der Generalgouverneur von Grenada, Paul Scoon, der als Vertreter von Königin Elizabeth II. die Funktion des Staatsoberhauptes von Grenada ausübte, bat die USA daraufhin um eine Intervention, genauso wie am 21. Oktober 1983 die sechs Mitgliedsstaaten der Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS) sowie Barbados und Jamaika. Die USA hatten zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossen, militärisch einzugreifen.



Wikipedia

„Amerika den Amerikanern!“ 1983 intervenieren die USA im Stil altbekannter Kanonenboot-Diplomatie militärisch in Grenada, einer kleinen Insel in der Karibik.

Washington war geradezu besessen von der Idee, dass Grenada ein weiterer sowjetischer Brückenkopf werden könnte.

Am 25. Oktober landeten 6000 amerikanische Truppen sowie Streitkräfte aus Barbados, Jamaika und vier OECS-Mitgliedstaaten auf Grenada. Der deutsche Botschafter berichtete am selben Tag nach Bonn: „Amerikanische Landetruppen stoßen auf Grenada auf größeren Widerstand als erwartet. Während grenadische Miliz kaum in Erscheinung tritt, bereiten gut bewaffnete kubanische Flugplatzarbeiter Schwierigkeiten. [...] Im Laufe bisheriger Kampfhandlungen soll nicht präzisierte Zahl sowjetischer Staatsbürger festgenommen worden sein. Einer der neun eingesetzten amerikanischen Hubschrauber wurde über See abgeschossen.“ Das klang dramatisch, aber nach vier Tagen war dennoch alles vorbei. Die auf der Insel von

den Interventionstruppen vorgefundenen Waffenlager und Dokumente ließen dann kaum Zweifel daran, dass Kuba und die Sowjetunion versucht hatten, Grenada langfristig zu einem Stützpunkt auszubauen. „Ob dabei auch an Raketenstationierungen gedacht war, wird schwer nachweisbar bleiben,“ hieß es im Auswärtigen Amt in Bonn. Mit der Operation *Urgent Fury* wurde jedenfalls sichergestellt, dass aus Grenada kein zweites Kuba werden würde. Scoon wurde wieder in sein Amt eingesetzt, 1984 fanden Wahlen statt. Reagan nannte das Unternehmen eine „Bilderbuch-Aktion“, seinen ersten Erfolg beim Zurückdrängen des Kommunismus und eine klare Botschaft an die Adresse Moskaus und Havannas.

Nicaragua und die Iran-Contra-Affäre

Grenada hatte gezeigt, dass die USA Lateinamerika nach wie vor als ihren „Hinterhof“ betrachteten und „ein zweites Kuba“ nicht akzeptieren würden. Die amerikanische UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick wiederholte an einer Stelle, was John F. Kennedy 20 Jahre zuvor gesagt hatte: „Für uns sind die wichtigsten Länder auf der Welt jene in Mittelamerika und in der Karibik.“ Auch Nicaragua gehörte dazu, wo seit Jahrzehnten die von den USA unterstützte Diktatur des Somoza-Clans herrschte. Jimmy Carter änderte diese Politik. Im Februar 1987 stoppte er die Militär- und Wirtschaftshilfe angesichts des brutalen Vorgehens von Anastasio Somoza gegen die sandinistische Opposition. Im Juli 1979 musste Somoza aufgeben; er flüchte nach Miami; ein Jahr später wurde er in Paraguay ermordet. Carter erkannte die linke Regierung unter Daniel Ortega sofort an und gewährte für 90 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe. Inzwischen tobte in El Salvador ein Bürgerkrieg, den linke Guerillas, ermutigt durch den Sieg der Sandinisten in Nicaragua und unterstützt von Castro, im Mai 1980 begonnen hatten.

Für Reagan waren die Sandinisten Kommunisten. Im März 1981 strich er die letzte Rate der Wirtschaftshilfe mit der Begründung, Nicaragua habe sich an Waffenlieferungen für die Guerillas in El Salvador beteiligt. Als Moskau daraufhin Nicaragua wirtschaftliche und technische Hilfe gewährte, wurde das Land zum Test für die Reagan-Doktrin. CIA-Direktor William Casey begann, eine 500 Mann starke kontrarevolutionäre (daher *contra*) Truppe aufzustellen, die von Honduras aus mit verdeckten Operationen (*covert actions*) gegen Nicaragua das Regime dort stürzen sollte. Die Truppe umfasste schließlich 10.000 Mann. In Washington fürchteten einige ein zweites Vietnam, und so beschloss der Kongress 1984, keine weiteren Mittel für die Contras zur Verfügung zu stellen. Reagan löste dann mit seiner Antwort an seine Vertrauten: „Tut alles, was zu tun ist, um diesen Leuten zu helfen“, eine Entwicklung aus, die zum größten innenpolitischen Skandal seiner Präsidentschaft wurde und beinahe zu einem *impeachment* geführt hätte.

Seit September 1980 führten der Irak und der Iran einen blutigen Krieg, der noch neun Jahre dauerte und 700.000 Menschen das Leben kostete. Die USA unterstützten zuerst Saddam Husseins Irak, suchten dann aber aus zwei Gründen den Kontakt zu Teheran. Zum einen: die vom Iran abhängige extremistische Hisbollah im Libanon hielt dort sieben amerikanische Geiseln gefangen. In Erinnerung an das 444-Tage-Geiseldrama in Teheran war Reagan geradezu besessen davon, diese Geiseln zu befreien. Zum andern: Moskau lieferte inzwischen Waffen an den Irak; bei einer möglichen Niederlage des Iran befürchtete Washington eine weitere sowjetische Penetration des gesamten Raumes. Über Israel, das damals noch im Irak eine größere Gefahr als im Iran sah, wurde der Kontakt zu Teheran geknüpft. Zwischen Sommer 1985 und Herbst 1986 organisierten Mitglieder des NSC – allen voran Oberstleutnant Oliver North – den Verkauf von 2015 Boden-Boden- und 258 Boden-Luft-Raketen bzw. deren Teile an den Iran. Als Gegenleistung wurde die Unterstützung bei der Freilassung der Geiseln zugesichert.

Was auch als „Irangate“ – in Anlehnung an Watergate – in die Geschichte eingegangen ist, war in den Worten des Reagan-Biografen Lou Cannon „eine Katastrophe, die manchmal einer komischen Oper mit tragischen Untertönen ähnelte und unglücklich endete“. Drei Geiseln wurden freigelassen – und sogleich durch drei neue „ersetzt“. Im November 1986 flog die Sache durch einen Bericht in einer Beirut-er Zeitung auf. Reagan war in Erklärungsnot und wiederholte, was er zuvor schon gesagt hatte: „Unsere Regierung hat eine klare Linie, vor terroristischen Forderungen nicht zu kapitulieren. Diese Politik, keine Konzession zu machen, bleibt in Kraft. Trotz der äußerst spekulativen und falschen Berichte über Waffen für Geiseln und angebliche Lösegeldzahlungen haben wir nicht – ich wiederhole – nicht Waffen oder sonst etwas gegen Geiseln eingetauscht. Und wir werden das auch nicht tun.“

Der Verkauf war illegal, verstieß gegen das vom US-Kongress beschlossene Waffenembargo gegen den Iran und gegen die öffentliche Verlautbarung, keine Waffen an Staaten zu liefern, die den Terrorismus förderten. Das Justizministerium begann seine Untersuchungen – und dann wurde offenbar, dass North Geld aus dem Iran-Waffenverkauf für die Contras in Nicaragua abgezweigt hatte. Das war ein weiterer klarer Verstoß gegen einen entsprechenden US-Kongressbeschluss. Damals lautete die entscheidende Frage: Wie viel wusste der Präsident von der ganzen Operation? Er wusste sicher mehr, als er zugab. Im März 1987 meinte er: „Vor einigen Monaten versicherte ich dem amerikanischen Volk, dass ich nicht Waffen gegen Geiseln getauscht habe. Mein Herz und meine Überzeugung sagen mir immer noch, dass das stimmt. Tatsachen und Beweise sagen aber, dass es nicht stimmt.“

Als in den Anhörungen zu der Affäre im US-Kongress auch herauskam, dass die Contras über Jahre mehrere Tonnen Kokain in die USA geschmuggelt hatten und die CIA diese Aktivitäten gekannt und geduldet hatte, verstärkten sich in der Öffentlichkeit die Zweifel an der Führungskraft Reagans. Seine Zustimmungsrate fiel kurzzeitig auf 37 Prozent, um nach den

erfolgreichen Verhandlungen mit Gorbatschow Ende des Jahres auf bis dahin unbekannte Höhen anzusteigen. In Nicaragua wurde unter Vermittlung des Präsidenten von Costa Rica, Oscar Arias Sanchez, im März 1988 ein Waffenstillstand zwischen Sandinisten und Contras geschlossen, nachdem Washington weiteren Zahlungen an die Contras ausgeschlossen hat. Das brachte zwar noch keinen Frieden, machte es aber zumindest schwieriger, Krieg zu führen. North wurde ein Held der Konservativen und später sogar Präsident der mächtigen Waffenorganisation *National Rifle Association (NRA)*.

Hypermacht USA

„*We are the indispensable nation.*“

Reagan trat seine Präsidentschaft im Januar 1981 mit einem klaren Ziel an: er wollte den Kalten Krieg gewinnen und daher die Sowjetunion in großem Stil bekämpfen, vom Guerillakrieg am Boden bis zur Raketenabwehr im Weltraum!

In den Jahren 1981 bis 1986 führte er das größte Aufrüstungsprogramm durch, das es dort in Friedenszeiten jemals gegeben hatte: die Ausgaben stiegen von 171 auf 376 Mrd. Dollar. Reagan war davon überzeugt, dass die Sowjetunion bereits allergrößte wirtschaftliche Schwierigkeiten hatte und bei Verstärkung des Drucks implodieren würde. Von nun an gab es auch wieder jene verdeckten Operationen gegen Satellitenstaaten der Sowjetunion, die von seinem Vorgänger Jimmy Carter aufgegeben worden waren. Im März 1982 unterschrieb er eine entsprechende *Executive Order*. Daneben ging es um eine Modernisierung im militärischen Bereich und um politische Propaganda. Dies wurde insgesamt als „Reagan-Doktrin“ bezeichnet und erinnerte an die Zeiten von Dulles und Eisenhower in den Fünfzigerjahren. Um den Sieg im Kalten Krieg zu erringen, wurden gleich mehrere Fronten eröffnet.

In Afghanistan und Lateinamerika. In Osteuropa setzte man bei Polen an. Die Gewerkschaftsbewegung Solidarność wurde massiv unterstützt. Mit dabei war der neue polnische Papst, Johannes Paul II., für den die Kommunisten Todfeinde waren. Um ihren Druck auf die Sowjetunion zu erhöhen, schreckte die neue Administration auch nicht vor einem offenen Wirtschaftskrieg zurück. Öl wurde als Waffe eingesetzt. Man brachte die

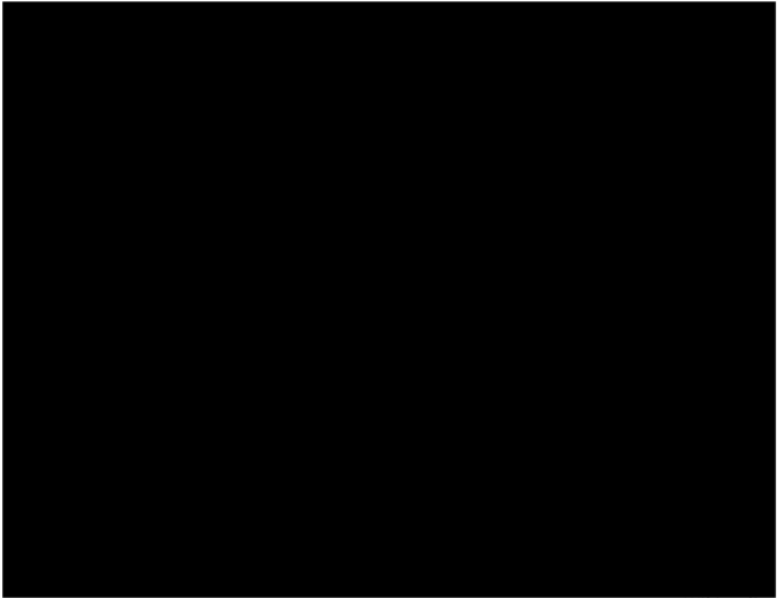
Saudis dazu, die Förderkapazität zu erhöhen. Der Preis für ein Fass Rohöl sank von 40 Dollar auf 10 Dollar. Das beschleunigte den Niedergang der Sowjetunion. Die Saudis, mit denen es seit 1945 (siehe Seite 123) eine strategische Partnerschaft gab, hatten zugestimmt, da sie sich durch das Vorgehen der Sowjets in Afghanistan bedroht fühlten (siehe Seite 142). Bestimmte Hochtechnologie wurde gar nicht mehr oder, wenn überhaupt, zu extrem überhöhten Preisen an die Sowjetunion verkauft.

Im März 1983 kündigte Reagan ein Fünf-Jahres-Programm für die Errichtung eines Raketenabwehrsystems an. Offiziell war dies die Strategische Verteidigungsinitiative (*Strategic Defense Initiative*) SDI. Im Dezember 1983 wurde der NATO-Doppelbeschluss von 1979 umgesetzt und mit der Stationierung der *Pershing II*-Raketen und *Cruise Missiles* in Westeuropa begonnen.

Reagan war ein Visionär und Realist, aber – und das ist wichtig: in seinem Kampf gegen die Sowjetunion war er nicht nur ein simpler kalter Krieger. Er wollte diesen Krieg, wenn es ging, diplomatisch beenden. Und dafür brauchte er einen Partner. Der bot sich mit dem neuen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, an. Im Zusammenspiel mit ihm wurde Reagan zum großen Politiker. Am 8. Dezember 1987 unterschrieben er und Gorbatschow ein historisches Abrüstungsabkommen: Alle atomaren Mittelstreckenraketen in Europa sollten abgebaut und vernichtet werden.

Sechs Monate vorher, am 12. Juni 1987, war Reagan zum zweiten Mal als Präsident in Berlin gewesen, wo er die inzwischen wohl bekannteste Rede seiner Amtszeit hielt – mit den zwei wichtigen Sätzen: „*Mr. Gorbachev, open this gate. [...] Mr. Gorbachev, tear down this wall!*“ („Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!“)

Der Mauerfall war ein historisches Ereignis, mit dem niemand gerechnet hatte und mit dem die deutsche Frage über Nacht wieder zu einem Thema der internationalen



Wikipedia

Eine Antisatellitenwaffe (ASAT) im Einsatz: im Orbit befindliche feindliche Satelliten werden zerstört. Das Programm wird 1988 eingestellt. Daneben gibt es die von US-Präsident Ronald Reagan angekündigte Strategische Verteidigungsinitiative SDI (*Strategic Defense Initiative*). Dieses Programm wird am Ende des Kalten Krieges zunächst nicht weitergeführt.

Politik geworden war. Die USA wurden hier zur entscheidenden Macht. Als sich Anfang Dezember 1989 Reagans Nachfolger, George H. W. Bush, und Gorbatschow auf einem Schiff vor Malta trafen, beschrieb letzterer die neue Lage so: „Wir betrachten die USA nicht mehr als unseren Feind.“ Am 3. Oktober 1990 wurde Deutschland wiedervereint, im März 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf, Ende 1991 auch die Sowjetunion. Der Kalte Krieg war zu Ende.

Dieses Ende sah die USA in einer noch nie dagewesenen Position der Stärke. 1999 prägte der damalige französische Außenminister Hubert Védrine dafür den Begriff Hypermacht.

Nach dem Golfkrieg 1991 (siehe Seite 145) sprach George H. W. Bush von einer „neuen Weltordnung“ unter alleiniger Führung der USA. Noch unter seinem Verteidigungsminister Dick Cheney wurde in einer *Defense Planning Guide* 1992 festgelegt, dass es die „politische und militärische Mission der USA ist, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte.“ Im selben Jahr sprach der US-Politologe Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“, dem ultimativen Triumph von Kapitalismus und Demokratie über Faschismus und Kommunismus, letztlich dem Sieg der USA. Die Zukunft gehöre allein der Demokratie und der Marktwirtschaft, die „alle Widersprüche überwinden und alle Bedürfnisse befriedigen“ würden. Mithin sei auch der Krieg der Ideologien vorbei.

Was dann kam, war allerdings weder das Ende der Geschichte noch das Ende der Ideologien. Fukuyamas Optimismus war verfrüht. Es würde auch in Zukunft Ideologien geben. Der Siegeszug der Demokratie erlitt Rückschläge. Demokratische Hoffnungen scheiterten im Arabischen Frühling, in Russland und China; der islamistische Terror war ein anderes Phänomen. Was den Siegeszug des Kapitalismus betraf, so zeigte China, dass auch ein nicht-demokratischer Staat wirtschaftlich erfolgreich sein kann. Der 100-prozentige Beweis, dass das freiheitliche System auf dem Siegeszug war, wurde bislang nicht erbracht.

Der Kalte Krieg hatte die alten Probleme – Nationalismus, ethnische Rivalität, Stammesfehden – nur verdeckt. An die Stelle der alten „Ordnung“ des Kalten Krieges trat die Unordnung der neuen Weltordnung. Als der Krieg zu Ende ging, brachen diese Konflikte auf: auf dem Balkan, in Afrika, im Nahen Osten. 1993 zählte die *New York Times* 48 solcher regionalen Konflikte. „Ethnische Säuberungen“ waren wieder an der Tagesordnung. Globalisierung, Computer und Internet, Fernsehen und Satellitentechnik hatte die Menschen seit den 1980er-Jahren enger miteinander verbunden, aber die Welt war dadurch nicht friedlicher geworden.

Der amerikanische Historiker George C. Herring spricht in diesem Zusammenhang von einer paradoxen Situation, in der sich die USA in dieser Weltordnung wiederfanden. Die USA waren in manchen Bereichen Kulturexportweltmeister. Als Beispiel sei der Basketball genannt. Spiele der *National Basketball Association (NBA)* übertrug das Fernsehen regelmäßig in 175 Länder in 40 Sprachen in 600 Millionen Haushalte. So wurde etwa Megastar Michael Jordan in einer Umfrage bei chinesischen Studenten auf die gleiche Stufe mit Tschu en Lai gestellt. Der *Superbowl* war ein internationales Event. *CNN* war seit 1980 ein ganz neues Informationsportal. Der bekannte Harvard-Professor und ehemalige *US-Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs*, Joseph Nye Jr., nannte das im Jahr 2002 *soft power*: mit der Anziehungskraft der amerikanischen Produkte, ihrem Lifestyle und ihren Werten übten die USA Einfluss über ein Imperium aus, „in dem die Sonne niemals untergeht“. Amerikanische *popular culture* wurde allerdings von manchen kritisch gesehen. Die Pläne für einen europäischen Disney World Vergnügungspark in der Nähe von Paris wurde etwa vom französischen Kulturminister als „kulturelles Tschernobyl“ bezeichnet.

Und die USA waren jetzt auch militärisch und wirtschaftlich eine Hypermacht. Sie produzierten 40 Prozent mehr als die zweitgelistete Nation, die Ausgaben für die Verteidigung waren sechsmal höher als die der nachfolgenden sechs Länder zusammen. Das Paradoxe daran war, dass die USA keinen Plan hatten, wie sie mit dieser neuen Machtfülle umgehen wollten. Es gab keinen äußeren Feind mehr und daher bestand keine Notwendigkeit mehr, bei der Lösung globaler Probleme die Führung zu übernehmen. Der Golfkrieg war die letzte dieser Aktionen; danach richtete sich der Schwerpunkt der Politik nach innen. So reduzierten etwa die Medien ihre bis dahin schon nicht sehr ausführliche Auslandsberichterstattung drastisch, der Kongress kürzte die Auslandshilfe – und die Mittel für die CIA – und die diplomatischen Vertretungen im Ausland dramatisch. Diese neue Haltung wurde

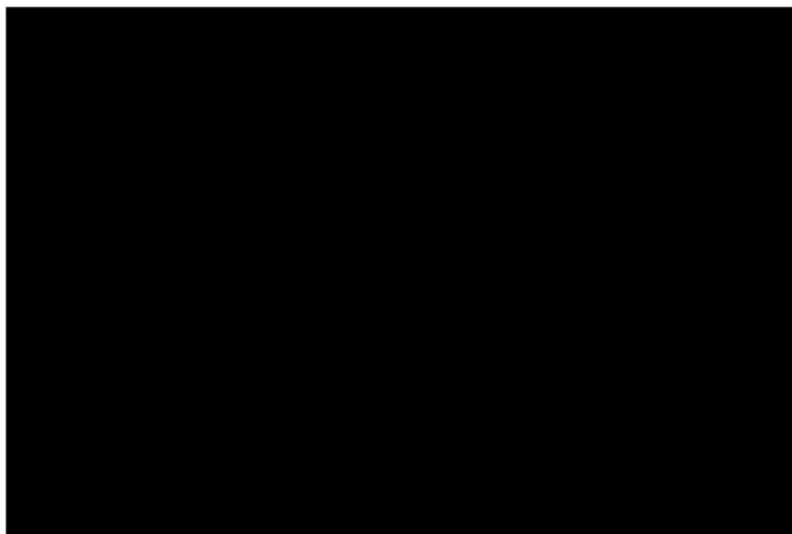
in Ansätzen bereits erkennbar in der Politik des neuen Präsidenten Bill Clinton.

Clinton hatte die Wahl mit dem einfachen Slogan „*It's the economy, stupid*“ gewonnen und legte den Schwerpunkt seiner Arbeit zunächst auf die Wirtschaftspolitik. 1993 wurde das *American Free Trade Agreement* (NAFTA) mit Kanada und Mexiko abgeschlossen, gleichzeitig ging es um die Stärkung der *Asia-Pacific Economic Community*. Globaler Handel war das neue Thema, keine militärischen Aktionen. Das Desaster in Somalia im Oktober 1993 (siehe Seite 118) bestätigte dieses Motto. Auch beim nächsten Problem tat sich die Clinton-Administration schwer.

Seit 1991 brannte der Balkan. Serbiens Slobodan Milošević wollte ein Großserbien auf Kosten der übrigen Ethnien. Im Sommer 1991 richtete er sich gegen Kroatien, ein Jahr später kämpfte er mit bosnischen Serben gegen bosnische Moslems. Die noch-Bush-Administration tat nichts gegen diese brutale ethnische Säuberung. „Wo steht geschrieben, dass die USA die Militärpolizei der Welt sind?“ fragte die Sprecherin des State Department, Margaret Tutwiler, am 31. Mai 1992.

Erst 1995 reagierte die Clinton-Regierung – nach dem Massaker der Serben in Srebrenica an bosnischen Moslems. Nach heftigen NATO-Luftangriffen stimmte Milošević einem Waffenstillstand zu. Am Ende wurde am 21. November 1995 in Dayton, Ohio, unter Leitung des amerikanischen Diplomaten Richard Holbrooke ein Abkommen geschlossen, mit dem der Krieg in Bosnien-Herzegowina beendet wurde.

1999 ging es wieder um den Balkan, diesmal um Kosovo. Kosovo war Teil Serbiens, die Mehrheit der dortigen Bewohner aber waren Albaner – und Moslems. 1997 versuchte eine albanische „Befreiungsarmee“ die Unabhängigkeit von Serbien zu erreichen. Die Serben schlugen hart zurück, mordeten wahllos und brannten Dörfer nieder nach dem Motto „*A village a day keeps NATO away*.“ In Washington gab es inzwischen eine neue Außenministerin, Madeleine Albright. Aus ihrer Sicht mussten die USA Verantwortung zur Aufrechterhaltung von Recht und



wikipedia

Seit 1991 brennt der Balkan. Serbiens Slobodan Milošević will ein Großserbien auf Kosten der übrigen Ethnien. Im Sommer 1991 richtet er sich gegen Kroatien, ein Jahr später kämpft er mit bosnischen Serben gegen bosnische Moslems. Ganze Städte und Dörfer werden in Trümmer gelegt. Erst 1995 reagiert die Clinton-Regierung – nach dem Massaker der Serben in Srebrenica an bosnischen Moslems. Nach heftigen NATO-Luftangriffen stimmt Milošević einem Waffenstillstand zu. Am 21. November 1995 wird in Dayton, Ohio, unter Leitung des amerikanischen Diplomaten Richard Holbrooke ein Abkommen geschlossen, mit dem der Krieg beendet wird.

Ordnung in der Welt übernehmen. „Was für einen Sinn macht es“, fragte sie einmal Generalstabschef Colin Powell, „wenn wir das beste Militär haben, von dem Sie immer reden, und wir können es nicht einsetzen?“ Und öffentlich ergänzte sie im Fernsehen: „Wenn wir Gewalt anwenden müssen, dann nur, weil wir Amerika sind, weil wir eine unverzichtbare Nation (*indispensable nation*) sind. Wir sind stark und wir sehen weiter in die Zukunft als andere Nationen, und wir sehen die Gefahr, die es für alle von uns gibt. Ich weiß, dass die amerikanischen Männer und Frauen immer bereit sind, ihr Leben für die Freiheit, Demokratie und den American way of life zu opfern.“

Für sie war die Reaktion auf die Entwicklung im Kosovo ein Test für amerikanische Führungsqualitäten und auch für die Effizienz der NATO. Nach 79 Tagen Luftangriffe der NATO gegen Jugoslawien, im wesentlichen durch Flugzeuge der Amerikaner, kapitulierte Milošević. Nach Massendemonstrationen wurde Milošević am 5. Oktober 2000 gestürzt, womit die Balkankriege endgültig beendet waren.

Ein neuer Abschnitt begann mit der Präsidentschaft von George W. Bush und dem „Krieg gegen den Terror“.

Afrika

„Entwicklung und Fortschritt in Afrika liegen auch in unserem Interesse.“

Auch in Afrika hat das „amerikanische Jahrhundert“ seine Spuren hinterlassen, wenn auch nicht in so prominenter Form wie in anderen Teilen der Welt. Die europäischen Kolonialmächte hatten den Kontinent unter sich aufgeteilt. Die USA waren daran nicht beteiligt gewesen, und von daher spielte Afrika in deren Kolonialzeit lange Zeit keine große Rolle. Das hatte auch damit zu tun, dass die wirtschaftlichen Interessen der USA dort nicht von überragender Bedeutung waren; es gab zwar Rohstoffe, aber im Vergleich zum Öl im Nahen Osten waren sie eher unwichtig für die US-Wirtschaft. Wichtiger wurde Afrika erst Ende der 1950er-Jahre, als etliche Kolonien unabhängig wurden und einige sogar von einem „Unabhängigkeits-Festival“ sprachen. Von daher würde es einen Afrika-Block in den Vereinten Nationen geben. Die Vereinten Nationen spielten damals in Afrika eine wichtige Rolle. So verabschiedete etwa die Vollversammlung im Dezember 1960 mit 90:0 Stimmen die Resolution 1514, in der das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und ein „schnelles und bedingungsloses Ende jeglicher Form von Kolonialismus“ gefordert wurde. Es gab neun Enthaltungen: USA, Großbritannien, Frankreich, Portugal, Belgien, Südafrika, Australien und die Dominikanische Republik. Besonders wütend waren die afrikanischen Vertreter über die amerikanische Enthaltung.

1958 wurde erstmals ein *Bureau for African Affairs* im State Department eingerichtet. Ein Jahr später wurde John

F. Kennedy der Vorsitzende im Unterausschuss für afrikanische Angelegenheiten im *Senate Foreign Affairs Committee*. Kennedy kannte die Probleme Afrikas. Für ihn wurde Afrika das Herzstück seiner Anti-Kolonialpolitik. Unter ihm als Präsident spielte der Kontinent zum ersten Mal eine wichtige Rolle in der US-Außenpolitik. Kennedy setzte entsprechende Zeichen: er propagierte die Unabhängigkeit afrikanischer Kolonien, ernannte einen Bürgerrechtsaktivisten zum stellvertretenden Außenminister für afrikanische Angelegenheiten im State Department und ernannte Botschafter, die das jeweilige Land kannten und mit seinen Bewohnern sympathisierten. 1961 korrigierten die USA ihre Stimmhaltung in der UNO vom Jahr zuvor und akzeptierten die Resolution 1514. Im selben Jahr lud Kennedy einige afrikanische Regierungschefs nach Washington ein. Um ihnen den Anblick der in Washington und Umgebung praktizierten Rassentrennung zu ersparen, sorgte er dafür, dass sie entlang der Route 40, einer Ost-West verlaufenden Hauptstraße, aufgehoben wurde. Seine Unterstützung afrikanischer Nationalisten hatte allerdings da Grenzen, wo die Sowjets ins Spiel kamen, wie im Kongo deutlich wurde. Für seinen Nachfolger Lyndon B. Johnson hatte Afrika angesichts des Vietnamdesasters keine Priorität, weder politisch noch wirtschaftlich. Afrika sei wichtig, aber nicht lebenswichtig (*important, but not vital*) für die USA hieß es 1969 in einer Studie des Nationalen Sicherheitsrates. Das galt in den nächsten Jahren für Richard Nixon. Auch da hatte der Vietnamkrieg Priorität, dann 1972 die Détente-Politik mit Besuchen in Peking und Moskau, 1973 der Yom Kippur-Krieg. Die Watergate-Affäre tat dann ein Übriges. Erst unter Gerald Ford änderte sich das. Henry Kissinger entwickelte 1976 eine „Strategie für Afrika“, der er in seinen „Erinnerungen“ fast 100 Seiten widmet. Kernpunkt dieser Strategie war die grundsätzliche Entscheidung der USA, bedingungslos das Prinzip der Mehrheits-herrschaft zu verfolgen.

Den in Washington akkreditierten Botschaftern afrikanischer Staaten erläuterte er im April 1976 diese Position: „Wir

meinen, dass die Zukunft Afrikas am besten von den Afrikanern selbst gestaltet werden kann. Deshalb ist für uns die afrikanische Einheit entscheidend. Wir wollen in Afrika keine amerikanischen Sonderinteressen durchsetzen, das heißt, wir sind nicht daran interessiert, dort die Vorherrschaft der amerikanischen Staaten zu errichten. Allerdings glauben wir, dass Entwicklung und Fortschritt in Afrika auch in unserem Interesse liegen.“ Und dazu gehörte ein weiteres Ziel, nämlich den sowjetisch-kubanischen Einfluss in Afrika zu verringern und schließlich zu beseitigen, „so wie es uns im Nahen Osten gelungen war“, wie er in Anspielung auf das Ergebnis des Yom Kippur-Krieges schreibt. Die amerikanische Politik musste mit den Bestrebungen der großen Mehrheit des Kontinents übereinstimmen, um dieses Ziel zu erreichen. Auch für Jimmy Carter hatte Afrika einen hohen Stellenwert. Er war ein Mann des Südens, kannte die Rassenprobleme. Mit den Stimmen der Schwarzen war er zum Präsidenten gewählt worden. Die Menschenrechte standen hoch auf seiner Agenda – und damit auch das Thema Rassengleichheit. So ernannte er den Schwarzen Andrew Young zum Botschafter bei den Vereinten Nationen, was zum Ansehen der USA in Afrika beitrug. Die Wertschätzung Afrikas wurde in der Folgezeit auch durch Präsidentenbesuche dokumentiert: Carter war der erste, der Afrika besuchte. Im April 1978 verkündete er in Nigeria, er wolle helfen, ein Afrika zu schaffen, „das in Frieden lebt, das frei von Kolonialismus, von Rassismus und militärischer Einmischung ist“.

Es sollte 20 Jahre dauern, bis wieder ein Präsident Afrika besuchte: Bill Clinton. Die Rede war von einer „neuen amerikanischen Partnerschaft“; er bringe „*Trade, not Aid*“, wie er meinte. Das Magazin *Jeune Afrique* sprach von einer „Reise des Jahrhunderts“. Ähnlich wichtig war Afrika dann aber auch für George W. Bush, der 2003 Senegal, Südafrika, Botswana, Uganda und Nigeria und 2008 Tansania besuchte, wo er eine Initiative gegen Armut und Aids startete. Barack Obama betonte die Bedeutung des Kontinents durch gleich drei Reisen: 2009, 2013 und 2015. Auf seiner letzten Reise warb er bei

seiner Rede vor der Vollversammlung der afrikanischen Union in Addis Abeba für ein „neues Bild von Afrika“. Es sei an der Zeit, die „außergewöhnlichen Fortschritte“ auf dem Kontinent zu würdigen und Afrika nicht länger nur als „Hort von Armut und Konflikten“ zu betrachten. Afrika sei nach wie vor die am schnellsten wachsende Region der Welt. Der Absturz kam auch hier mit Donald Trump, der öffentlich von Namibia statt Nambibia sprach und die Länder Afrikas 2018 als *shithole nations* bezeichnete.

Der Kongo

Am 30. Juni 1960 entließ Belgien den Kongo in die Unabhängigkeit und stürzte seine ehemalige Kolonie damit ins Chaos. Der Kongo war eines der wichtigsten Länder in Afrika: der Westen bezog 67 % seines Kobalts aus dem Land, das an neun andere Länder grenzte und so zentral war, dass Mao 1964 gegenüber einem chinesischen Diplomaten es einmal so formulierte: „Wenn wir den Kongo haben, haben wir ganz Afrika.“ Die Belgier hatten das Land extrem ausgebeutet und überhaupt nicht auf die Unabhängigkeit vorbereitet. Sie hatten es einfach in fünf Provinzen eingeteilt, in der Hoffnung, die dann in irgendeiner Weise weiter beherrschen zu können, vor allem Katanga mit seinen reichen Bodenschätzen. Der dortige Provinzpolitiker Moïse Tschombe erklärte Katanga am 11. Juli 1960 für unabhängig und beschuldigte den gewählten Premierminister des Kongo, Patrice Lumumba, ein sowjetischer Agent zu sein. Der wiederum bat Moskau um Waffen. Damit war der Kalte Krieg auch in Afrika angekommen. Für CIA-Direktor Allen Dulles war Lumumba „wie Castro oder noch schlimmer“. Washington befürchtete, dass der Kongo ein zweites Kuba werden könnte. Mit dazu beigetragen hatte der CIA-Agent Larry Devlin, der am 18. August folgendes Telegramm an die CIA-Zentrale geschickt hatte: „Die Regierung hier wird offensichtlich von Kommunisten



Wikipedia LIU

Am 30. Juni 1960 entlässt Belgien den Kongo völlig unvorbereitet in die Unabhängigkeit und stürzt seine ehemalige Kolonie damit ins Chaos. Der Führer der abtrünnigen Provinz Katanga, Moïse Tschombe, beschuldigt den gewählten Premierminister Patrice Lumumba, ein sowjetischer Agent zu sein. Der wiederum bittet Moskau um Waffen. Washington fürchtet ein zweites Kuba. Anfang 1961 wird Lumumba ermordet – und in zahlreichen Ländern zur Symbolfigur im antiimperialistischen Kampf in Afrika. In der DDR wird schon 1961 vor der Universität Leipzig ein Denkmal aufgestellt, in Moskau gibt es von 1961–1992 die nach ihm benannte Lumumba-Universität

übernommen. Viele Kräfte sind beteiligt: die Sowjets, die kommunistische Partei etc. Es ist nicht klar, ob Lumumba ein Kommunist oder ein Opportunist ist. Es bleibt möglicherweise nur noch wenig Zeit, um ein zweites Kuba zu verhindern.“

In der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates in Washington am selben Tag las Dulles dieses Telegramm vor. Anschließend erging folgender Auftrag an die Agenten im Kongo: „Tötet Lumumba.“ Anfang 1961 wurde Lumumba von Tshombes Katangatruppen gefangen genommen und anschließend

ermordet. Eine Beteiligung der CIA sowie des belgischen Geheimdienstes wurde im Jahr 2000 bestätigt, weswegen die belgische Generalstaatsanwaltschaft 2012 ein Ermittlungsverfahren eröffnete.

Um dem sowjetischen Einfluss entgegenzuwirken, schickte Kennedy seinen Vize, Lyndon B. Johnson, 1962 auf eine good will-Tour nach Afrika. Eine UNO-Blauhelmsuppe sicherte letztlich den Frieden im Kongo: 1963 wurde Katanga wieder mit der Zentralregierung vereint, Tschombe flüchtete – und wurde ein Jahr später Regierungschef. Die Anhänger Lumumbas riefen wenig später die Volksrepublik Kongo aus und erhielten Unterstützung aus Moskau. Tshombe bat daraufhin die USA um Hilfe, die auch geleistet wurde.

Durch einen Coup putschte sich der Oberst Mobutu 1965 an die Macht und wurde einer der übelsten Diktatoren überhaupt – und in den folgenden drei Jahrzehnten von den USA unterstützt. Henry Kissinger begründete das 1999 so: „So verschiedene Präsidenten wie Kennedy, Johnson, Nixon, Ford, Carter, Reagan und Bush kamen stets zu dem gleichen Schluss: das Risiko, das ein Sturz Mobutus in sich barg, überwog den zu erwartenden Nutzen.“ Erst 1997 entschied sich die Clinton-Administration gegen ihn und zog ihre Unterstützung zurück, was letztlich zu seinem Sturz führte. Der Anführer der entsprechenden Rebellion war Laurent Kabila, ein Schüler Lumumbas und Che Guevaras.

Rhodesien

Am 11. November 1965 erklärte die britische Provinz Rhodesien einseitig ihre Unabhängigkeit: 270.000 Weiße herrschten über etwa sechs Millionen Schwarze. In der Folge erkannte kein Staat die Regierung unter Führung von Ian Smith an. Der UNO-Sicherheitsrat verhängte scharfe Sanktionen, denen sich auch die Johnson-Regierung anschloss. Das änderte sich 1971

mit Nixon. Vor den Sanktionen bezogen die USA etwa 30 % ihres Chromerzes aus Rhodesien. Einige Südstaaten-Senatoren sympathisierten mit der Smith-Regierung, lehnten die Sanktionen ab und verglichen Rhodesien mit der geliebten Konföderation aus alten Bürgerkriegszeiten. Ein Teil des Chromerzes bezogen die USA auch aus der Sowjetunion. Mit dem Argument, nicht von der Sowjetunion abhängig zu werden, brachten die Senatoren der Südstaaten das *Byrd Amendment* (so genannt nach Senator Harry Byrd aus Virginia) ein, einen Gesetzentwurf, mit dem die Sanktionen unterlaufen werden sollten: Einfuhr von strategischen Materialien wie etwa Chrom und Nickel sollten erlaubt bleiben. Mit der Unterschrift von Nixon am 17. November 1971 wurde dies Gesetz. Bei einigen afrikanischen Staaten und UNO-Mitgliedern führte dies zu so heftigen Protesten, dass Kissinger noch 1972 versprach, den Kongress für eine Aufhebung des Amendments zu gewinnen. Was allerdings nicht gelang. Es gelang auch 1975 nicht. Erst als Präsident Carter 1977 die entsprechende Abstimmung im Kongress zu einer „Art Referendum über den amerikanischen Rassismus“ machte, konnte das Amendment aufgehoben werden.

Im April 1979 übernahm eine Nationalversammlung aus Weißen und Schwarzen in Rhodesien die Macht und änderte als Erstes den Namen des Landes in Zimbabwe. Führer der schwarzen Volksfront war Robert Mugabe. Argumente amerikanischer Südstaatler, dass die Partei von Kommunisten unterwandert sei, beeindruckten Carter nicht. Erst nachdem sich die britische Regierung mit Smith und Führern der Schwarzen auf eine Unabhängigkeit mit Mehrheitswahlrecht geeinigt hatten, hob er am 18. April 1980 die Sanktionen auf. Am gleichen Tag wurde Zimbabwe in die Unabhängigkeit entlassen. Premierminister wurde Robert Mugabe – ab 1987 Präsident –, der das Land als einer der übelsten Diktatoren Afrikas in die Dauerkrise führte. Die weißen Siedler wurden nach und nach vertrieben, das Land versank im Chaos. Hungersnöte und schwerste Menschenrechtsverletzungen waren bis zu seiner Absetzung im Jahre 2017 an der Tagesordnung.

Angola

„Lange Zeit brachte es den Sowjets nur wenig, dass sie die afrikanischen Befreiungsbewegungen offen unterstützten. Wir hingegen verloren nur wenig dadurch, dass wir anderweitig beschäftigt waren. Mit Angola wurde alles anders.“ So beschreibt Henry Kissinger in seinen „Erinnerungen“ die Situation in der portugiesischen Kolonie, in der drei Gruppierungen seit Anfang 1975 um die Macht kämpften: Agostinho Netos Volksbewegung MPLA, Holden Robertos Nationale Front FNLA und Jonas Savimbis Nationale Bewegung für die völlige Unabhängigkeit UNITA. Die Sowjets hatten eingegriffen und die marxistische MPLA massiv unterstützt, die im November 1975 ihren Sieg verkündete, nachdem sie 12 der 16 Provinzen erobert hatte. Die schiere Größe der sowjetischen Aktion war ein Schock für die Amerikaner: über eine Entfernung von 10.000 km versorgten sie am Ende eine 60.000 Mann starke kubanische Truppe in Angola und Mosambik. Für Kissinger war klar, wie er dem britischen Botschafter am 1. März 1976 deutlich machte: „Wir können nicht dulden, dass eine kubanische Armee quer durch Afrika marschiert.“ Und zum Außenminister Guyanas, einem Freund und Bewunderer Castros: „Wenn Kuba sich nicht vorsieht, dann kann es zu einer militärischen Konfrontation kommen, aber eher in Kuba, nicht in Angola.“ Entsprechende Pläne waren bereits fertiggestellt: sie umfassten Luftangriffe und das Verminen kubanischer Häfen. „Ich denke, wir müssen Castro erledigen“ („*I think we are going to have to smash Castro.*“), so Kissinger zu Präsident Ford am 25. Februar 1976 im Beisein von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Ford stimmte zu. („*I agree.*“) Die Angriffspläne für das Jahr 1977 wurden dann allerdings durch den Wahlsieg von Jimmy Carter am 2. November 1976 gestoppt. Die Entwicklung in Angola nahm einen anderen Lauf. Die kubanischen Truppen blieben noch 15 Jahre dort.

Südafrika

Der Apartheidstaat Südafrika galt wegen seiner Rassenpolitik weltweit als Pariastaat. Das Verhältnis der USA zu diesem Staat war ambivalent. Angesichts der Rassenprobleme im eigenen Land gab es niemand in den USA, der die Apartheid-Politik nicht öffentlich verdammt. Gleichzeitig bot dieser Staat hervorragende Investitionsmöglichkeiten und war wirtschaftlich und militärstrategisch wichtig für die USA. Bis Anfang der 1970er-Jahre hatten die USA etwa 1,2 Milliarden Dollar investiert; das war etwa ein Drittel der gesamten US-Investitionen in Afrika. Südafrika produzierte 60 % der Weltgoldbestände und trug damit zur Stabilisierung der Weltwirtschaft bei. Das Land war der drittgrößte Produzent von Uran. In der Nähe von Pretoria unterhielt die NASA eine Satellitenüberwachungsstation, die Air Force war ebenfalls beteiligt, die Navy nutzte die Häfen am Kap, einem der strategisch wichtigsten Orte in der Welt. An einer Destabilisierung des Landes waren die USA nicht wirklich interessiert, zumal der *African National Congress* (ANC) als eine von Kommunisten kontrollierte Widerstandsbewegung eingestuft wurde. Das ging sogar soweit, dass im August 1962 dessen Vorsitzender Nelson Mandela mithilfe der CIA verhaftet werden konnte.

Ein Jahr später waren es allerdings die USA, auf deren Initiative die UNO ein absolutes Waffenembargo gegen Südafrika beschloss. Als Kissinger dann 1976 seine Strategie für Afrika entwickelte, wurde den führenden Männern Südafrikas unmissverständlich klargemacht, „dass unsere Unterstützung für die Herrschaft der Mehrheit an den Grenzen Südafrikas nicht halt macht.“ Die kritischen Worte der amerikanischen Politiker wurden immer deutlicher. Öffentlich meinte Kissinger in einer Rede am 2. August 1976 vor der *National Union League*: „Niemand, auch nicht die verantwortungsbewussten Führer Schwarzafrikas, stellt das Recht der weißen Südafrikaner infrage, in ihrem Land zu leben. [...] Südafrikas innere Strukturen bergen einen Sprengsatz und sind mit jeglicher Vorstellung

von Menschenwürde unvereinbar. [...] Die Vereinigten Staaten, die ihren eigenen Überzeugungen treu bleiben, werden all ihren Einfluss geltend machen, um friedliche Veränderungen, ein Ende der institutionalisierten Ungleichheit, gleiche Chancen und grundlegende Menschenrechte für alle in Südafrika zu erreichen.“

Jimmy Carter nannte das Apartheidregime zwar „moralisch abstoßend“, das von der UNO verfolgte totale Wirtschaftsembargo verhinderte seine Regierung aber mehrfach durch ein Veto im Sicherheitsrat. Carter argumentierte, dass durch verstärkte wirtschaftliche Aktivitäten das System von innen heraus reformiert werden könne – nicht von außen durch Sanktionen.

Die Situation wurde durch den Bürgerkrieg in Angola noch komplizierter. Südafrika lieferte Savimbis UNITA Waffen, Geld und Berater und stellte Militärbasen in Südwestafrika – dem heutigen Namibia – zur Verfügung, sicherte Luftunterstützung zu und griff 1975 mit eigenen Truppen ein. Anfang der 1980er-Jahre verschärfte sich der Protest der Schwarzen in Südafrika, angeführt von Erzbischof Desmond Tutu; auch der Druck von außen nahm zu und der Ruf nach umfassenden Sanktionen wurde lauter. 1986 verabschiedete der Kongress ein entsprechendes, umfassendes Anti-Apartheid- Gesetz, den *Comprehensive Anti-Apartheid Act*. zwar gegen das Veto von Präsident Ronald Reagan, aber die Entwicklung hin zum Ende der Apartheid war nicht mehr aufzuhalten. Präsident der neuen Republik wurde bekanntlich Nelson Mandela.

Somalia

Der Name Mogadischu – Hauptstadt Somalias – weckt in Deutschland positive Erinnerungen: im Jahr 1977 wurden dort die Lufthansa-Geiseln von der GSG 9 befreit. Anders in den USA. Da erinnert man sich an furchtbare Bilder: ein toter GI wurde durch die Straßen Mogadischus geschleift.

Mogadischu war zunächst Schauplatz dieses Kalten Krieges. Dort kam im Jahr 1969 Siad Barre durch einen Putsch an die Macht. Offensichtlich waren die Sowjets beteiligt, mit denen 1974 ein Vertrag abgeschlossen wurde, der es ihnen ermöglichte, in Berbera, dem wichtigsten Hafen Somalias, eine Marinebasis zu errichten. Wenig später eröffneten sich den Sowjets andere Möglichkeiten: 1974 wurde Äthiopiens Kaiser Haile Selassie von seinen Militärs gestürzt, 1977 übernahm der Marxist Mengistu dort die Macht. Als sich die von Somalis bewohnte äthiopische Provinz Ogaden mit Unterstützung Somalias von Äthiopien abspalten wollte, wechselte Moskau die Seiten. Äthiopien war das lohnendere Objekt. Es bot dem Land seine Unterstützung an, die Mengistu dankbar annahm. Im März 1978 kämpften daraufhin 15.000 Kubaner und 4000 Soldaten aus dem Südjemen mit sowjetischen Waffen auf Seiten Äthiopiens und eroberten wenig später Ogaden zurück. Mengistu errichtete ein Terrorregime. Erst mit Gorbatschow endete das sowjetische – und kubanische – Engagement, 1991 wurde Mengistu gestürzt.

Die diversen Warlords konnten sich dann allerdings nicht auf eine gemeinsame Regierung einigen. Die Konsequenz war ein blutiger Bürgerkrieg mit unendlichem Leid für die Zivilbevölkerung. 1992 war Somalia eine einzige humanitäre Katastrophe mit weitverbreiteter Hungersnot. Es gab Tausende Tote, Flüchtlinge verließen das Land. CNN – seit 1980 auf Sendung – verbreitete die Bilder des Elends weltweit. Was dann folgte, war die Wirkung des sogenannten CNN-Effekts: die drastischen Bilder erforderten eine Reaktion. Die Bush-Regierung traf eine grundsätzliche Entscheidung: 30.000 US-Soldaten sollten die seit April laufende UNO-Aktion UNOSOM I unterstützen: Lieferung von Lebensmitteln und medizinische Versorgung. Nach Beseitigung der größten Not und dem Aufbau eines funktionierenden Systems zur Nahrungsmittelverteilung sollten die Truppen zurückgezogen und durch eine UNO-Einheit ersetzt werden. Im März 1993 sahen die Amerikaner ihre Aufgabe als erfüllt an und zogen den größten Teil ihrer Truppe

ab. Zurück blieben etwa 4000 Soldaten. Das Kommando ging auf die UNO über (UNSCOM II), mit der erweiterten Aufgabe, die rivalisierenden Clans zu entwaffnen und staatliche Strukturen aufzubauen. Und jetzt kam der entscheidende Fehler: die Clinton-Regierung gab dem Drängen der UNO nach, an dieser Operation teilzunehmen und das Kommando zu übernehmen. Schon bei UNSCOM I war erkennbar gewesen, dass es keine klaren Strukturen im Rahmen der von Bush verkündeten neuen Weltordnung unter amerikanischer Führung gegeben hatte. Lawrence Eagleburger, Clintons Außenminister, sprach von einer zusammengeschusterten Diplomatie („*pasted together diplomacy*“).

Die Fehler zeigten sich jetzt. Für UNSCOM II war die Truppenstärke viel zu gering. Hauptgegner war der wichtigste Clanführer in Somalia, Mohammed Farah Aidid, dessen Stärke von den UNO-Truppen unterschätzt wurde. Als Aidid die Zusammenarbeit mit der UNO aufkündigte und 24 pakistanische UNO-Soldaten getötet wurden, ordnete die amerikanische Militärführung die Gefangennahme Aidids an. Gleichzeitig forderten sie vom Pentagon gepanzerte Unterstützung an, die jedoch verweigert wurde. Das Desaster nahm seinen Lauf. Am 3. Oktober gelang es den Kämpfern Aidids, zwei amerikanische Black Hawk-Hubschrauber abzuschießen. Bei den anschließenden zwölfstündigen Gefechten zur Befreiung der Besatzungen wurden 18 US-Soldaten getötet und 84 verletzt. Unter dem Jubel der Somalier schleiften anschließend Aidids Leute die nackte Leiche eines Hubschrauberpiloten an Seilen durch die Straßen Mogadischus.

Diese Bilder gingen um die Welt – und verlangten nach einer Reaktion. Am 6. Oktober beschloss der Nationale Sicherheitsrat im Beisein von Clinton, alle Operationen gegen Aidid einzustellen. Bis zum 25. März 1994 wurden sämtliche US-Truppen aus Somalia abgezogen. Somalia zeigte auch, dass es das viel zitierte Ende der Geschichte mit dem Ende des Kalten Krieges nicht gab und die von Präsident George H. W. Bush verkündete neue Weltordnung etliche Probleme für die USA

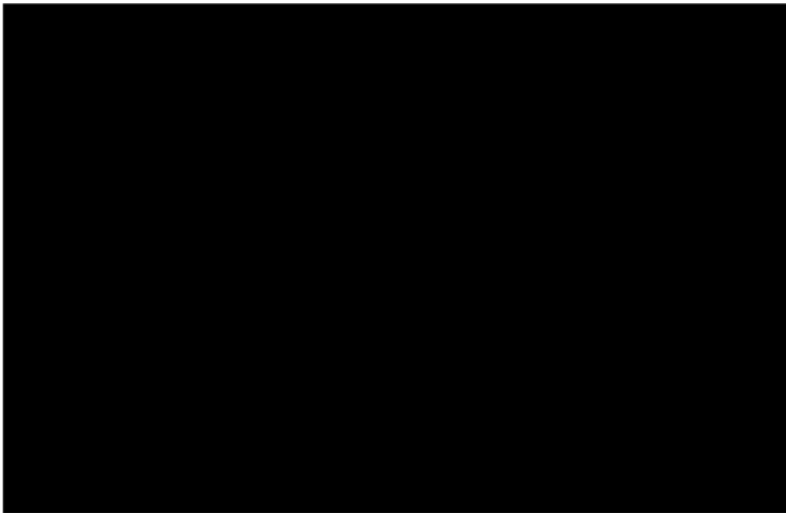
mit sich brachte. Somalia war die erste und gleichzeitig letzte UNO- Blauhelmmoperation mit amerikanischer militärischer Beteiligung. Diese Zurückhaltung führte bei der nächsten Katastrophe in Afrika zu besonders furchtbaren Konsequenzen.

Ruanda

Die Katastrophe spielte sich in Ruanda ab. Von einem Hügel oberhalb der Landebahn in der Hauptstadt Kigali hatten Unbekannte am Abend des 6. April 1994 mit zwei Raketen den Falcon-Jet des damaligen Hutu-Präsidenten abgeschossen und damit ein beispielloses Blutbad ausgelöst: die Hutus massakrierten meist mit Macheten innerhalb von 100 Tagen etwa 800.000 Tutsis. Die Welt schaute zu. Auch in Washington dachte niemand an eine Intervention. Somalia war noch nicht vergessen. Den USA ging es ausschließlich darum, die Amerikaner aus dem Land zu bringen. Clinton bekannte später einmal, Ruanda sei sein schlimmster außenpolitischer Fehler gewesen. „Das Thema ist nicht ein einziges mal im Kabinett diskutiert worden. Ich habe es vermässelt.“ („*I blew it.*“)



Harry S. Truman Presidential Library, Independence, Missouri



William J. Clinton Presidential Library, Little Rock, Arkansas

11 Minuten nach Inkrafttreten der Unabhängigkeit Israels erkennt US-Präsident Harry S.Truman den neuen Staat an. Damit beginnt der israelisch-palästinensische Konflikt, der 45 Jahre später beendet schien. Nach Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung am 13. September 1993 in Washington: Israels Premierminister Rabin, US-Präsident Clinton, PLO-Führer Arafat.

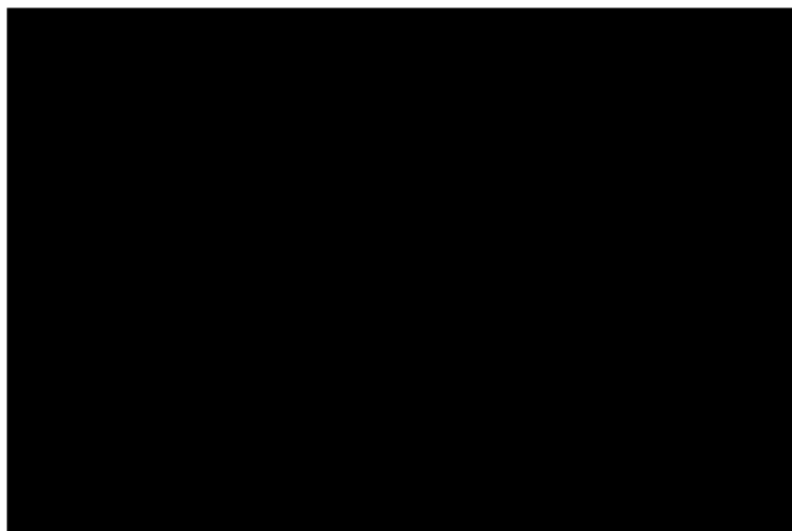
Der Nahe und Mittlere Osten

„Amerika der entscheidende Faktor.“

Der Einfluss des „amerikanischen Jahrhunderts“ auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens lässt sich in drei Schlüsselbegriffen definieren: Öl, Israel und der „Krieg gegen den Terror“, wobei letzterer mit zum Niedergang dieses Jahrhunderts in Afghanistan, im Irak, in Syrien und schon vorher im Iran entscheidend beitrug.

F. D. Roosevelt trifft König Ibn Saud

Seit 1945 ist der Nahe und Mittlere Osten eines der Hauptfelder der amerikanischen Politik. Es ging um die Sicherung des Öls für die USA – und um die Eindämmung des sowjetischen Einflusses in der Region. Im Mittelpunkt stand Saudi-Arabien, „die kostbarste Perle“ im Nahen Osten, wie das der amerikanische Botschafter in Jidda, William Eddy, 1945 formulierte. Um die Sicherung dieser „Perle“ mit ihren gigantischen Ölreserven ging es bei dem historischen Treffen zwischen Präsident Roosevelt und dem saudischen König Ibn Saud am 14. Februar 1945 an Bord des Kreuzers USS *Quincy*, der im Großen Bittersee am Suezkanal ankerte. Es war ein historisches Treffen. Roosevelt hegte gewisse Sympathien für die Zionisten. Als er den König fragte, ob der einer weiteren Zuwanderung von Juden nach Palästina zustimmen würde, war die Antwort ein absolutes Nein. Die Stimmung besserte sich erst und wurde fast



U. S. Navy photo USA-C-545

14. Februar 1945, drei Tage nach der Konferenz von Jalta: Historisches Treffen zwischen US-Präsident Roosevelt und dem König von Saudi Arabien, Ibn Saud, an Bord des Schweren Kreuzers USS *Qincy* auf dem Bittersee im Suezkanal (links Admiral William Leahy, der persönliche militärische Berater des Präsidenten). Dies ist der Beginn einer auf saudi-arabisches Öl und amerikanische Waffen gegründete strategische Partnerschaft, die bis heute anhält.

euphorisch, als Roosevelt die Versicherung abgab, er werde die Juden niemals auf Kosten der Araber unterstützen. Mit dem Austausch opulenter Gastgeschenke wurde die strategische Partnerschaft zwischen diesen beiden Ländern besiegelt, einer Partnerschaft, die alle Stürme der Zeit überstehen sollte.

Ohne Truman kein Israel

Ähnlich auch die Partnerschaft mit Israel, auch wenn dies bei der Gründung dieses Staates keinesfalls ein Thema war.

Entgegen schwersten Bedenken des State Department – allen voran Außenminister George Marshall – erkannte US-Präsident Truman den Staat 11 Minuten nach Inkrafttreten von dessen Unabhängigkeit um Mitternacht des 14. Mai 1948 an. Eine Maßnahme, die innenpolitischem Kalkül entsprang: Truman hegte keine besondere Sympathie für Juden, aber für die Präsidentschaftswahl im Herbst galt es, die 4,6 Millionen jüdischen Stimmen in den USA zu gewinnen. Verkürzt könnte man sagen: ohne Truman kein Israel. Auf der anderen Seite gilt gleichermaßen, dass es ohne Zustimmung Stalins wohl auch kein Israel gegeben hätte. Was 1946 nicht gelungen war, erhoffte sich Stalin jetzt mit Hilfe Israels: Einfluss im Nahen Osten bei gleichzeitiger Schwächung der Briten und Amerikaner dort. 1946 hatte er die alliierte Vereinbarung, sich sechs Monate nach Ende des Krieges in Japan aus dem Iran zurückzuziehen, gebrochen und in den iranischen Provinzen Aserbaidschan und Kurdistan ihm genehme Regimes installiert. Am 6. März 1946 hatte Truman dann unter Androhung militärischer Maßnahmen den „sofortigen“ Rückzug der Sowjets gefordert, was die wenig später auch getan hatten, allerdings nicht ohne Mitnahme von 11 Tonnen Gold aus Teheran.

Stalins Kalkül mit Blick auf Israel ging nicht auf. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem für Israel siegreichen Unabhängigkeitskrieg 1948/49 spielte zunächst der US-Diplomat Ralph Bunche eine entscheidende Rolle. Beim Koreakrieg stand Israel an der Seite des Westens.

Mossadegh und der Iran 1953

1953 stand der Iran im Mittelpunkt des politischen Geschehens. Im Kern ging es um das britische Ölmonopol im Iran. Seit Jahrzehnten beutete die britische *Anglo-Iranian Oil Company* (AIOC) das Land aus. 1951 forderte der demokratisch gewählte Ministerpräsident Mohammad Mossadegh einen

50-Prozent-Anteil am Gewinn der Company; der betrug nur 20 Prozent gegenüber 50 Prozent der umliegenden Ölförderländer. AIOC lehnte ab, worauf das Parlament ein Gesetz verabschiedete, dass die entschädigungslose AIOC-Verstaatlichung vorsah. Die Truman-Administration empfahl den Briten, die 50:50-Lösung zu akzeptieren, was die aber ablehnten und stattdessen eine Militäraction vorbereiteten, um die Ölfelder im Südwesten des Iran zu besetzen. Das wiederum lehnte Truman ab. Inzwischen verschärfte sich die Situation im Iran. Als Mossadegh eine Art Allianz mit der kommunistischen Tudeh-Partei zur Stärkung seiner Position suchte, bereitete eine Gruppe Offiziere unter Führung von General Fazlollah Zahedi einen Putsch gegen Mossadegh vor – mit Rückversicherung durch die Briten. Entsprechende Informationen erreichten Mossadegh, der daraufhin im Oktober 1952 die diplomatischen Beziehungen zu London abbrach.

AICO wurde verstaatlicht, seit Ende 1951 gab es die staatliche *National Iranian Oil Company*. Washington befürchtete damals, dass die Verstaatlichungspolitik Teherans ein Präzedenzfall für US-Erdölkonzessionen im gesamten Nahen Osten werden konnte. Von daher wurden *Jersey Standard* und andere multinationale US-Unternehmen aufgefordert, AICO bei dessen Bemühen um einen weltweiten Iran-Ölboykott zu unterstützen. Mit Erfolg: Anfang 1953 war der iranische Öl-Export von 666.000 Barrel auf 22.000 pro Tag zurückgegangen. Als Mossadegh Washington daraufhin um finanzielle Hilfe bat und andeutete, dass er wegen des Boykotts möglicherweise in Ländern des Sowjetblocks neue Märkte für sein Öl suchen müsse, reagierte Washington.

Für Außenminister Dulles war schon das Zusammenspiel Mossadeghs mit der Tudeh-Partei der Beginn einer Katastrophe, an deren Ende er den Verlust des gesamten Öls im Nahen Osten für den Westen befürchtete. Der Sturz Mossadeghs war damit vorgezeichnet, ein entsprechender Beschluss wurde am 3. Februar 1953 in Washington gefasst. Der Schah stimmte wenig später zu. Die CIA unter Führung des für den Nahen Osten

zuständigen Agenten Kermit Roosevelt organisierte die *Operation Ajax*. Als sie anlief, flüchtet der Schah, zuerst nach Bagdad, dann nach Rom. Von der CIA organisierte Massendemonstrationen führten am 19. August 1953 zum Sturz Mossadeghs. Der Schah kehrte zurück und ließ hunderte von Mossadegh-Anhängern töten. Zu Roosevelt meinte er: „Ich verdanke meinen Thron Gott, meinem Volk, meiner Armee – und Ihnen.“

Der neue Premier Zahedi teilte die Ölfördermengen ganz im Sinne der CIA auf: 40 Prozent für die Briten, 40 Prozent für US-Unternehmen, 6 Prozent für die Franzosen und 14 Prozent für die Holländer. Mossadegh stand bis zu seinem Tod 1967 unter Hausarrest, während der Iran unter Schah Pahlavi bis 1979 zu den treuesten Verbündeten der USA im Nahen Osten gehörte und neben Saudi-Arabien zum Hauptwächter der US-Interessen am Persischen Golf wurde.

Die Erinnerung an Mossadeghs Sturz spielt bis heute im Iran eine wichtige Rolle in den Beziehungen zu den USA, während in den USA die Erinnerung mit der Geiselnahme 1979 beginnt (siehe Seite 139).

Bagdad-Pakt und Suezkrieg

Die CIA-Operation im Iran war so etwas wie die von Außenminister Dulles proklamierte *roll back*-Politik *in action*. Dem diente auch die 1955 erfolgte Gründung des Bagdad-Paktes mit Großbritannien, Irak, Iran, Pakistan und der Türkei. Die USA traten dem Pakt zwar offiziell nicht bei, investierten aber enorme Summen für den Aufbau der nationalen Armeen dieser Länder.

Auch wenn der Bagdad-Pakt damals oft mit der NATO verglichen wurde – dieser Vergleich hinkte. Eine erfolgreiche Bündnispolitik war aus zwei Gründen nicht möglich. Zum einen wegen Israel. Für die arabischen Staaten war nicht die Sowjetunion der Feind Nummer 1, sondern der 1948 gegründete

jüdische Staat. Die Araber waren überzeugt davon, dass die USA Israel vorrangig unterstützten, und das wiederum, so die CIA, „ist verantwortlich dafür, dass wir Einfluss und Prestige in der arabischen Welt verloren haben“. Und von daher machte US-Präsident Eisenhower jetzt klar, „dass die USA unter keinen Umständen die Israelis gegenüber den Arabern bevorzugen“. Die USA distanzierten sich gleichzeitig auch von den europäischen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich, die, so Dulles zu Eisenhower, „wie Mühlsteine um unseren Hals hängen“.

Der zweite Grund war Iraks Ministerpräsident Nuri Said, Nassers Rivale in der Führung der arabischen Welt. Said war ein Mann der Briten, für Ägyptens Regierungschef Nasser ein „Lakai des westlichen Imperialismus“.

Dem „inneren Kern“ der arabischen Staaten, vor allem Ägypten, ging es in erster Linie darum, in einem neuen Waffengang gegen Israel die Niederlage des Jahres 1948 wettzumachen, weniger darum, ein vom „imperialistischen“ Westen gefördertes Verteidigungsbündnis gegen den „fernen“ Feind Sowjetunion zu unterstützen.

Mit Beginn der sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten im September 1955 und im Oktober der Einrichtung eines gemeinsamen Militärkommandos zwischen Ägypten und Syrien, dem sich wenig später auch Jordanien anschloss, begann der Countdown für den nächsten Krieg, den Suezkrieg. Das Ende des Krieges bedeutete gleichzeitig das politische Ende des britischen Premierministers Eden und das Ende der britischen Vormachtstellung im Nahen Osten. Diese Rolle übernahmen nun endgültig die USA.

Washington war mehr denn je davon überzeugt, dass die Sowjets „subversiv“ im Nahen Osten tätig waren und eine direkte Bedrohung der westlichen Interessen darstellten. Öffentlich wurde daher ein verstärktes amerikanisches Engagement in der Region verkündet, das am 5. Januar 1957 in die „Eisenhower-Doktrin“ mündete und am 9. März 1957 vom Kongress gebilligt wurde. Die Administration wurde damit ermächtigt,

militärisch gegen eine vom „internationalen Kommunismus“ gesteuerte Aggression eines Landes im Nahen Osten vorzugehen und Wirtschafts- und Militärhilfe jenen Staaten dort zu gewähren, die bereit waren, sowjetischem Druck zu widerstehen. Diese Unterstützung wurde schon bald auf andere Länder ausgeweitet: 1958 standen etwa 45 Staaten auf der Liste der USA.

Israel war zunächst nicht bereit gewesen, nach dem Suezkrieg seine Truppen aus dem Sinai zurückzuziehen – unter Missachtung der UNO-Resolution vom 7. November 1956. Die USA übten massiven Druck aus: Wirtschaftshilfe wurde eingestellt, UNO-Sanktionen und sogar der Ausschluss aus der UNO angedroht. Am 7. März 1957 verließen dann die letzten israelischen Soldaten ägyptisches Gebiet. Im Gaza-Streifen und in Sharm el Sheik zogen Einheiten der UNO-Friedenstruppe ein.

In Washington ging es damals um die Frage, ob eine Unterstützung Israels militärisch, politisch und moralisch für die USA von Vorteil sei, Israel als eine Art Bollwerk gegen die sowjetische Durchdringung des Nahen Ostens, das die Nachteile mit Blick auf die Araber aufwiege. Dieser Sicht der sogenannten „Globalisten“ stand die Sicht der „Regionalisten“ gegenüber, die Israel eher als Belastung sahen. Israel, so argumentierten sie, öffne gerade die Türe für eine sowjetische Penetration des Nahen Ostens und verhindere dadurch gute Beziehungen zwischen den USA und den arabischen Ländern. Tatsache ist, dass in den folgenden Jahren finanzielle und militärische Hilfe nicht aus den USA, sondern aus Frankreich und vor allen Dingen aus der Bundesrepublik Deutschland kam. Es waren denn auch französische Mirage-Düsenjäger, die Israel zum Sieg im Sechstagekrieg 1967 führten.

Um zu verhindern, dass die Sowjetunion das nach dem Suezkrieg entstandene Vakuum füllen würde, plädierten die amerikanischen Militärs jetzt für einen Beitritt der USA zum Bagdad-Pakt, das hieß, auch für eine Garantie der Grenze des Irak, des einzigen arabischen Paktmitglieds. Dulles lehnte ab. Er sah bei einem solchen Schritt große Probleme mit Israel, für das der US-Senat ebenfalls eine Grenzgarantie fordern würde – mit

negativen Auswirkungen auf das Verhältnis der USA zu den arabischen Staaten. Die USA traten dem Pakt nicht bei.

Als am 14. Juli 1958 General Qassim in Bagdad putschte und Nuri Said getötet wurde, gingen einen Tag später 5.000 US-Marines in Beirut an Land. Kurz darauf landeten britische Fallschirmjäger in Amman, wo König Hussein westliche Hilfe angefordert hatte. Es galt, Jordanien und den Libanon als pro-westliche Restbastionen zu erhalten. 1959 trat der Irak dann aus dem Pakt aus, der sich in CENTO (*Central Treaty Organization*) umbenannte. Die USA wurden auch hier offiziell nicht Mitglied, finanzierten aber fast alles. Um das Engagement mit den Paktstaaten zu demonstrieren, erhielten deren Führer sogar eine eher seltene Einladung, an einem Atomtest in Nevada teilzunehmen.

Johnson und der Sechstagekrieg

Am 5. Juni 1967, einem Montag, starteten 183 israelische Kampfflugzeuge zu einem Präventivschlag gegen Ägypten. Die zweite Angriffswelle begann um 9.34 Uhr. Ägypten verlor drei Viertel seiner Luftstreitkräfte. Der dritte Nahostkrieg – nach 1948/49 und 1956 – war nicht einmal drei Stunden alt, da stand der Sieger bereits fest: Israel.

Bei Beginn des Krieges war die Haltung der USA entscheidend gewesen. Präsident Lyndon B. Johnson hatte mitteilen lassen, Israel werde „nicht allein sein, es sei denn, es handelt allein“. Daraufhin war es am 29. Mai im israelischen Kabinett zu einem Patt gekommen: Neun Minister waren für, neun gegen einen Präventivschlag. Also kein Krieg.

Das erregte damals den Zorn der israelischen Generäle, der Ruf nach dem „starken Mann“ ertönte immer lauter. Schließlich wurde am 1. Juni eine „Regierung der nationalen Einheit“ gebildet, in der Moshe Dajan, der Held des Suezkrieges 1956, Verteidigungsminister wurde.

Am 4. Juni beschloss die Regierung einstimmig, nicht länger zu warten. Ausschlaggebend dafür war die Meldung des Chefs des israelischen Geheimdienstes Mossad, Meir Amit, der sich inkognito in Washington aufgehalten hatte und mit dem Eindruck zurückkehrte, dass dort niemand Nein zum Krieg gesagt hatte.

Am Morgen des 5. Juni wurde der Erstschiß geführt, dann stieß die israelische Armee in Richtung Suezkanal vor. Am 6. Juni erklärte der ägyptische Verteidigungsminister Amr im Auftrag Nassers dem sowjetischen Botschafter, die Lage sei so ernst, dass es „notwendig ist, die Feuertellung bis 5.00 Uhr früh zu erreichen“.

Ähnlich katastrophal war auch die Lage der jordanischen Armee, obwohl die Kämpfe in Jordanien und besonders um Jerusalem die verlustreichsten der israelischen Armee waren. Am 6. Juni teilte König Hussein dem sowjetischen Botschafter mit:

„Das ist der schwerste Tag in meinem Leben. Nur die unverzügliche Feuertellung kann Jordanien retten.“ In Ost-Jerusalem wurde zu dem Zeitpunkt um jede Straße und jedes Haus gekämpft. Am 7. Juni erreichten israelische Truppen, an ihrer Spitze Moshe Dajan, die Klagemauer, wo der Verteidigungsminister erklärte:

„Wir haben das geteilte Jerusalem, die gesplaltene Hauptstadt Israels, von neuem vereint; wir sind zu unseren heiligen Stätten zurückgekehrt, um uns nie wieder von ihnen zu trennen.“

Am 9. Juni zog Israel seine Streitkräfte im Norden zusammen und eroberte den Golan. Die syrischen Absperungen wurden durchbrochen. Gegen Mittag des 10. Juni fiel Kuneitra, der Hauptstützpunkt der Syrer auf dem Golan. Der Weg nach Damaskus war frei. In dieser dramatischen Situation bat die Regierung Syriens die Sowjetunion geradezu verzweifelt, „beliebige Schritte zu unternehmen, und zwar in den nächsten zwei bis drei Stunden, da es sonst zu spät sein würde“.

Moskau brach die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab und übermittelte Präsident Johnson dann folgende Botschaft:

Sollte Israel die Kriegshandlungen nicht in den allernächsten Stunden beenden, sähe sich die Sowjetunion „zu selbstständigen Handlungen“ gezwungen – auch auf das Risiko eines militärischen Konflikts mit den USA hin.

In Washington erkannte man den Ernst der Situation, im Weißen Haus herrschte höchste Anspannung. Für Verteidigungsminister Robert McNamara war der Inhalt der sowjetischen Botschaft unmissverständlich:

„Herr Präsident, wenn Sie Krieg wollen, werden Sie Krieg bekommen.“

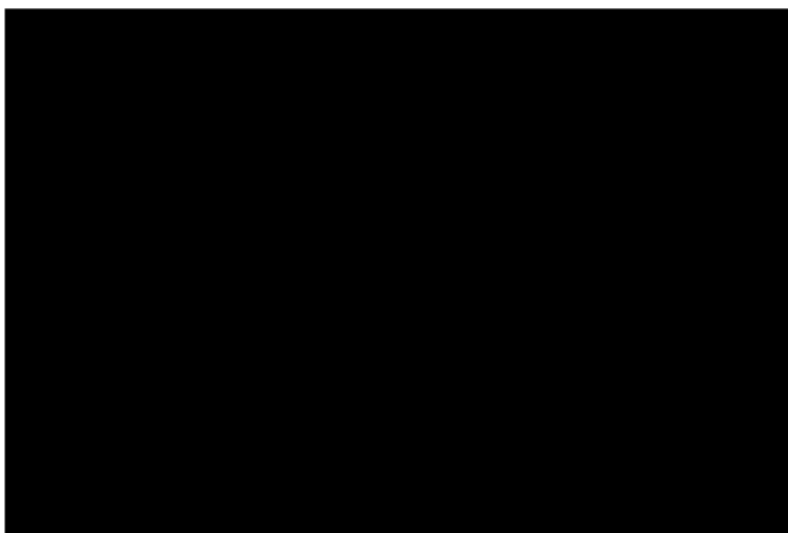
Johnson wollte keinen Krieg – er hatte bereits einen in Vietnam.

Im von den Syrern verlassenen Kuneitra stoppten die Israelis ihren Vormarsch und stimmten am 10. Juni, um 18.30 Uhr, der Forderung der Vereinten Nationen nach Feuereinstellung zu. Der Sechstagekrieg hatte von 5. bis 10. Juni gedauert, eine knappe Woche, die das Leben der Menschen in den beteiligten Staaten vollkommen veränderte. Das von Israel eroberte Gebiet war dreimal so groß wie sein eigenes Territorium und hatte eine Million Einwohner.

Dieser Krieg war nicht nur ein Wendepunkt für die USA, sondern für alle am arabisch-israelischen Konflikt Beteiligten. Von nun an galt in Washington jedenfalls bei allen Überlegungen: Israel zuerst! Auch dank der starken jüdischen Lobby in den USA.

Nixon und der Yom Kippur-Krieg 1973

Im September 1970 starb Ägyptens Führer, Nasser. Sein Nachfolger wurde Anwar as-Sadat. Dessen Kriegsdrohungen nahm man nicht ernst, da seinen zahlreichen Ankündigungen zur Rückeroberung der besetzten Gebiete keine Taten folgten. Bis zum 6. Oktober 1973. An jenem Samstag, Yom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, griffen ägyptische und syrische



Wikipedia

Am 6. Oktober 1973, Yom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, starten die Ägypter am Suezkanal und die Syrer auf den Golanhöhen einen koordinierten Angriff gegen Israel. Im Gefühl des Sieges vom Sechstagekrieg 1967 wird Israel vollkommen überrascht und gerät an den Rand des Untergangs. Die USA retten Israel.

Einheiten in einer koordinierten Aktion an zwei Fronten gleichzeitig an: am Suezkanal und auf den Golanhöhen. Im Gefühl des Sieges von 1967 wurde Israel vollkommen überrascht und musste in den ersten Tagen schwere Verluste hinnehmen.

Am Vormittag des 7. Oktober hatten die syrischen Verbände die Verteidigungslinie auf den Golanhöhen durchbrochen und stießen ins Jordantal vor. Israel verlor 100 Panzer, die restlichen hatten keine Munition mehr. Trotz der katastrophalen Lage an der Sinaifront zog der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General Benny Peled, sämtliche Flugzeuge von dort ab und setzte sie gegen die Syrer ein.

Die Lage an der Suezfront war ebenfalls katastrophal. In der ersten Minute ihres Angriffs hatten die Ägypter 10.500

Granaten auf die israelische Bar-Lev-Verteidigungslinie gefeuert und gleichzeitig mit Hochdruckwasserpumpen Schneisen in den 10 Meter hohen, zumeist aus Sand bestehenden Wall für einen Durchbruch geschossen. Auf elf Pontonbrücken überquerten sie anschließend den Kanal. Am 7. Oktober befanden sich 100.000 Soldaten, 1.020 Panzer und 13.500 Militärfahrzeuge auf dem Ostufer und stießen unter dem Schutz ihrer SAM-Raketen 20 Kilometer vor. Eine israelische Gegenoffensive am 8. Oktober, Montag, scheiterte und wurde zu einem „Albtraum für jede Panzerbesatzung“, wie General Ariel Sharon das Desaster beschrieb. Hunderte Soldaten fielen, es gab zahlreiche Gefangene. Die Ägypter setzten modernste sowjetische SAM-Raketen ein: 400 Panzer und 49 Flugzeuge, davon 14 Phantomjäger, gingen verloren.

In Washington fragte Außenminister Henry Kissinger den israelischen Botschafter Simcha Dinitz am 9. Oktober ungläubig: „Erklären Sie mir bitte, wie 400 Panzer an die Ägypter verloren gehen konnten?“ Dinitz bat dringend um amerikanische Waffen.

Die wurden geliefert, und die Israelis gingen zur Gegenoffensive vor. Am 10. Oktober bombardierte die Luftwaffe Damaskus. Um den Vormarsch der Israelis zu stoppen, wollte Syriens Präsident Hafez al-Assad jetzt einen Waffenstillstand. Gleichzeitig war Moskau davon überzeugt, dass die Ägypter keine größeren Erfolge mehr erzielen würden und schlug Washington einen Waffenstillstand vor. Kissinger verhielt sich zurückhaltend, verwies auf innenpolitische Probleme (Rücktritt von Vizepräsident Agnew), machte aber Israels Botschafter klar, was er wollte: „Alles hängt davon ab, dass Israel so schnell wie möglich die verlorenen Positionen zurückerobert. Wir können nicht ewig einen Waffenstillstand verhindern.“ Von dem Moment an spielten die USA die entscheidende Rolle und retteten Israel vor dem Untergang:

Präsident Nixon traf die Entscheidung für eine massive Luftbrücke! 25 Großraumflugzeuge flogen ab dem 12. Oktober täglich 1.000 Tonnen Kriegsmaterial nach Israel. Als die

ersten Flugzeuge landeten, brach Golda Meir in Tränen aus. „Es war eine unschätzbare Hilfe“, notierte sie im Rückblick. „Sie machte uns nicht nur neuen Mut, sondern verdeutlichte den Sowjets auch die Haltung der USA. Sie trug auch zweifellos dazu bei, dass unser Sieg überhaupt möglich wurde.“ Kissinger intern: „Die Kämpfe müssen weitergehen, damit die Araber und nicht wir um einen Waffenstillstand bitten.“

Sadat lehnte im Gefühl des Sieges weiter einen Waffenstillstand ab – und machte dann einen schwerwiegenden Fehler: Er befahl, weiter nach Osten vorzustoßen. Damit verließen die ägyptischen Panzer den 30 Kilometer Schutzschirm ihrer SAM-Raketen. Mit katastrophalen Folgen. Auf 1.000 ägyptische Panzer warteten jetzt 750 israelische. Es kam zur größten Panzerschlacht seit dem Zweiten Weltkrieg, die zu einer schweren Niederlage der Ägypter führte: Am 14. Oktober hatten sie 250 Panzer verloren, die Israelis nur 20. Hunderte ihrer Soldaten waren tot. Israels ehemaliger Generalstabschef Bar-Lev: „Es war wie in alten Zeiten.“

Am 16. Oktober überquerten die Israelis unter Führung von Ariel Sharon den Suezkanal und erweiterten in den nächsten Tagen ihren Brückenkopf. Wenig später standen sie zur Überraschung und zum Entsetzen der Ägypter 70 km vor Kairo. Auf dem Ostufer waren die Israelis dabei, die 3. ägyptische Armee – 20.000 Mann – einzukesseln.

Die gesamte politische Entwicklung steuerte ihrem Höhepunkt zu, weil gleichzeitig die arabischen Länder erstmals in der Geschichte Öl als Waffe einsetzten, ein Ölembargo gegen die USA und die Niederlande verkündeten und Saudi Arabiens König Faisal zum Dschihad, dem Heiligen Krieg, gegen Israel aufrief.

Am 18. Oktober wollte Sadat einen Waffenstillstand. Der sowjetische Parteichef Breschnew bat Präsident Nixon, Kissinger nach Moskau zu entsenden, um dort einen Waffenstillstand auszuarbeiten. Die dann in Moskau erzielte Einigung wurde am 22. Oktober um 00:52 Uhr als Resolution 338 vom UNO-Sicherheitsrat angenommen. 12 Stunden später sollte

der Waffenstillstand in Kraft treten. Die Kriegsparteien wurden aufgefordert, Verhandlungen für einen „gerechten und dauerhaften Frieden“ im Nahen Osten auf der Basis der Resolution 242 zu beginnen.

Der Waffenstillstand war noch nicht in Kraft getreten, da wurde er schon von beiden Seiten gebrochen. Die israelischen Truppen auf der Westseite des Kanals wurden massiv verstärkt, gleichzeitig die 3. ägyptische Armee vollständig eingekesselt. Kissinger hatte Golda Meir versichert: „Wenn die israelischen Truppen in der Nacht agieren, während ich im Flugzeug sitze, wird es keinen lauten Protest aus Washington geben.“

Moskau sah das anders. Breschnew: „Kissinger hat uns zum Narren gehalten und einen Deal mit Tel Aviv ausgehandelt.“ Zum ersten Mal seit 1967 benutzte er wieder den „heißen Draht“ – die 1963 nach der Kubakrise eingerichtete Fernschreibverbindung zwischen Moskau und Washington –, sprach von „Verrat“ und verlangte von Nixon eine sofortige Aktion gegen Israel. Die erfolgte dann auch. Kissinger forderte Tel Aviv jetzt auf, den Waffenstillstand einzuhalten, der mit der neuen UNO-Resolution 339 am 23. Oktober bestätigt wurde und am 24. Oktober in Kraft treten sollte – und anschließend wieder gebrochen wurde.

Breschnews schlug jetzt vor, dass sowjetische und amerikanische Streitkräfte gemeinsam für die Einhaltung des Waffenstillstands sorgen sollten – und drohte gleichzeitig: Würde Washington ablehnen, würde Moskau allein handeln und mit Truppen im Nahen Osten intervenieren. Für Kissinger war das „praktisch ein Ultimatum“. Inzwischen waren sieben sowjetische Luftlandedivisionen – 50.000 Mann – einsatzbereit, zahlreiche sowjetische Schiffe hatten bereits Kurs auf Alexandria genommen. Kissinger: „Wir müssen in den Ring steigen.“ Was dann auch massiv geschah! Die USA riefen am 25. Oktober für ihre Truppen weltweit die Alarmstufe DEF-CON 3 (*Defense Condition*) aus und bereiteten den Einsatz von Atomwaffen vor. Gleichzeitig schlugen sie eine multilaterale Friedenstruppe der UNO vor, die den Waffenstillstand

überwachen sollte. Die Zusammensetzung sollte UNO-Generalsekretär Waldheim überlassen bleiben. Breschnew stimmte zu. Das Ergebnis war die UNO-Resolution 340, die vom Sicherheitsrat am 25. Oktober beschlossen wurde. Der Yom Kippur-Krieg war damit offiziell beendet.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen begann Kissinger das, was als „shuttle-Diplomatie“ in die Geschichte eingegangen ist: seine Reisen zwischen Kairo, Tel Aviv und Damaskus. Die USA waren definitiv die Schutzmacht Israels geworden. Gleichzeitig bewegte sich Sadat auf die USA zu. Von nun an galt, was Kissinger in seinen „Erinnerungen“ so formulierte: „Amerika war zum entscheidenden Faktor in der Nahost-Politik geworden.“

Carter und das Camp David-Abkommen 1978

Im Juni 1977 gewann die rechte Likudpartei unter Führung von Menachem Begin die Wahl in Israel. Begin galt als nationalistischer Hardliner. Sollte sich überhaupt noch etwas in der Nahostpolitik bewegen, so war mehr denn je amerikanische Vermittlung gefragt. Präsident Carter versuchte eine Lösung des Problems – und machte dabei gleich zu Beginn einen schweren Fehler, als er als erster US-Präsident öffentlich den Palästinensern das Recht auf Heimat (*national home*) zusprach und bereit war, sie als Verhandlungspartner zu akzeptieren, wenn sie den Staat Israel anerkennen würden. Gleichzeitig wollte er die Sowjets am Friedensplan beteiligen.

Begin und die jüdische Lobby in den USA lehnten das ab. Eine Beteiligung Moskaus kam allerdings auch für Ägyptens Präsident Sadat nicht in Frage, hatte er doch 1972 den Abzug der Sowjets aus Ägypten durchgesetzt. Ohne Unterrichtung Carters bot Begin jetzt Sadat einen separaten Frieden an. Dafür war er bereit, die seit 1967 von den Israelis besetzte Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückzugeben, falls Ägypten Israel

diplomatisch anerkennen würde. Gleichzeitig lud er Sadat nach Israel ein. Sadat akzeptierte und machte vom 19. bis 21. November 1977 seinen historischen Besuch in Jerusalem.

Das war zwar ein Durchbruch in psychologischer Hinsicht, Hoffnungen auf einen schnellen Friedensschluss erfüllten sich in den folgenden Wochen und Monaten aber nicht, bis Präsident Carter die Initiative ergriff und Begin und Sadat zu Gesprächen auf seinen Landsitz Camp David einlud – diesmal ohne Beteiligung der Sowjets. Begin und Sadat akzeptierten.

Am 5. September 1978 begannen in Camp David die „geheimsten Verhandlungen, die er je erlebt habe“, so der amerikanische Botschafter in Bonn, Walter Stoessel, später zu Bundeskanzler Helmut Schmidt. Nach 13 dramatischen Tagen, in denen alle Beteiligten hermetisch von der Öffentlichkeit abgeschottet waren und die Verhandlungen mehrfach unmittelbar vor dem Abbruch standen, einigte man sich auf zwei Rahmenabkommen, die zum Frieden im Nahen Osten führen sollten. Im ersten ging es um den Abschluss eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel innerhalb von drei Monaten; u. a. sollte sich Israel aus dem Sinai zurückziehen und die Siedlungen dort auflösen. Im zweiten sollte Israel innerhalb von fünf Jahren eine autonome Verwaltung der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen einrichten. Dafür waren Verhandlungen zwischen Israel, Ägypten, Jordanien und Palästinensern vorgesehen. Während dieser Zeit sollte Israel auf den Bau weiterer Siedlungen in den von ihm besetzten Gebieten verzichten. Die entsprechenden Dokumente wurden unter großem Medienaufwand am 17. September in Washington von Carter, Sadat und Begin unterzeichnet.

Die eigentlichen Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten begannen am 12. Oktober 1978 in Washington. Fünf Monate später, am 26. März 1979, unterzeichneten Sadat und Begin vor dem Weißen Haus in Washington den Friedensvertrag für ihre Länder. Darin verpflichteten sie sich u. a. auch zur Aufnahme von Verhandlungen über eine Autonomie der Palästinenser. Das aber seien, so der amerikanische

Botschafter in Israel, Samuel W. Lewis, „die größten Schwierigkeiten der Nahostpolitik“. Sadat zahlte für seinen Alleingang mit Israel, bei dem es ihm in erster Linie um die Rückgabe der Sinaï-Halbinsel gegangen war, mit seinem Leben. Am 6. Oktober 1981, am achten Jahrestages des Beginns des Yom Kippur-Krieges, wurde er Opfer eines Attentats.

Carter und die Geiseln im Iran

Am 16. Januar 1979 musste Irans Schah Mohammad Reza Pahlavi fluchtartig sein Land verlassen, zwei Wochen später kehrte der geistliche Führer Ayatollah Khomeini aus seinem Exil in Paris nach Teheran zurück. In den Beziehungen zwischen den USA und dem Iran begann eine neue Zeitrechnung. Noch zwölf Monate zuvor hatte Carter öffentlich das Regime in Teheran als „eine Insel der Stabilität in einem der unruhigeren Gebiete der Welt bezeichnet“. Nur fünf Monate zuvor hatte sich auch die CIA geirrt, als sie zu dem Schluss gekommen war: „Der Iran befindet sich nicht in einer revolutionären oder gar ‚vor-revolutionären‘ Situation.“ Er war es.

Das Jahr 1979 endete dann gleich mit zwei internationalen Krisen: Die erste begann am 4. November 1979. An diesem Tag besetzten etwa 400 iranische Studenten im Zuge der islamischen Revolution im Iran mit öffentlicher Billigung Khomeinis die US-Botschaft in Teheran und nahmen 58 Botschaftsangehörige als Geiseln (von denen später sechs entkommen konnten). Sie forderten die Auslieferung des Schahs, der sich seit dem 22. Oktober zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Carter ordnete einen Einfuhrstopp iranischen Öls in die USA und das Einfrieren sämtlicher iranischer Guthaben bei allen US-Banken an – immerhin fast 8 Milliarden US-Dollar –, Maßnahmen, die in der amerikanischen Öffentlichkeit „fast einhellig begrüßt“ wurden, wie der deutsche Gesandte Fredo Dannenbring aus Washington berichtete. Dannenbring weiter:

„Dabei steht nicht die tatsächliche wirtschaftliche Auswirkung der Entscheidung im Vordergrund, sondern die Erleichterung darüber, dass Carter mit ihr die amerikanische Entschlossenheit deutlich gemacht hat, sich in politischen und moralischen Grundsatzfragen nicht [...] erpressen zu lassen.“

Der Militärattaché an der deutschen Botschaft in Teheran, Oberst i. Generalstab Christian Meyer-Plath, kommentierte das Geschehen so: „Über den möglichen Ausgang der Botschaftsbesetzung kann man nur spekulieren. Beide Führer, Carter und Khomeini, stehen jedoch nach meiner Meinung unter Erfolgszwang. Carter und die Amerikaner können eine erneute Niederlage wohl nicht mehr hinnehmen, und Khomeini, der mit göttlicher Inspiration handelt, kann per definitionem keine Fehler machen. Dies lässt immer auch das Schlimmste möglich erscheinen.“

Und dann geschah das, was viele befürchtet hatten: Carter wollte das Geiseldrama mit militärischer Gewalt lösen. Das Kommandounternehmen *Eagle Claw* (Adlerklau) scheiterte allerdings in der Nacht vom 24. auf den 25. April katastrophal: Die Spezialeinheit kam gar nicht bis nach Teheran. Ein Sandsturm zwang zur Rückkehr; beim Rückflug kollidierten dann noch ein Hubschrauber und ein Transportflugzeug; es gab acht Tote und zwölf Verletzte auf amerikanischer Seite. Carters Niedergang war nicht mehr aufzuhalten.

Die Lösung der Geiselfrage kam von einer ganz anderen Seite: Am 20. September 1980 griff Iraks Diktator Saddam Hussein den Iran an, der jetzt Geld und Waffen brauchte. In der Fernsehdebatte mit dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan am 28. Oktober 1980 erklärte Carter, dass bei Freilassung der Geiseln die iranischen Guthaben in den USA sowie bereits vom Iran bezahlte Waffen aus US-Produktion freigegeben würden. Es war zu spät. Hinter den Kulissen lief bereits ein anderes Geschäft – und zwar mit den Republikanern. Carter verlor die Wahl, der Sieger hieß Ronald Reagan.

Am 19. Januar 1981 wurde ein iranisch-amerikanisches Abkommen zur Geiselfreilassung abgeschlossen. Am 20. Januar

1981, dem Tag der Vereidigung von Ronald Reagan, wurden die 52 Gefangenen nach 444 Tagen im Gegenzug zur Freigabe des iranischen Vermögens freigelassen. Khomeinis knapper Kommentar: „Jetzt brauchen wir sie nicht mehr.“

Reagan und Israel

Mit der neuen US-Administration von Ronald Reagan deuteten sich im amerikanisch-israelischen Verhältnis Probleme an. Hatte der neue amerikanische Außenminister Alexander Haig bei seinem Antrittsbesuch in Jerusalem Israel noch als „*permanent ally*“ bezeichnet, so wurde die „Tonart ganz unvermittelt rau“, als die amerikanische Regierung am 21. April 1981 den Verkauf von fünf AWACS-Systemen (*Airborne Warning And Control System*) und Zusatzausrüstungen für F-15 Kampffjets an Saudi Arabien ankündigte. Israel fürchtete um seine Sicherheit. Es drohte die „direkte Konfrontation“ mit der amerikanischen Regierung; israelische Regierungskreise zeigten sich „völlig kompromisslos“ – mit Erfolg in Washington: Das Weiße Haus verschob die Weiterleitung der Notifikation der AWACS-Lieferung an den Kongress auf die Zeit nach den israelischen Wahlen am 30. Juni 1981, die der Likud-Führer Begin knapp gewann. Ein Jahr später gab es eine neue Entwicklung.

Begin und sein Verteidigungsminister Ariel Sharon eröffneten im Juni 1982 den Krieg gegen den Libanon mit dem Ziel, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO unter Führung von Yassir Arafat zu vernichten. Die Bombardierung West-Beiruts wurde dabei von Washington zwar kritisch gesehen, nachhaltige Konsequenzen blieben allerdings aus. Unter amerikanischer Vermittlung wurde jedenfalls im August 1982 der Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut organisiert, durchgeführt von einer internationalen Friedenstruppe von Franzosen, Italienern und 800 US-Marines.

Am 1. September 1982 verkündete Reagan dann in einer Fernseh- und Rundfunkansprache einen amerikanischen Friedensplan für den Nahen Osten. Israel lehnte ihn ab, während der Bürgerkrieg im Libanon unvermindert weiter ging – mit Konsequenzen für die USA dort. Im April 1983 gab es einen ersten Anschlag: 17 Amerikaner wurden getötet. Am 23. Oktober 1983 folgte der nächste Anschlag; 241 amerikanische Soldaten starben. Im Februar 1984 ordnete Reagan den Abzug aller Amerikaner aus dem Libanon an.

In Washington gab es unterdessen immer wieder Kritik an Israels Siedlungspolitik, was allerdings keinerlei Eindruck auf den Likud machte. Als im November 1984 Reagan wiedergewählt wurde, war man mehr als zufrieden. Reagan hatte sich in der Vergangenheit trotz allem stets als verlässlich und als weit weniger kritisch als sein Vorgänger Carter erwiesen; man nahm daher an, dass es an militärischer, wirtschaftlicher und diplomatischer Unterstützung auch in Zukunft nicht fehlen werde und war überzeugt, „dass von einem Freund kein unerträglicher Druck ausgehen wird“.

Das war so, und blieb auch unter Reagans Nachfolger George H.W. Bush so. Es gab jährliche Hilfszahlungen in Höhe von 3 Milliarden Dollar, dazu kamen noch Sonderzahlungen. Zwischen den USA und Israel bestand eine *special relationship* ohne formelles Bündnis.

Carter, Reagan und die Sowjets in Afghanistan

Am 27. Dezember 1979 überfielen 100.000 sowjetische Truppen Afghanistan. Für Carter war das „die größte Bedrohung des Friedens seit dem Zweiten Weltkrieg“. Ähnlich auch der deutsche NATO-Botschafter Rolf Pauls. Er sah in der Aktion eine „weiter reichende politische Konzeption“ der Sowjets: „Durch den Vorstoß in den Süden hat sich die Sowjetunion in eine ungleich günstigere Ausgangsposition gebracht, um

mit einem weiteren Schritt das gesamte nahöstliche Öl unter ihre Kontrolle zu bringen. Das verdeutlicht, was für Europa auf dem Spiele steht. Die Sowjetunion will Europa nicht militärisch forcieren, aber wenn es die für das europäische Überleben entscheidenden Rohstoffquellen unter seine Kontrolle bringt, kann sie Europa lahmlegen. Der Westen muss jetzt eine deutliche Linie ziehen, die nicht mehr überschritten werden darf.“

In seiner „Rede zur Lage der Nation“ am 23. Januar 1980 erklärte Carter den Mittleren Osten daher ausdrücklich als Einflussphäre der USA und verband das mit einer Warnung. Was als „Carter-Doktrin“ in die Geschichte eingegangen ist, formulierte er da so:

„Um unsere Position absolut klarzustellen: Jeder Versuch einer anderen Macht, Kontrolle über den Persischen Golf zu gewinnen, wird von uns als ein Angriff auf die Lebensinteressen der USA angesehen. Ein solcher Angriff wird mit allen erforderlichen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen werden.“

Carter wollte „Strafmaßnahmen“ gegen die Sowjetunion, von denen Bundeskanzler Helmut Schmidt allerdings überhaupt nichts hielt. Die Bundesrepublik sei an einer Bewahrung des militärischen Gleichgewichts interessiert, aber „zwei Millionen Berliner und 16 Millionen Deutsche in der DDR sind Geiseln. Und wenn es zu einem Krieg kommt, wären wir Deutschen ausgelöscht. Wir sind nicht weich.“

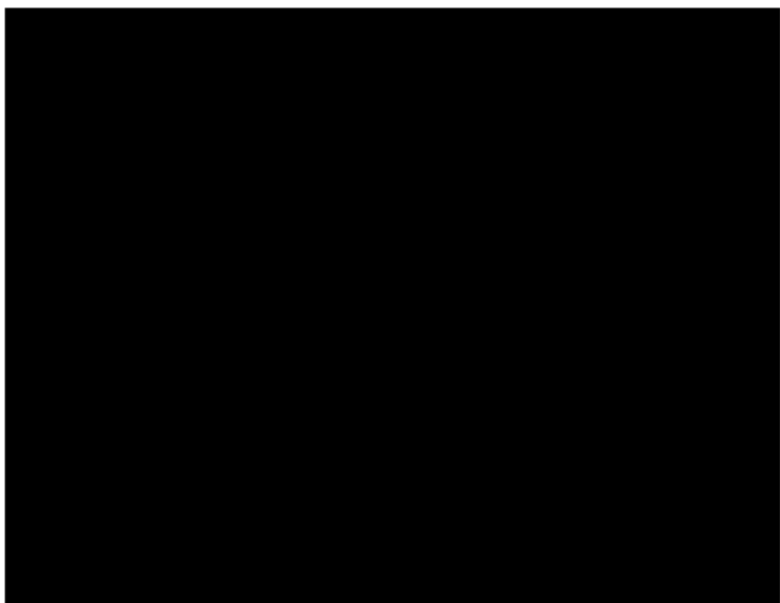
Am 5. März war Schmidt in Washington. Zu dem Zeitpunkt hatte Carter bereits die Teilnahme der USA an den Olympischen Sommerspielen in Moskau abgesagt. Dies sei „die wichtigste Frage“. Sie sei „emotional aufgeladen. Die amerikanische öffentliche Meinung fühlt sich in dieser Frage allein gelassen. Wir bitten Sie“, so Carter, „sich uns jetzt anzuschließen“. Schmidt machte deutlich, dass ihm der Gedanke des Boykotts nicht zusagte, er würde die innerdeutschen Sportbeziehungen zerstören, die in zehn Jahren aufgebaut worden seien. Aber auch andere Erleichterungen wie der innerdeutsche Reiseverkehr, der acht Millionen Besucher in der DDR

jährlich ermögliche, könnten aufhören, genauso wie die Repatriierung, die man in zehn Jahren aufgrund von Vereinbarungen entwickelt habe und die 250.000 Deutsche in Osteuropa in den Genuss der vollen Menschenrechte in der Bundesrepublik gebracht habe, könnte zum Erliegen kommen.

Im weiteren Verlauf des Gespräches fragte Carter dreimal, was man denn tun solle, um die Sowjets zum Rückzug aus Afghanistan zu veranlassen. Schmidt: Man brauche „Druck und Anreiz“. Und weiter: „Was soll geschehen, wenn die Olympischen Spiele vorüber sind und die Sowjetunion steht noch in Afghanistan?“ Auch gebe es Maßnahmen, die auf einen selbst zurückschlagen würden, zum Beispiel Beschränkungen im Handel mit der Sowjetunion. Immerhin erklärte er sich bereit, COCOM-Entscheidungen mitzutragen, d. h. keine Hochtechnologie in die Sowjetunion zu exportieren. Als Carter zum dritten Mal fragte, was er tun solle, meinte Schmidt, man müsse gemeinsam auf der Grundlage einer einheitlichen Strategie handeln und die westliche Verteidigungskraft stärken. Schmidts Antworten überzeugten Carter nicht: „Die Sowjets werden sich nicht aus Afghanistan zurückziehen.“

Mit Reagan änderte sich die Situation. Von nun an wurden die Mudschahedin-Widerstandsgruppen in Afghanistan massiv unterstützt. Sie erhielten amerikanische *Stinger*-Boden-Lufttraketen, die sie so erfolgreich einsetzten, dass sie schon bald die Lufthoheit in Afghanistan erlangten. Die Kämpfe in Afghanistan wurden von beiden Seiten äußerst brutal geführt. Am Ende konnten die 115.000 sowjetischen Soldaten nur die großen Städte kontrollieren, das Land gehörte den Mudschahedin.

1987 kündigte Gorbatschow das Ende des sowjetischen Engagements in Afghanistan an, der dann im Mai 1988 beschlossen wurde. Inzwischen gab es 13000 tote sowjetische Soldaten und 1 Million Tote Afghanen; 5 Millionen waren aus dem Land geflohen. Am 15. Februar 1989 verließ der letzte Sowjetsoldat Afghanistan. Afghanistan kam dennoch nicht zur Ruhe. Die Mudschahedin-Gruppen bekämpften sich jetzt



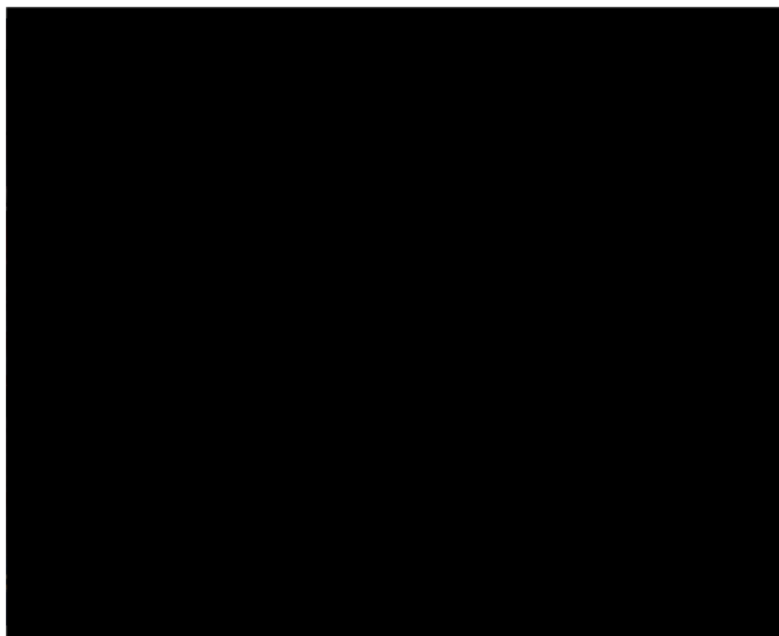
Wikipedia, RIA Novosti

Am 15. Februar 1989 verlassen die letzten sowjetischen Truppen Afghanistan. Genau zehn Jahre zuvor hatten sie das Land besetzt, um das dortige kommunistische Regime zu stützen. Afghanistan wird der Anfang vom Ende der Sowjetunion.

gegenseitig. Am Ende siegten die fundamentalistischen Taliban. Seit 2003 versuchen die USA und einige NATO-Verbündete, das Land zu stabilisieren – bislang ohne großen Erfolg.

George H. W. Bush und der Golfkrieg

Während sich die Deutschen auf die Vollendung ihrer Einheit vorbereiteten, entwickelte sich ein neuer Konflikt im Nahen Osten. Truppen des Irak unter seinem Diktator Saddam Hussein besetzten am 2. August 1990 Kuwait, das bis 1961 Teil



Alamy AH9B14

Siegesparade in Washington, D. C., nach Ende des Golfkrieges 1991. Den Sieg bei der Operation „Wüstensturm“ (*Desert Storm*) gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein kommentiert US-Präsident George H. W. Bush so: „Der Geist von Vietnam ist unter dem Sand der arabischen Wüste beerdigt worden.“

des Irak gewesen war. Mit Kuwait hätte Hussein 20 Prozent der globalen Erdölförderung kontrolliert. Präsident Bush stellte klar: „Diese Aggression kann nicht hingenommen werden,“ zumal einige Leute in Washington befürchteten, dass ein so gestärkter Irak auch für Israel und Saudi-Arabien gefährlich werden könnte. Die USA organisierten in den folgenden Wochen eine breite Koalition aus zahlreichen Ländern, um Hussein aus Kuwait zu vertreiben. Mit dabei waren Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien, worauf Bush besonders stolz war. Am 29. November erteilte die UNO ein Mandat, „alle notwendigen

Mittel“ anzuwenden, falls sich der Irak nicht bis zum 15. Januar 1991 aus Kuwait zurückgezogen hatte. Als Hussein diese Aufforderung ignorierte, begann am 17. Januar unter Führung der USA die Operation „Wüstensturm“ (*Desert Storm*), die nach 42 Tagen mit der Niederlage Husseins endete. „Der Geist von Vietnam ist unter dem Sand der arabischen Wüste beerdigt worden“, kommentierte Bush den Sieg. Und in den USA gab es erstmals wieder eine Konfetti-Siegesparade.

George H. W. Bush, Bill Clinton und Israel

Mit dem Golfkrieg hatten die USA ihre Führungsmacht im Nahen Osten für jeden sichtbar demonstriert. Für George Bush war denn auch der Moment gekommen, eine neue Nahost-Friedensinitiative zu ergreifen.

Am 30. Oktober 1991 eröffnete er gemeinsam mit dem – noch – sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow und König Juan Carlos in Madrid die in mehrfacher Hinsicht historische Konferenz: erstmals gab es Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern auf der Basis der UNO-Resolutionen 242 von 1967, Sechstagekrieg („Rückzug aus besetzten Gebieten“), und 338 von 1973 (Yom Kippur-Krieg) sowie dem Camp David-Abkommen von 1978. Wobei die Israelis allerdings jeweils separat mit Delegationen aus dem Libanon, Syrien und einer gemeinsamen jordanischen-palästinensischen Delegation verhandelten.

Die Erwartungen waren hoch, die Konferenz verlief dennoch erfolglos. Israels Regierungschef Shamirs Ziel war es, so meinte er ein Jahr später intern, „die Verhandlungen über palästinensische Selbstverwaltung zehn Jahre lang hinauszuziehen, während versucht werden sollte, hunderttausende Juden in den besetzten Gebieten anzusiedeln“. Entsprechend unbeweglich blieb er in den Verhandlungen in Madrid, selbst als George Bush damit drohte, einen 10 Milliarden Dollar-Kredit

für Israel zurückzuhalten. Das Israel des Jahres 1991 war ein selbstbewusster Staat geworden und nicht mehr das Israel des Jahres 1948.

Bemerkenswert war in Madrid die Zusammenarbeit zwischen Amerikanern und Palästinensern. Kontakte waren bereits zwei Jahre vorher aufgenommen worden, als die PLO entsprechende Bedingungen der USA akzeptiert hatte: durch die von PLO-Führer Arafat erfolgte öffentliche Ablehnung jeder Form von Terrorismus und die Anerkennung der Existenz Israels. Dies hatte den USA zur Anerkennung der PLO gereicht; in Tunis wurden anschließend erste Gespräche geführt.

In Madrid wiederholten die Palästinenser ihre Position: Friedensverhandlungen auf der Basis der UNO-Resolutionen 242 und 338 nach dem Prinzip: Land für Frieden. Israel lehnte ab. Die Amerikaner hatten bis zu diesem Zeitpunkt ihre grundsätzliche Haltung von 1967 nicht geändert, und die lautete ebenfalls: Land für Frieden; sie lehnten die Anerkennung der israelischen Annexion Ost-Jerusalems ab, genauso wie die israelische Siedlungspolitik.

Die Gespräche wurden anschließend in Washington fortgesetzt – ebenfalls ohne Ergebnis. Israelis und Palästinenser waren so weit auseinander, dass sie zwei Tage lang in den Korridoren des State Department darüber stritten, ob sie überhaupt den Konferenzraum betreten sollten, was sie dann nicht taten. Man nannte das später „Korridordiplomatie.“ Da half auch ein von den Amerikanern zur Verfügung gestelltes Sofa nicht. Einig war man sich nur darüber, dass der Kaffee im State Department ungenießbar war.

Ab 1990 wurde Israels Verteidigungsmister Rabin als Reaktion auf die anhaltende Intifada zu einem der wichtigsten Fürsprecher eines Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern und den arabischen Nachbarn. Er warnte vor einem Einfrieren der Gespräche und kündigte 1990 seine Kandidatur als Vorsitzender der israelischen Arbeiterpartei für die Knesset-Wahl 1992 an. Aus dieser Wahl ging die Arbeitspartei zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten als Sieger hervor, und

Rabin wurde im Juli 1992 Ministerpräsident. Seinen Vorgänger Shimon Peres machte er zum Außenminister, er selbst behielt das Verteidigungsministerium.

Als Premierminister machte Rabin den ersten Schritt auf dem Weg zum Frieden. In Oslo wurden geheime Friedensgespräche geführt. Voraussetzung war die gegenseitige Anerkennung von Israel und der PLO gewesen. Man einigte sich auf eine Prinzipienerklärung über die vorübergehende Selbstverwaltung der Palästinenser, die am 13. September 1993 auf Einladung von US-Präsident Bill Clinton in einer feierlichen Zeremonie auf dem Rasen vor dem Weißen Haus in Washington unterzeichnet wurde.

Nachdem Arafat und Rabin kurze Erklärungen abgegeben hatten, reichten sie sich die Hände: zwischen ihnen Bill Clinton, ein Bild, das um die Welt ging. Für viele Beobachter war dies ein historischer Moment, der den Anfang vom Ende des israelisch-palästinensischen Konfliktes symbolisierte. Minuten vorher hatten sie in einer feierlichen Zeremonie die in Oslo ausgehandelte Prinzipienerklärung über die Selbstverwaltung der Palästinenser unterzeichnet.

Die Prinzipienerklärung war kein Vertrag, sondern zunächst nur eine Rahmenvereinbarung. Für einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren sollte für das palästinensische Volk im Westjordanland und im Gazastreifen eine Übergangsbehörde eingerichtet werden, was dann zu einer dauerhaften Übereinkunft führen sollte. Die Übergangsperiode sollte mit dem Abzug der Israelis aus dem Gazastreifen und aus Jericho beginnen und nach vier Monaten abgeschlossen sein. Danach würden die Palästinenser die volle Kontrolle dieses Gebiets übernehmen; außerdem sollte eine sichere Passage zwischen diesen beiden Gebieten eingerichtet werden.

Am 4. Mai 1994 wurde das Abkommen über Gaza und Jericho – auch Oslo I genannt – in Kairo unterzeichnet. Bis zum 19. Mai hatten sich die israelischen Streitkräfte zurückgezogen, am 1. Juli 1994 traf Arafat in Gaza ein. Zum ersten Mal seit 1967 betrat er damit wieder palästinensischen Boden. Im

selben Jahr erhielten Rabin, Arafat und Peres den Friedensnobelpreis.

Ein Jahr später, am 8. September 1995, wurde eine weitere Vereinbarung, Oslo II genannt, in Washington unterschrieben, mit der die Ausweitung der palästinensischen Selbstverwaltung in der Westbank geregelt wurde. Neben Bill Clinton, Rabin und Arafat nahmen Jordaniens König Hussein und Ägyptens Präsident Mubarak an dieser Zeremonie teil.

Die israelische Rechte machte inzwischen gegen Rabin mobil. Schon Monate zuvor waren in der Öffentlichkeit die ersten Poster aufgetaucht, die Rabin in SS-Uniform als Verräter und Mörder brandmarkten. Sie hingen an jeder Straßenecke, an Leitungsmasten, Pfosten und an Laternenpfählen. Fotomontagen zeigten ihn mit der Kafia, dem arabischen Kopftuch. Am 4. November 1995 wurde Rabin Opfer eines Attentats. Täter war der religiös-fanatistische Jude Jigal Amir.

Die Wahlen im Mai 1996 gewann Benjamin Netanjahu, der klarstellte, dass seine Regierung die Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates und das Rückkehrrecht arabischer Flüchtlinge ablehne und gleichzeitig die Siedlungspolitik verstärken werde. Clinton versuchte mehrmals, den Friedensprozess im Nahen Osten am Leben zu erhalten. Er hoffte dabei insbesondere auf den im Mai 1999 zum neuen Ministerpräsidenten gewählten Vorsitzenden der Arbeiterpartei und höchstdekorierten Soldaten der israelischen Armee, Ehud Barak. Im Dezember 1999 brachte er Barak und den syrischen Außenminister Faruk al-Shara erst in Washington und anschließend in einer zweiten Runde im Januar 2000 in Shepherdstown in West Virginia zusammen. Ohne Ergebnis. Im Juli 2000 gab es Gespräche zwischen ihm, Barak und Arafat in Camp David. Ebenfalls ohne Ergebnis. Inzwischen war in der Westbank ein neuer Aufstand – Intifada – ausgebrochen, ausgelöst durch den Likudführer Ariel Sharon. Nach 90 toten Palästinensern und mehr als 2000 Verletzten lud Clinton den ägyptischen Präsidenten Mubarak, Arafat und Barak und den neuen jordanischen König Abdullah für den 16./17. Oktober 2000 zu

einem Gipfeltreffen nach Sharm el Sheik ein. Beide Seiten riefen zum Ende der Gewalt auf, aber Arafat und Barak reichten sich nicht einmal mehr die Hände. Es war Clintons letzter Versuch in seiner Amtszeit für eine Lösung des Nahostkonflikts. Baraks Nachfolger hieß Ariel Sharon, und das hieß Ende der Friedensverhandlungen. Bemühungen von George W. Bush blieben genauso erfolglos wie die von Barack Obama.

Die USA wurden erst wieder 2019 aktiv, diesmal durch Donald Trump, und das ganz im Sinne Netanjahus. Er verlegte die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem und erkannte Jerusalem damit als Hauptstadt Israels an. Im Frühjahr 2020 legte er einen „Friedensplan“ vor, dessen Grundlage die Vergrößerung Israels auf Kosten der Palästinenser bildete. Die lehnten den Plan denn auch sofort ab. Klar war jedenfalls, dass die USA damit die Jahrzehnte alte Rolle als Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern aufgegeben hatten.

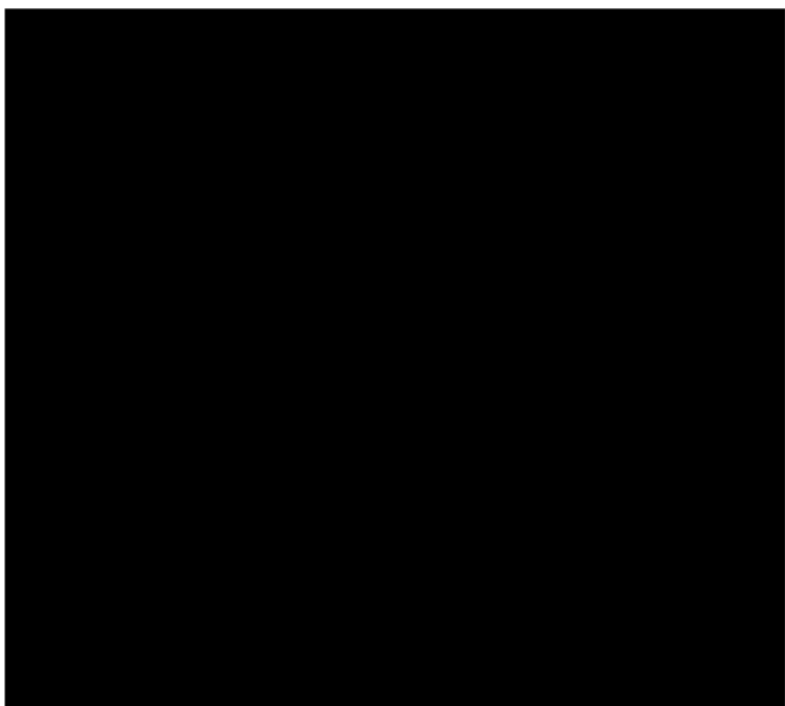
9/11 und der Irakkrieg

Im November 2000 wurde George W. Bush, Jahrgang 1946, zum neuen Präsidenten der USA gewählt. Verglichen mit seinem international erfahrenen Vater hatte Bush jr. von Außenpolitik wenig Ahnung. Er hatte sich selten im Ausland aufgehalten und distanzierte sich entschieden von der Politik seines demokratischen Gegenkandidaten, Vizepräsident Al Gore. Er wandte sich gegen humanitäre Interventionen und das viel zitierte *nation building*. Condoleezza Rice, seine nationale Sicherheitsberaterin und dann Außenministerin, vermittelte das so: „Die 82. Luftlandedivision muss nicht irgendwelche Kinder auf dem Balkan in den Kindergarten begleiten. Die Vereinigten Staaten müssen nicht mehr die 911 [Notruf in den USA] der Welt sein.“

Um die eigenen Defizite auszugleichen, ernannte Bush ein scheinbar starkes Team, in dem zwei Personen die eigentliche

Macht innehatten, nämlich Dick Cheney als sein Vize und Donald Rumsfeld als Verteidigungsminister. Die beiden hatten seit den Nixon-Jahren zusammengearbeitet und vertraten auch dessen Meinung, dass die nationale Sicherheit Thema Nummer eins sein musste. Cheney war entschlossen, die Macht des Präsidenten wiederherzustellen, die durch Watergate verloren gegangen war. Er wurde in jedem Fall der mächtigste Vizepräsident, den es jemals in den USA gegeben hatte. Cheney und Rumsfeld lehnten Kissingers Détente-Politik ab. Für sie war die absolute militärische Übermacht entscheidend, mit der die eigenen Interessen verfolgt werden konnten. Ergänzt wurden sie durch Männer in der zweiten Reihe, etwa Rumsfelds Stellvertreter Paul Wolfowitz und Cheneys Stabschef Lewis „Scooter“ Libby, die davon überzeugt waren, dass die USA als einzige Supermacht ihre Macht auch einsetzen mussten, um die Welt nach ihren Vorstellungen zu formen. Um mögliche Gefahren zu beseitigen, waren sie bereit, auch präventiv zuzuschlagen. Sie setzten es durch, dass das von Reagan initiierte Raketenabwehrsystem SDI wieder aufgelegt wurde; das Kyoto-Protokoll gegen die globale Erwärmung wurde nicht umgesetzt, eine Entscheidung, die sich direkt gegen Clinton richtete, der sich für dieses Protokoll eingesetzt hatte. Viele nannten das den neuen amerikanischen Isolationismus.

Am 11. September 2001 führten arabische Terroristen die bekannten Anschläge gegen das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington durch. Seit 1812 waren die Vereinigten Staaten auf ihrem eigenem Territorium (Ausnahme Pearl Harbor) nicht mehr angegriffen und seit dem Bürgerkrieg 1861–1865 nicht mehr von solchen Verwüstungen heimgesucht worden. Dieser „Angriff auf Amerika“ traf das Land in seinem Selbstbewusstsein, in seinem insularen Sicherheitsgefühl. Es war wie ein Schock, viele sprachen von Krieg, von einem zweiten Pearl Harbor, und Tausende Opfer waren zu beklagen. Am Tag danach schien die verheerende Wirklichkeit noch niederschmetternder: Schulen, Flughäfen und Finanzmärkte waren geschlossen, von Disney World bis



Wikipedia Robert J. Fish

New York, 11. September 2001: Die Terroranschläge an jenem Tag in den USA werden zum Wendepunkt in der amerikanischen Politik. Von nun an gibt es den „Krieg gegen den Terror!“

zu den Casinos von Las Vegas wurden selbst die harmlosesten Vergnügungen unterbrochen. Zum ersten Mal seit dem *D-Day* im Juni 1944 wurden die Baseballspiele abgesagt. New York wurde zum Katastrophengebiet erklärt, in der Hauptstadt Washington der Notstand ausgerufen. Die seit 1975 über die Freiheitsstatue hinaus glänzenden, über 400 Meter hohen Türme des World Trade Center waren rauchende Trümmer und Massengräber. Das Areal hieß nun *Ground Zero* – in Anlehnung an das Gebiet nach dem ersten Atombombenversuch im Juli 1945 – und bestand aus 1,5 Millionen Tonnen Schutt. Die im

Fernsehen immer wieder gezeigten Bilder von den einstürzen- den Zwillingstürmen in New York erschienen vielen Menschen einfach unwirklich, wie ein Hollywoodfilm. Aber es war Wirklichkeit, ein Akt des Terrorismus von monströsen Ausmaßen. Nach diesem Ereignis und der nachfolgenden Reaktion der USA war die Welt nicht mehr so, wie sie vorher war. Die USA waren im tiefsten Innern getroffen worden.

9/11 gab der Bush-Administration, die acht Monate eher ziellos Politik betrieben hatte, nun eine regelrechte Mission: In einer Rede vor dem Kongress kündigte Bush einen langen, weltweiten Feldzug gegen den Terrorismus an und stellte diesen unter das fundamentalistische Motto: „Für uns oder gegen uns.“ Washington beabsichtige die Vernichtung des internationalen Terrorismus, den „Krieg gegen den Terror“, um die Welt vom Bösen zu befreien.

Knapp vier Wochen nach den Terrorangriffen begannen die USA am 7. Oktober mit Militärschlägen gegen Afghanistan. Ziele waren nach Angaben von George Bush Ausbildungslager der al-Qaida-Terrororganisation von Osama bin Laden und Militäreinrichtungen des Taliban-Regimes. Der als Drahtzieher des Terrors gesuchte bin Laden antwortete mit neuen Drohungen und rief die Moslems in aller Welt zum Heiligen Krieg (Dschihad) gegen die USA auf. Die Forderung nach seiner Ergreifung verschärfte Bush mit einem bekannten Slogan aus Westernfilmen: „Tot oder lebendig.“ Es sollte bis zum 2. Mai 2011 dauern, bis man ihn in seinem Anwesen in Pakistan aufspürte und er auf Anordnung von US-Präsident Barack Obama von Spezialeinheiten der Navy Seals getötet und an einer geheimen Stelle im Arabischen Meer bestattet wurde.

Schon am 12. September 2001, nur einen Tag nach den Terroranschlägen, wurde im Weißen Haus bereits über die Erweiterung der Ziele für eine Vergeltungsaktion der USA gesprochen. Für Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ging es darum, es „dem Irak zu zeigen“. Außenminister Colin Powell hielt dagegen und rückte al-Qaida in den Mittelpunkt. Richard A. Clarke, der „nationale Koordinator für Sicherheit, Infrastruktur

und Antiterrorpolitik“, war über Powells Einwand erleichtert und machte gleichzeitig seinem Ärger Luft: „Ich dachte schon, mir sei etwas entgangen. Nach einem Angriff von al-Qaida als Vergeltung den Irak zu bombardieren, das ist so, als wären wir nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor in Mexiko einmarschiert.“ Powell schüttelte nur den Kopf: „Es ist noch nicht vorbei.“

Am 20. März 2003 eröffneten die Vereinigten Staaten das Feuer: Der Startschuss für 40 Marschflugkörper war zugleich der Beginn des Irakkrieges. Die *Neo-Cons* – Neokonservativen – in Washington wollten diesen Krieg: Vizepräsident Dick Cheney, Pentagonchef Donald Rumsfeld, dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz, Pentagon-Unterstaatssekretär Douglas Feith, Pentagonberater Richard Perle, Unterstaatssekretär im State Department John Bolton, Cheneys Stabschef Lewis „Scooter“ Libby und Bush-Berater Carl Rove. Schon lange vor 9/11 hatten sie den Irak im Visier. Sie warteten nur auf die Gelegenheit, den „Job“ zu beenden, den Bush-Vater 1991 nicht zu Ende geführt hatte. Es ging dabei um Öl, aber auch um die Vorstellung, durch Beseitigung des Tyrannen Saddam Hussein im Nahen Osten die Demokratie einzuführen – „wie nach dem Krieg in Deutschland“, so die ansonsten kluge, in diesem Fall aber eher ahnungslose Condoleezza Rice.

Das in der Öffentlichkeit „gut zu verkaufende Argument“ (Wolfowitz) wurde die konstruierte Verknüpfung zwischen den Terroranschlägen und dem Irak. Die *Neo-Cons* stellten Saddam Hussein in den Mittelpunkt des Weltterrorismus und behaupteten, er würde bald über Massenvernichtungswaffen verfügen. Wenn es keine Argumente gab, erfand man welche, und die Kriegstreiber stießen dabei im Weißen Haus auf allzu große Zustimmung. Bei Bush kamen die Wildwest-Mentalität seiner Heimat Texas mit dem missionarischen Geist eines evangelischen Christen zusammen. Er teilte die Welt in Gut und Böse ein und sah sich von Gott berufen, sein Land zu verteidigen und Gottes Geschenk der Freiheit allen Menschen auf der Welt zu überbringen. Sein Glaube half ihm, diesen Weg zu gehen.

Einmal entschlossen, gab es nichts mehr zu überlegen. Der Krieg gegen den Irak wurde aus seiner Sicht zum Schutz des amerikanischen Volkes und zur Beseitigung des Bösen geführt.

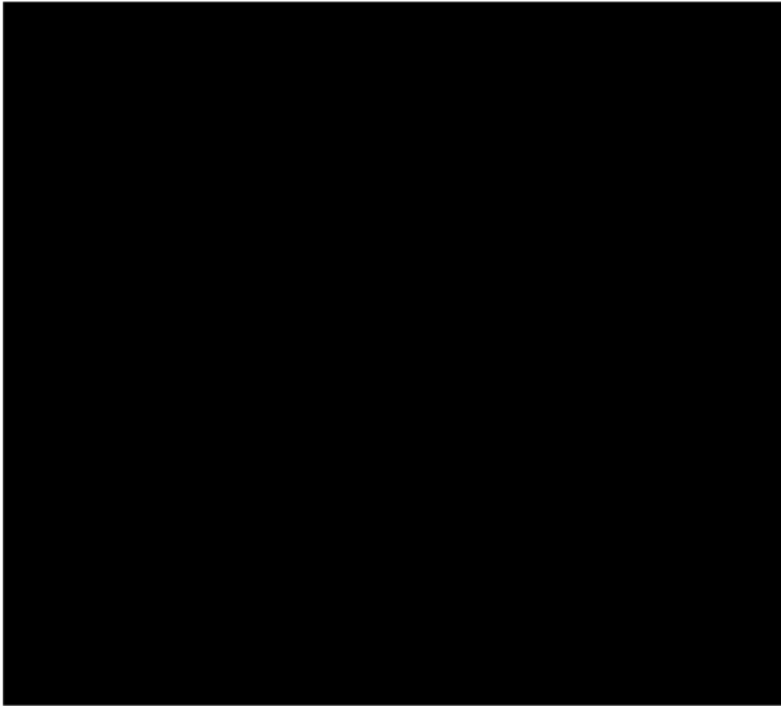
In den folgenden Wochen und Monaten wurde von diesen Leuten ein erstaunliches Lügengebäude errichtet, um den Krieg gegen den Irak öffentlich zu rechtfertigen. Für den „Krieg gegen den Terror“ wurden die „Achse des Bösen“ und die „Bush-Doktrin“ erfunden, womit der Weltöffentlichkeit eine plakative Begründung für Präventivschläge vorgesetzt wurde. Unvergesslich sind die Bilder vom 10. Mai 2003, als Bush auf dem Flugzeugträger USS *Abraham Lincoln* in der Bucht von San Diego in Pilotenuniform landete und unter einem Banner *Mission Accomplished* den Sieg im Irak verkündete. Welch eine gigantische Fehleinschätzung! Die Amerikaner hatten keinen Plan B für den Irak, der im Chaos versank. Der Krieg dauerte noch acht Jahre. Erst 2011 beendete der Nachfolger von Bush, Barack Obama, mit dem planlosen Rückzug der amerikanischen Truppen den völkerrechtswidrigen Irakkrieg. Der hatte bis dahin unendliches Leid und ungeheure Kosten verursacht. Hunderttausende waren getötet worden oder hatten das Land verlassen. Die Genfer Konvention war außer Kraft gesetzt worden, es war zu zahlreichen willkürlichen Folterungen gekommen.

Von Widerstandskämpfern gegen die US-Besatzung im Irak wurde 2003 der terroristische Islamische Staat (IS) gegründet, angeführt von ehemaligen Offizieren der irakischen Armee. Dieser IS kontrollierte zeitweise große Teile des Irak und Syriens und rief dort ein Kalifat (Gottesstaat) aus, das durch seine grausame Behandlung von „Ungläubigen“ berüchtigt wurde und islamistische Kämpfer aus aller Welt anzog. Nach mehrjährigen Kämpfen wurde der IS zwar besiegt, aber seine Kämpfer – und entsprechende Terroranschläge – gibt es nach wie vor. Viele von ihnen sind nur untergetaucht.

In Guantanamo auf Kuba war nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf Anweisung von George W. Bush ein Gefangenenerlager errichtet worden, wo mutmaßliche

islamistische Terroristen ohne rechtsstaatliches Verfahren eingesperrt wurden.

Afghanistan war während des Irakkrieges weitgehend vernachlässigt worden – mit der Konsequenz, dass dort nach wie vor Krieg herrschte, und immer noch herrscht. Im März 2020 wurde ein Abkommen zwischen den USA und den Taliban unterzeichnet, der Frieden in Afghanistan bringen sollte. Inwieweit das Realität wird, bleibt abzuwarten.



National Archives, II, College Park, Maryland

21. Juli 1969: der US-Astronaut Neil Armstrong als erster Mensch auf dem Mond. Die USA sind viele Jahre auch im All Weltmacht.

Schlussbetrachtung

The American Century: gestern – heute – morgen

Im Jahre 1987 hatte der in der Vorbemerkung bereits erwähnte Historiker Paul Kennedy in seiner viel beachteten Studie über „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ den Niedergang der USA vorausgesagt, der allerdings im Moment noch überdeckt werde von den enormen militärischen Kapazitäten des Landes. Elf Jahre später meinte er dazu in einem Artikel im *Spiegel* mit dem bezeichneten Titel „Siegermacht USA“ – ohne Ausruf- oder Fragezeichen, es bestünden zwar keine Zweifel, dass die USA in das 21. Jahrhundert als „die Weltmacht Nummer 1“ eintreten würden, „aber ob dies auch über die nächsten hundert Jahre so bleiben wird, ist eine offene Frage“.

Da ging der Kalte Krieg gerade zu Ende, den Irakkrieg 2003 gab es noch nicht, ganz zu schweigen von Donald Trump. Im Dezember 1950 wollte der amerikanische Oberbefehlshaber in Korea, Fünf-Sterne-General Douglas MacArthur, den Koreakrieg mit Atombomben gegen China ausweiten. US-Präsident Truman sagte nein; als der General bei seinen Forderungen nicht nachließ und sich dem Befehl des Präsidenten widersetzte, Waffenstillstandsverhandlungen mit den Kommunisten einzuleiten, wurde er von ihm im April 1951 wegen „Insubordination“ gefeuert. Im Sommer 1951 nannte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Omar Bradley, vor einem Senatsausschuss die mögliche Ausweitung dieses Krieges gegen China, „den falschen Krieg am falschen Ort, zur falschen Zeit mit dem falschen Gegner“. In Anlehnung an diesen inzwischen berühmten Satz nannte der bekannte amerikanische Historiker George

C. Herring den Irakkrieg im Jahre 2008 den „falschen Krieg am falschen Ort mit den falschen Methoden geführt“.

Anders der Zweite Weltkrieg: das war der richtige Krieg am richtigen Ort zur richtigen Zeit gegen den richtigen Gegner, ein gerechter Krieg, in dem die Soldaten der bis heute in den USA bewunderten *greatest generation* gegen Hitler-Deutschland und Japan für Freiheit und Frieden kämpften. Am Ende dieses Krieges waren die USA die unangefochtene Weltmacht Nummer 1. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg zogen sie sich nicht in die Isolation zurück und überließen der Welt ihrem Schicksal, sondern waren bereit, die neugewonnene Verantwortung zu übernehmen – und die Welt in ihrem Sinne zu formen und zu führen. Dabei zeigte sich sehr schnell, dass das Kriegsbündnis mit Sowjetdiktator Stalin in der Tat eine „unheilige Allianz“ gewesen war. Stalin war nicht *Uncle Joe*, wie ihn US-Präsident Roosevelt nannte; er betrachtete die von der Roten Armee befreiten Länder als seine Kriegsbeute. Er hielt sich auch nicht an die Zusagen, die er Roosevelt und dem britischen Premier Churchill gegenüber auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 gemacht hatte. Damit ging jede Basis für eine zukünftige Zusammenarbeit verloren. Der Weg von der Kooperation während des Krieges zur Konfrontation mit dem ehemaligen Verbündeten war vorgezeichnet.

Von nun an gab es den Kalten Krieg. Im Ost-West-Konflikt standen sich jetzt auf der einen Seite die westlichen Demokratien unter Führung der USA und auf der anderen Seite die kommunistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion unversöhnlich gegenüber – „Demokratie und individuelle Freiheit“ gegen „Diktatur und absolute Konformität“, wie es Dean Acheson formulierte. In Washington war jetzt viel von Eindämmung des Kommunismus und Dominos die Rede. Staaten wurden in Anlehnung an das Spiel mit Dominosteinen als Dominos bezeichnet; die Logik war simpel: würde ein Stein fallen – ein Staat kommunistisch werden –, würden alle fallen, alle umliegenden Staaten kommunistisch und die nationale Sicherheit von allen Seiten bedroht werden. Das galt für

Europa und Lateinamerika genauso wie für den Nahen und Mittleren Osten und Ostasien. Washington war von dieser Idee geradezu besessen. Selbst eine kleine Insel in der Karibik – British-Guayana – bedrohte demnach die nationale Sicherheit (siehe Seite 87)!

Von nun an setzten die USA jedenfalls ihre wirtschaftliche und militärische Macht – und die CIA – ein, um genau das zu verhindern, wobei man insbesondere bei Despoten nachsichtiger war, solange sie keine kommunistischen Neigungen zeigten. Das galt für Lateinamerika wie für den Nahen und Mittleren und Fernen Osten. Die USA agierten als globale Führungsmacht, erweiterten überall ihren Einfluss und konnten so ein *informal empire* aufbauen; manche sprachen später von einem *empire by invitation*. In Europa steht dafür der Marshallplan, für Japan 1951 ein geradezu partnerschaftlicher Friedensvertrag. Im militärischen Bereich legten die USA 1949 mit der Gründung der NATO den Grundstein für die *Pax Americana*, deren Schutz Europa gerne annahm. In Europa fiel jedenfalls kein Dominostein.

In Asien war die Gefahr größer. Als Nordkorea im Juni 1950 den Süden des Landes überfiel, reagierten die USA schnell und entschlossen gegen diese kommunistische Aggression. In Washington sah man sich an einem „Wendepunkt der Geschichte“. Es folgte das Engagement in Südvietnam. Mit dem Krieg dort begann ein neues Kapitel in den USA, an dessen Ende das Land sich im Innern und nach außen verändert hatte. Dieser Krieg – begonnen als *noble effort*, wie Ronald Reagan als Präsidentschaftskandidat einmal meinte – bleibt eines der größten Desaster in der amerikanischen Geschichte und ein Trauma für die Weltmacht. Das von den Amerikanern so beliebte *nation building*, was in Japan und Deutschland nach 1945 so erfolgreich gewesen war und beide Staaten in die Gemeinschaft der Demokratien zurückgeführt hatte, scheiterte in Südvietnam. Mit dem Vietnamkrieg verloren die USA auch ihren Anspruch, moralische Führungsmacht des Westens zu sein. Amerika war nicht mehr *das* erstrebenswerte Vorbild für

die westliche Welt, Antiamerikanismus war mehr denn je *en vogue*. Die USA, „der Leuchtturm der Freiheit“, wie es oftmals hieß, hatte unwiederbringlich an Strahlkraft verloren, der *American way of life* an Attraktivität.

Und dennoch konnte sich niemand der Faszination dieses Landes entziehen. Das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ war nach wie vor groß und reich; die Menschen voller Dynamik, für viele ein Märchenland. Irgendwie glaubten selbst die Amerikaner weiter an den *American Dream*, wonach jedes Individuum durch harte Arbeit, durch eigene Willenskraft sich verbessern und damit sein Glück machen konnte – und was sogar auch manchem Europäer gelang (später wurde ein Immigrant aus Österreich sogar Gouverneur von Kalifornien).

Auch nach Vietnam blieb die militärische, wirtschaftliche und politische Dominanz der USA erhalten, die weiter eine Kooperationspolitik mit den Verbündeten betrieb. Alles zusammen führte letztlich zum Sieg im Kalten Krieg. Das Ende der Sowjetunion war allerdings nicht das Ende der Geschichte. Der Sieg trug bereits den Keim des Niedergangs in sich, auch wenn das in der Stunde des Triumphes wohl niemand erkannte. Den gemeinsamen Feind des Westens gab es nicht mehr, aus der Supermacht USA war die Hypermacht geworden. Im Golfkrieg 1991 gegen Iraks Diktator Hussein gab es noch einmal eine internationale Allianz – und nach langer Zeit endlich wieder eine Siegesparade in Washington. Im Krieg gegen Serbiens Milošević konnten die USA erneut ihre Stärke demonstrieren – gegenüber einem schwachen Europa.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 brachten den USA eine fast globale Sympathie- und Solidaritätswelle. In Berlin versammelten sich am 14. September mehr als 200.000 Personen vor dem Brandenburger Tor; es war dies die erste große pro-amerikanische Demonstration in Deutschland seit dem Kennedy-Besuch 1963. Mit dem Irakkrieg 2003 wurde das verspielt. Dem „Krieg gegen den Terror“ wurde im Innern und nach außen fast alles untergeordnet. Mit dem Irakkrieg gerieten die USA gleichzeitig in die Falle des imperialen *overstretch*.

Dieser Krieg markiert definitiv einen Wendepunkt. Die USA wurden nicht mehr wie bisher als Führungsmacht akzeptiert. Zum ersten Mal verweigerten auch einstmals treue Partner im „alten Europa“ die Teilnahme an diesem Krieg – allen voran Deutschland. Die Vorstellung der Amerikaner, mit einem *regime change* im Irak den gesamten Nahen Osten zu demokratisieren, war anmaßend und naiv. Die USA stürzten sich in ein militärisches Abenteuer gegen ein muslimisches Land und öffneten damit die Büchse der Pandora. Der damalige Cheforganisator der amerikanischen Antiterrorpolitik und Kritiker des Krieges, Richard Clark, meinte dazu: „Wir werden noch lange den Preis dafür zahlen.“ Vor allen Dingen auch im eigenen Land. Der Krieg kostete die USA mindestens zwei Billionen US-Dollar, Geld, das im eigenen Land besser angelegt gewesen wäre.

Die USA waren von nun an nicht mehr Führungsmacht und wollten von nun an auch nicht mehr Weltpolizist sein. Mit ersten Korrekturen versuchte sich Barack Obama. Er wollte den Krieg im Irak und in Afghanistan beenden und zog in der Außenpolitik sogenannte rote Linien ein, die nicht straflos überschritten werden durften, etwa im Bürgerkrieg in Syrien. Dessen Diktator Assad überschritt sie und setzte Giftgas gegen die eigenen Leute ein. Als Obama nicht reagierte, sah Russlands Putin seine Zeit gekommen und „übernahm“ Syrien. Ohne ihn läuft dort seither nichts mehr, die USA sind *out*. Hatte US-Außenminister Henry Kissinger 1973 nach dem Yom Kippur-Krieg noch intern festgestellt: „Die USA sind zum entscheidenden Faktor in der Nahost-Politik geworden“, so zeigte die Entwicklung jetzt etwas ganz anderes. Schon bei Obama war eine antiglobale Grundstimmung zu erkennen; er konzentrierte sich auf den pazifischen Raum, überließ Europa der EU – und Syrien den Russen.

Donald Trumps Wahlsieg im November 2016 markiert das Ende des amerikanischen Jahrhunderts: Die USA als globale Führungsmacht und Hüterin einer Weltordnung, die sie 1945 schufen und in internationaler Kooperation jahrzehntelang sicherten, gibt es definitiv nicht mehr. Die Stabilität der

transatlantischen Beziehungen, das Fundament jener Partnerschaft, die z. B. Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geprägt hat, gibt es damit auch nicht mehr. Internationale Kooperation ist *out*. Ähnliches gilt für den *American way of life*, der in den ersten Jahren des amerikanischen Jahrhunderts für viele Menschen, insbesondere in Europa erstrebens- und nachahmenswert war. An vielen Orten gleicht dieses Land heute einem Entwicklungsland, geprägt von Drogenmissbrauch, Massenschießereien, verstärktem Rassismus und einer –von Trump bewusst vorangetriebenen –Spaltung der Gesellschaft, in dem das Wahl- und Parteiensystem mehr denn je vom Geld abhängt und mit Demokratie immer weniger zu tun hat, in dem die Evangelisten und andere Radikale oftmals das Sagen haben, und gleichzeitig zig Millionen Menschen nach wie vor keine Krankenversicherung haben und die Verfassung und das Justizsystem unter einem Präsidenten Trump an ihre Grenzen stießen. Wer den Blick von außen auf die Entwicklung dieses Landes richtet, bei dem ist oftmals aus Bewunderung Skepsis geworden – bis hin zum Antiamerikanismus.

Aber auch im Land selbst gab und gibt es viel Skepsis und Frustration über die Entwicklung der letzten Jahre. Viele sahen sich abgehängt und vergessen. Donald Trump setzte diese Stimmung 2016 in Wählerstimmen für sich um. Mit *America First* demonstrierte er als Präsident Washingtons neue Sicht der Dinge. Er ging wie mit einer Abrissbirne durch das Land und sorgte zu Hause und in der Welt für eine nicht enden wollende Serie von Maßnahmen für Irritationen und Empörungen. Die Presse war der Feind des Volkes, lieferte aus seiner Sicht nur *fake-news*, die NATO obsolet, die Europäische Union der Feind der USA, die Deutschen „am schlimmsten“, Angela Merkel „*stupid*“. Mit Hilfe von Sanktionen wurde Außenpolitik betrieben, Vereinbarungen und Verträge wurden aufgekündigt – ohne etwas Neues an deren Stelle anzubieten. Der bekannte Historiker und Politologe Herfried Münkler hat das so formuliert: „Aus dem Hirten der Herde ist der größte Wolf geworden, der die Herde als Beute betrachtet.“

Bernd Ulrich ging 2016 in der *ZEIT* einen Schritt weiter: Mit Trump seien die USA eine „Weltmacht in Abwicklung“. Da ist allerdings Vorsicht angebracht. Die DDR konnte man abwickeln, bei den USA wird das trotz aller Probleme so leicht nicht gehen. Die USA sind immer noch die stärkste Militärmacht der Welt; ähnliches gilt für die Wirtschaft, für Innovationskraft und Erfindergeist: ihre viereinhalb Prozent der Weltbevölkerung erwirtschaften 31 Prozent der gesamten Weltproduktion, die *Wall Street* beeinflusst die Börsen weltweit; bis 2018 kamen jährlich die meisten Patentanmeldungen aus den USA, die Zahl der Nobelpreisträger ist größer als in jedem anderen Land.

Das Informationszeitalter begann in den USA, genauso wie der Prozess der Globalisierung; die globale Abhängigkeit von den USA ist inzwischen größer denn je. Auf Facebook kann notfalls verzichtet werden, aber wohl kaum auf Apple und Microsoft. Und auf Netflix kommen die meisten Filme nach wie vor aus Hollywood, amerikanische Popmusik gehört zur amerikanischen *soft power*. Und McDonald's gibt es auch noch. Amerikanisierung allerorten.

Das 20. Jahrhundert – in erster Linie die zweite Hälfte – gilt uneingeschränkt als das amerikanische Jahrhundert. Und das 21. Jahrhundert? „Nur eine kluge Politik“, so Paul Kennedy in dem anfangs erwähnten Artikel, „wird es den Vereinigten Staaten ermöglichen, noch viele Jahre an der Spitze zu stehen.“ Russland wird sicher keine Konkurrenz werden, die Volksrepublik China ist dagegen eine aufstrebende Weltmacht. Wird sie eines Tages an die Stelle der USA treten, wenn aus *America First* als Konsequenz möglicherweise *America Alone* geworden ist?

1945 hatte US-Präsident Roosevelt die Vereinten Nationen ins Leben gerufen, als eine Organisation zur Friedenssicherung in der von ihm geplanten *One World*. Fünf Staaten sollten im übrigen über Deutschland wachen: die USA, die Sowjetunion, China, Großbritannien und Frankreich. Es ist gut möglich, dass am Ende drei übrig bleiben. In jedem Fall passt

die Bemerkung von Paul Kennedy: „Aber es scheint ratsam, sich an Voltaires Frage zu erinnern: ‚Wenn Rom und Karthago fielen, welche Macht ist dann unsterblich?‘ Die Antwort des französischen Philosophen lautete: ‚Keine.‘“

Es gibt allerdings auch andere Sichtweisen, etwa jene des bereits erwähnten Harvard-Professors Joseph Nye Jr. Wenn man das amerikanische Jahrhundert darauf reduziert, dass die USA nach 1945 der „Hauptakteur im globalen Spiel der Mächte“ war, dann, so Nye im Jahr 2015, wird es diese Position wahrscheinlich auch noch im Jahr 2041 einnehmen, 100 Jahre nachdem Henry Luce diesen Begriff geprägt hat. Er verweist dabei auf die wirtschaftliche und militärische Stärke der USA. Seiner Meinung nach wird kein anderes Land, auch China nicht, an die Stelle der USA treten: „Europa ist sich nicht einig, Russland befindet sich im Niedergang, Indien und Brasilien bleiben Entwicklungsländer. [...] Wir Amerikaner sollten der Tatsache ins Auge sehen, dass wir das größte Land sind und in den kommenden Jahrzehnten führen müssen“ („*have to lead for decades to come.*“) Das war Stand 2015. Im Juli 2020 meinte FBI-Chef Christopher Wray zum Thema China: „China ist die größte Gefahr für die USA. China will um beinahe jeden Preis einzige Supermacht werden.“

Die USA mögen im Sinne Nyes noch eine Weile eine globale Macht sein, eine globale Führungsmacht sind sie nicht mehr. Donald Trumps *America First* hat diese Phase der amerikanischen Geschichte definitiv beendet. Sein Nachfolger Joe Biden wird es schwer haben, all das Porzellan zu kitten, das er zerschlagen hat. Wünschenswert wäre es. Auch für all jene unverbesserlichen Europäer, die in nostalgischer Erinnerung auf die gute alte Zeit der transatlantischen Partnerschaft zurückblicken.

Zeittafel

1898

10. Dezember:

Friedensvertrag von Paris (nach Krieg mit Spanien).

1905

9. August – 5. September:

Friede von Portsmouth (Vermittlung zwischen Japan und Russland).

1912

5. November:

Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt.

1914

USA größter Stahlproduzent der Welt.

1916

7. November:

Woodrow Wilson wiedergewählt.

1917

6. April:

Kriegserklärung an Deutschland.

1919

28. Juni:

Friedensvertrag von Versailles/Völkerbund;

18. November:

von USA nicht ratifiziert.

1921

31. Mai/1. Juni:

in Tulsa, Oklahoma, die größten Rassenunruhen in der US-Geschichte; ca. 300 Tote.

1922

6. Februar:

Flottenabkommen.

1924

16. August:
Dawes-Plan.

1928

27. August:
Briand-Kellog-Pakt.

1929

24. Oktober:
„Schwarzer Donnerstag“: Börsenkrach an der Wall Street.

1932

8. November:
F. D. Roosevelt zum US-Präsidenten gewählt.

1937

5. Oktober:
Roosevelts „Quarantäne-Rede“.

1939

4. November:
4. Neutralitätsgesetz (nach 1936, 1937, 1938).

1940

5. November:
F. D. Roosevelt zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt.

1941

6. Januar:
Roosevelts „Four Freedoms“ vor dem Kongress.

7. Februar:
In einem *Life*-Artikel prägt Henry R. Luce den Begriff *The American Century*.

8. Februar:
Der US-Kongress verabschiedet den *Lend-Lease-Act*.

7. Dezember:
Japanischer Überfall auf Pearl Harbor.

8. Dezember:
Die USA erklären Japan den Krieg.

11. Dezember:
Kriegserklärung Deutschlands und Japans an die USA, die am gleichen Tag beantwortet wird.

1943

28. November – 1. Dezember:

Konferenz der „Großen Drei“ in Teheran.

1944

7. November:

F. D. Roosevelt zum vierten Mal zum Präsidenten gewählt.

1945

4. – 11. Februar:

Konferenz der „Großen Drei“ in Jalta.

14. Februar:

Treffen zwischen Roosevelt und Ibn Saud am Suezkanal.

12. April:

Roosevelt stirbt; Nachfolger wird Harry S. Truman.

8./9. Mai:

Kriegsende in Europa.

26. Juni:

Gründungsversammlung der UNO in San Francisco.

16. Juli:

erste erfolgreiche Atombombenexplosion.

17. Juli – 2. August:

Konferenz der „Großen Drei“ in Potsdam.

6. August:

Atombombenabwurf auf Hiroshima.

8. August:

Die Sowjetunion erklärt Japan den Krieg.

9. August:

Atombombenabwurf auf Nagasaki.

2. September:

Japan unterschreibt Kapitulation.

1946

1. und 25. Juli:

amerikanische Atombombenversuche auf dem Bikini-Atoll.

1947

21. Februar:

Rückzug der Briten aus Griechenland.

12. März:

Truman-Doktrin.

5. Juni:

Rede von US-Außenminister George C. Marshall an der Harvard Universität (Marshallplan).

1948

25. Februar:

kommunistischer Umsturz in Prag.

14. Mai:

Gründung des Staates Israel.

24. Juni:

sowjetische Blockade West-Berlins.

1949

4. April:

Gründung der NATO (*North Atlantic Treaty Organization*).

23. Mai:

Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

29. August:

sowjetische Atombombe.

1. Oktober:

Mao ruft Volksrepublik China aus.

7. Oktober:

Gründung der DDR.

1950

12. Februar:

US-Senator McCarthy beginnt antikommunistische Hexenjagd.

April:

NSC 68.

25. Juni:

Beginn des Koreakrieges.

1951

8. September:

in San Francisco

Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Japan.

Unterzeichnung Sicherheitspakt USA-Japan.

Unterzeichnung des ANZUS-Paktes zwischen Australia,

New Zealand und den USA zur Sicherung des pazifischen Raumes.

1952

1. November:

Die USA testen erstmals eine Wasserstoffbombe; sie besitzen zu diesem Zeitpunkt 720 Atombomben.

4. November:

Dwight D. Eisenhower zum Präsidenten gewählt.

1953

17. Juni:

Aufstand in der DDR.

27. Juli:

Waffenstillstand in Korea.

19. August Iran:

Sturz von Ministerpräsident Mossadegh mit Hilfe der CIA.

1954

27. Juni Guatemala:

Sturz der Regierung Arbenz mit Hilfe der CIA.

8. September:

Gründung der SEATO (*Southeast Treaty Organization*).

1955

28. August:

Lynchmord an Emmett Till.

5. Dezember:

Beginn des *Montgomery Bus Boycott*.

1956

Oktober/November:

Suezkrieg.

1957

5. Januar:

„Eisenhower-Doktrin“.

4. Oktober:

sowjetischer Satellit „Sputnik“.

1958

27. November:

sowjetisches Berlin-Ultimatum.

1959

15. – 25. September:

Chruschtschow besucht die USA.

1960

8. November:

John F. Kennedy zum Präsidenten gewählt.

1961

15. April:

auf Kuba („Schweinebucht“) scheitert eine CIA-Operation zum Sturz von Fidel Castro.

13. August:

Bau der Berliner Mauer.

1962

16. – 28. Oktober:

Kubakrise.

1963

22. November:

Kennedy wird ermordet. Nachfolger Lyndon B. Johnson.

1964

2. Juli:

Johnson unterzeichnet *Civil Rights Act*.

1965

21. Februar:

Malcom X wird ermordet.

8. März:

US-Marines landen in Südvietnam.

April/Mai:

US-Marines landen in der Dominikanischen Republik.

6. August:

Johnson unterzeichnet *Voting Rights Act*.

1967

5. – 10. Juni:

Sechstagekrieg.

1968

4. April:

Martin Luther King wird ermordet.

5. November:

Richard M. Nixon zum Präsidenten gewählt.

30. Dezember:

550.000 US-Soldaten in Südvietnam.

1969

20. Juli:

US-Mondlandung.

1972

Februar:

Nixon in Moskau, Unterzeichnung von SALT I.

Mai:

Nixon in Peking.

1973

27. Januar:

Waffenstillstandsabkommen betr. Vietnam.

11. September:

Sturz von Chiles Präsident Allende mit Unterstützung der CIA.

6. – 25. Oktober:

Yom Kippur-Krieg.

1974

9. August:

Rücktritt von Nixon wg. Watergate-Affäre. Nachfolger Gerald Ford.

1975

30. April:

Kapitulation Südvietnams.

1. August:

KSZE-Schlussakte in Helsinki unterzeichnet.

1976

4. November:

Jimmy Carter zum Präsidenten gewählt.

1979

4. November:

Geiselnahme von US-Botschaftsangehörigen in Teheran.

12. Dezember:

NATO-Doppelbeschluss.

27. Dezember:

sowjetischer Einmarsch in Afghanistan.

1980

1. Juni:

CNN geht erstmals auf Sendung.

4. November:

Ronald Reagan zum Präsidenten gewählt.

1983

25. Oktober:

US-Marines landen auf Grenada.

1985

März:

Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU.

1987

November:

Iran-Contra-Affäre („*Irangate*“).

8. Dezember:

Reagan und Gorbatschow unterzeichnen INF (*Intermediate Range Nuclear Forces*) -Vertrag zur Abschaffung aller atomarer Mittelstreckenraketen in Europa.

1988

5. November:

George H. W. Bush zum Präsidenten gewählt.

1989

9. November:

Fall der Berliner Mauer.

1990

2. August:

Iraks Diktator Hussein überfällt Kuwait.

3. Oktober:

Wiedervereinigung Deutschlands.

1991

7. Januar – 28. Februar:

Operation „Wüstensturm“ gegen Hussein.

21. Dezember:

Offizielles Ende der Sowjetunion.

25. Dezember:

Gorbatschow verkündet seinen Rücktritt.

1993

20. Januar:

Bill Clinton Präsident.

3. Oktober:

Desaster in Somalia.

1995

21. November:

Friedensvertrag von Dayton, Ohio, paraphiert.

1999

24. März:

NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien .

2001

20. Januar:

George W. Bush Präsident.

11. September:

Terrorangriffe in New York und Washington; Bush verkündet „Krieg gegen den Terror“.

2003

20. März:

Beginn des Irakkrieges.

2009

20. Januar:

Barack Obama Präsident.

2010

1. September:

Präsident Obama erklärt den Irakkrieg für beendet.

2016

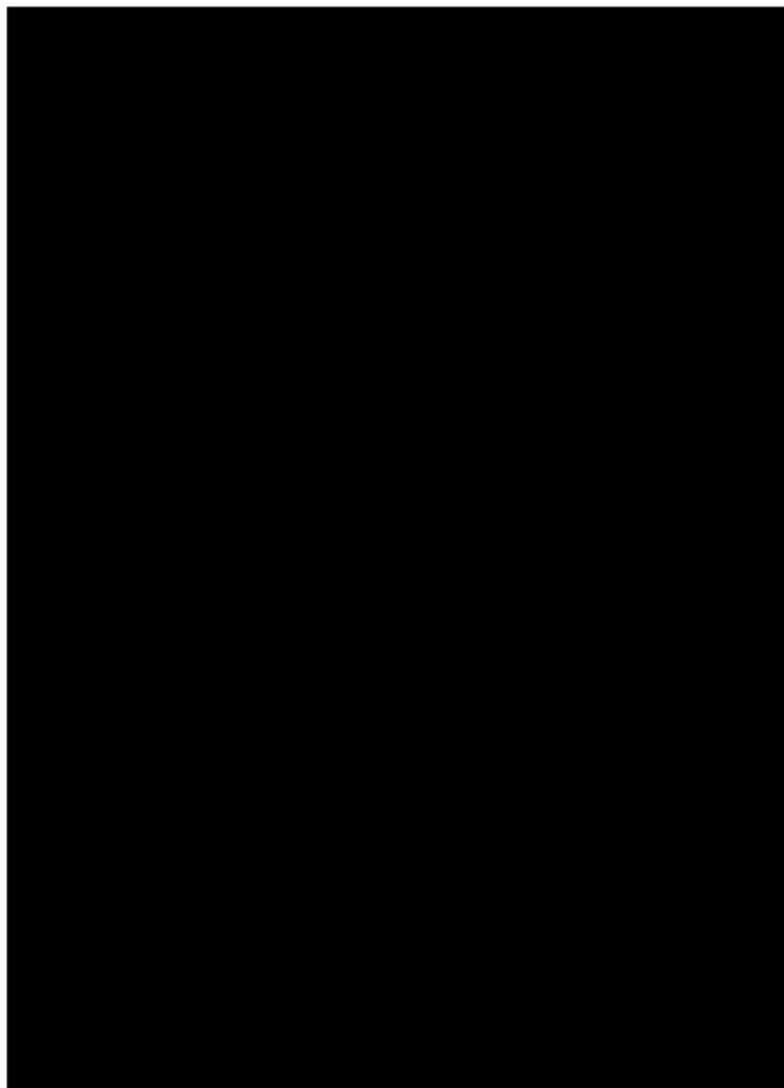
8. November:

Donald Trump zum Präsidenten gewählt.

2020

3. November:

Präsidentenwahl in den USA. Knapper Sieg des Demokraten Joe Biden



Wikipedia, William Warby

Die Freiheitsstatue im Hafen von New York. Weltkulturerbe der UNESCO, für die die Statue ein „dauerhaftes starkes Symbol für Ideale wie Freiheit, Frieden, Menschenrechte, Abschaffung der Sklaverei, Demokratie und Chancen ist und zum Nachdenken, zu Debatten und zum Protest anregt“.

Literaturhinweise

The American Century

Ambrose, Stephen E./ Douglas G. Brinkley, *Rise to Globalism: American Foreign Policy since 1938*, 1971, 9th edition New York 2012.

Bacevich, Andrew J. (ed.), *The Short American Century. A Postmortem*, Harvard University Press 2012.

Das Amerikanische Jahrhundert 1898–2001. Die Geschichte der Supermacht USA in historischen Fotos, *GeoEpoche Panorama*, Heft 2/2013.

Evans, Harold, *The American Century*, New York 1998.

Herring, George C., *The American Century and Beyond. U.S. Foreign Relations, 1893–2014*, Oxford 2008.

Joffe, Josef, *Die Hypermacht: Warum die USA die Welt beherrschen*, München/Wien 2006.

Kennedy, Paul, *Supermacht USA*, Essay in: *DER SPIEGEL* 46/1998, S. 169–182.

Schröder, Hans-Jürgen, *Die USA: Ein Imperium?* In: *Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche*, hrsg. von Michael Gehlert und Robert Rollinger, Teil 2, Wiesbaden 2014, S. 1209–1254.

Gesamtdarstellungen zu Geschichte und Außenpolitik der USA

Adams, Willi Paul, *Die USA im 20. Jahrhundert*, München 2000.

Berg, Manfred, *Geschichte der USA*, München 2013.

Bierling, Stephan, *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart*, München 2003.

Depkat, Volker, *Geschichte der USA*, Stuttgart 2016.

Gassert, Philipp/Mark Häberlein/ Michael Wala, *Kleine Geschichte der USA*, Stuttgart 2007.

Hacke, Christian, Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush, München 2002.

Lepore, Jill, Diese Wahrheiten. Geschichte der USA, 4. Aufl., München 2020.

Little, Douglas, American Orientalism. The United States and the Middle East since 1945, London 2003.

Niess, Frank, Der Koloss im Norden. Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA, Köln 1984.

Oren, Michael B., Power, Faith, and Fantasy. America in the Middle East 1776 to the Present, New York/Oxford 2007.

Raeithel, Gert, Geschichte der nordamerikanischen Kultur: Band 2: Vom Bürgerkrieg bis zum New Deal 3: Vom New Deal bis zur Gegenwart (1930–2002), Frankfurt am Main 2002.

Rinke, Stefan: Lateinamerika und die USA. Eine Geschichte zwischen Räumen – von der Kolonialzeit bis heudet, Darmstadt 2012.

Sautter, Udo, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, 8. Aufl., Stuttgart 2013.

Schwabe, Klaus, Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart, Paderborn 2006.

Stöver, Bernd, United States of America. Geschichte und Kultur. Von der ersten Kolonie bis zur Gegenwart, München 2012.

Sonstiges

Englert, Sylvia, Cowboys, Gott und Coca-Cola. Die Geschichte der USA, Frankfurt

am Main/Bonn 2005.

Friedman, The Fifty-Year War. Conflict and Strategy in the Cold War, Annapolis 2000.

Kennedy, Paul, Der Aufstieg und Fall der großen Mächte, Frankfurt 1989.

Steininger, Rolf, Von der Teilung zur Einheit: Deutschland 1945–1990. Ein Lesebuch, Innsbruck/Wien/Bozen 2020.

Steininger, Rolf, Die Bundesrepublik Deutschland: 23. Mai 1949–2. Oktober 1990. Eine politische Geschichte, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2020.

Steininger, Rolf, Der Kalte Krieg 1945–1991, Innsbruck/Wien/Bozen 2019.

Steininger, Rolf, Von Kanzlern und Präsidenten. Deutsch-amerikanische Beziehungen von Adenauer und Eisenhower bis Merkel und Trump, Reinbek 2019.

Steininger, Rolf, Die USA und Europa nach 1945, Reinbek 2018.

Steininger, Rolf, Der Nahostkonflikt, 6. Aufl., Frankfurt am Main 2018.

Steininger, Rolf, Der Vietnamkrieg. Ein furchtbarer Irrtum, Innsbruck/Wien/Bozen 2018.

Steininger, Rolf, Der Kalte Krieg. Die neue Geschichte, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2016.

Westard, Odd Arne, The Cold War. A World History, New York/London 2017.

Aus der von der „Landeszentrale für politische Bildung Thüringen“ hrsg. Reihe „Die Geschichte hinter dem Bild“ folgende Titel des Autors:

1. Ostpolitik: 7. Dezember 1970, Erfurt 2020.
2. John F. Kennedy 1963 in West-Berlin und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Erfurt 2019.
3. Die Kubakrise: 16.–28. Oktober 1962, Erfurt 2019.
4. Der Vietnamkrieg: 1950–1975, Erfurt 2018.
5. Der Sechstagekrieg: 5.–10. Juni 1967, Erfurt 2018.
6. Der Koreakrieg: 25. Juni 1950–27. Juli 1953, Erfurt 2018.
7. Hiroshima: 6. August 1945–8:15:17, Erfurt 2018.
8. *Terminal* – Die Konferenz von Potsdam: 17. Juli–2. August 1945, Erfurt, 2018.

Fernsehen

(abrufbar auf www.rolfsteininger.at)

Besiegt – Besetzt – Geteilt: Deutschland 1944 –1949, Heribert Schwan/Rolf Steininger, zwei Folgen, 60 u. 45 Min., Farbe, ARD 1979 und 1989.

Drei Jahre, die die Welt bewegten. Koreakrieg und deutsche Wiederbewaffnung, Heribert Schwan/Rolf Steininger, 60 Min., ARD 1983 und 2003.

Verbrannt– Verstrahlt –Vernichtet: Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, Heribert Schwan/Rolf Steininger, 45 Min., Farbe, 1983.

„Ihr habt es gewusst!“ Die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau nach der Befreiung, Heribert Schwan/Rolf Steininger, 45 Min., Farbe, WDR 1995.

Bonner Republik, Heribert Schwan/Rolf Steininger, zwei Folgen, je 45 Min., Farbe, ARD und Phoenix 2009.

Die Bonner Republik 1949 – 1998, Rolf Steininger/Dieter Weiss, Heribert Schwan, sechs Folgen, je 45 Min., Farbe, ARD und Phoenix 2009.

Hörfunk

(Sendungen des Autors auf ORF/Ö1: Betrifft Geschichte, jeweils 5 × 5 Minuten; abrufbar auf www.rolfsteininger.at)

1. 9. November 1989: Der Fall der Mauer.
2. 22. November 1963: Die Ermordung John F. Kennedys.
3. 4.–11. Februar 1945: Die Konferenz der „Großen Drei“ in Jalta auf der Krim.
4. Arabiens Nationalist: Gamal Abdel Nasser.
5. 14. Mai 1948: Der Weg zum Staat Israel.
6. „Make Love Not War“: Hippies- und Antivietnamkriegsbewegung.
7. „I Have A Dream“: Martin Luther King und die amerikanische Bürgerrechtsbewegung.
8. Der 17. Juni 1953: Der Volksaufstand in der DDR.
9. 7. Dezember 1941: Der japanische Überfall auf Pearl Harbor.
10. 25. Juni 1950: Der Beginn des Koreakrieges.
11. 3. Oktober 1990: Deutschlands Weg zur Einheit.

Personenverzeichnis

A

Acheson, Dean 6, 21, 25–26, 33, 41, 45, 160
Agnew, Spiro 134
Aidid, Mohammed Farah 120
Albright, Madeleine 106–108
Allende, Salvador 91–93
Ambrose, Stephen E. 7, 16
Amir, Jigal 150
Amit, Meir 131
Amr, Abdal-Hakim 131
Arafat, Yassir 122, 141, 148–151
Arbenz, Jacobo 78–79
Armas, Carlos Castillo 79
Armstrong, Neil 33, 158
Assad, Hafez al- 134, 163

B

Balaguer, Joaquin 91
Ball, George 88
Barak, Ehud 150–151
Bar-Lev, Chaim 135
Batista, Fulgencio 80
Begin, Menachem 137–138
Bernstein, Carl 73
Bernstorff, Heinrich Graf von 10
Bevin, Ernest 28
Biden, Joe 166
Biedenkopf, Kurt 60
Bin Laden, Osama 154
Bishop, Maurice 95
Blake, James 67
Bolton, John 155
Bosch, Juan 90–91
Bradley, Omar 42, 159
Breschnew, Leonid 34, 135–137
Briand, Aristide 14
Bunche, Ralph 125
Burnham, Forbes 88–89
Bush, George H. W. 103–104, 114, 120, 142, 145–147, 151–156
Bush, George W. 103–104, 108, 111, 151–156
Byrd, Harry F. Jr. 115

C

Cabot, John Moore 79
Cannon, Lou 99
Carter, Jimmy 97, 101, 111, 114–116, 118, 137–140, 142–144

Casey, William 98
Castro, Fidel 80–81, 83–84, 86–87, 90, 97, 112, 116
Cheney, Dick 104, 152, 155
Chruschtschow, Nikita 33–34, 62–64
Church, Frank 94
Churchill, Winston S. 8, 19, 23–24, 160
Clarke, Richard A. 154, 163
Clemenceau, Georges 13
Clinton, Bill 56, 106, 111, 120–122, 147, 149, 150, 152
Cox, Archibald 74

D

Dajan, Moshe 130–131
Dannenbring, Fredo 139
Dawes, Charles G. 14
Dean, James 64
Dean, John 74
Devlin, Larry 112
Dinitz, Simcha 134
Dobrynin, Anatoly 85
Douglas, William O. 24
Dulles, Allen W. 31, 41, 58, 79, 81, 101, 112–113
Dulles, John Foster 31, 41, 58, 79, 126–129

E

Eagleburger, Lawrence 120
Eddy, William 123
Eden, Anthony 128
Eisenhower, Dwight D. 25, 31–32, 60, 63–64, 68, 72, 79, 81, 128
Elizabeth II. 95

F

Faisal, ibn Abad al-Aziz 135
Faruk, al-Shara 150
Feith, Douglas 155
Felt, Mark 74
Flanders, Ralph 60
Ford, Gerald R. 49, 56, 75–76, 110, 114, 116
Frost, David 75
Fukuyama, Francis 104
Fulbright, William 82

G

Gagarin, Juri 32
Genscher, Hans-Dietrich 35
George, Lloyd 13

Godoy, Héctor García 91
Gorbatschow, Michail 100, 102–103, 144, 147
Gore, Al 151
Göring, Hermann 17
Gromyko, Andrej 47
Guevara, Ernesto „Che“ 11, 114

H

Haig, Alexander 141
Haile Selassi 119
Haldeman, Harry Robbins 75
Harriman, W. Averell 23
Helms, Richard 88
Herring, George C. 7, 105, 159–160
Hindenburg, Paul von 12–13
Hirohito 38–40
Ho Chi Minh 48, 50
Holbrooke, Richard 106–107
Home, Lord (Sir Alec F. Douglas-Home) 87–88
Hoover, J. Edgar 74
Hussein I. 130–131, 150
Hussein, Saddam 88, 140, 145–147, 155, 162

I

Ibn Saud, Abdul Aziz 123–124

J

Jackson, Jesse 70
Jagan, Cheddi 87–88
Jagan, Janet 87, 89
Johannes Paul II. 101
Johnson, Lyndon B. 48, 50–51, 54, 69–79, 81–83, 89–91, 110, 114, 130–132
Jordan, Michael 105
Juan Carlos I. 147

K

Kabila, Laurent 114
Kellogg, Frank B. 14
Kennan, George F. 24
Kennedy, John F. 32–43, 68–69, 72, 81, 84–90, 97, 109–110, 114
Kennedy, Paul 5, 8, 159, 165–166
Kennedy, Robert F. 83, 85
Khomeini, Ayatollah 139–141
Kim Il-sung 42–44, 46
King, Martin Luther 68, 70
King, Rodney 71
Kirkpatrick, Jeanne 97
Kirkpatrick, Lyman 83
Kissinger, Henry 52, 75, 92, 94, 110, 114, 116–117, 134–137, 152, 163
Kohl, Helmut 35

L

Leahy, William 124
Levitt, Bill 61
Lewis, Samuel 139
Libby, Lewis „Scooter“ 152, 155
Lincoln, Abraham 156
Lindbergh, Charles 16
Lopez, Baldomero 45
Luce, Claire Boothe 24
Luce, Henry R. 16, 24, 166
Ludendorff, Erich 13
Lumumba, Patrice 112–114

M

MacArthur, Douglas 37, 40, 43, 45, 47–48, 159
Macmillan, Harold 88
Malcom X 69, 172
Mandela, Nelson 117–118
Mao Tse Tung 29, 45–46, 58, 112
Marshall, George C. 26–27, 60, 125
McCarthy, Joseph 6, 31, 60, 57–58
McCone, John 88
McNamara, Robert S. 54, 132
Meir, Golda 135–136
Mengistu, Haile Mariam 119
Merkel, Angela 164
Meyer-Plath, Christian 140
Milošević, Slobodan 106–108, 162
Mobutu, Joseph Désiré 114
Molotow, Wjatscheslaw 23
Monroe, James 77
Monroe, Marilyn 64
Mossadegh, Mohammad 125–127
Mubarak, Mohammed Hosni 150
Mugabe, Robert 115
Münkler, Herfried 164

N

Nasser, Gamal Abdel 128, 131–132
Netanjahu, Benjamin 150–151
Neto, Agostinho 116
Nixon, Richard M. 34, 52, 62–63, 71–76, 79, 92–93, 110, 114–115, 134–135
North, Oliver 98
Nye, Joseph Jr. 105, 166

O

Obama, Barack 111, 151, 154, 156, 163
Orlando, Vittorio 13
Ortega, Daniel 97

P

Pahlavi, Mohammad Reza 126–127, 139
Parks, Rosa 66–68
Pauls, Rolf 142
Peled, Benny 133
Peres, Shimon 149–150
Perle, Richard 155
Perry, Mathew C. 37
Peterson, Douglas „Pete“ 56
Pinochet, Augusto 92–94
Powell, Colin 107, 154–155
Presley, Elvis 64

Q

Qassim, Abdel Karim 130

R

Rabin, Yitzhak 122, 148–150
Reagan Ronald W. 97–99, 101–103, 114, 118, 140–142, 144, 152, 161
Rhee, Syngman 43–44
Rice, Condoleezza 151, 155
Roberto, Holden 116
Rogers, William P. 52
Roosevelt, Franklin D. 15–18, 22–23, 77, 123–124, 160, 165
Roosevelt, Kermit („Kim“) 127
Rove, Carl 155
Rumsfeld, Donald 116, 152, 154–155
Rusk, Dean 87–88
Russell, Richard 48

S

Sadat, Anwar as- 132, 135, 137–139
Said, Nuri 128, 130
Sanchez, Oscar Arias 100
Savimbi, Jonas 116, 118
Schlesinger, Arthur Jr. 75
Schmidt, Helmut 34–35, 73, 138, 143–144
Scoon, Paul 95
Shamir, Yitzhak 147
Shara, Faruk al- 150
Sharon, Ariel 134–135, 141, 150–151
Siad Barre, Mohamed 119
Sinatra, Frank 64
Smith, Earl 80
Smith, Ian 114
Smith, Walter Bedell 21

Somoza, Anastasio 77, 97
Staden, Berndt von 55
Stalin, Josef 19, 21–24, 125, 160
Stevenson, Adlai 72
Stoessel, Walter 35, 138
Stone, Oliver 83

T

Thompson, Llewellyn E. 33
Till, Emmett 66
Tojo, Hideki 40
Trinh, Nguyen Thuy 52
Trujillo, Rafael Leónidas 89–91
Truman, Harry S. 23–26, 30, 39, 41–43, 48, 66, 122, 124–126, 159
Trump, Donald J. 6, 112, 151, 159, 163–164, 166
Tschiang Kai-schek 45–46
Tschombe, Moïse 112–114
Tschu en-Lai 105
Tutu, Desmond 118
Tutwiler, Margaret 106

U

Ulbricht, Walter 33
Ulrich, Bernd 7, 165

V

Védrine, Hubert 103

W

Wallace, George C. 68–69
Wessin, Elias Wessin Y. 90
Westmoreland, William C. 54
Whitman, Ann C. 79
Whitman, Ed 79
Wilhelm II. 10
Willkie, Wendell 16
Wilson, Woodrow 9–13
Wolfowitz, Paul 152, 155
Woodward, Bob 73
Wray, Christopher 166

Y

Young, Andrew 111

Z

Zahedi, Fazlollah 126–127
Ziegler, Ron 73
Zimmermann, Arthur 10–11

